E 3477

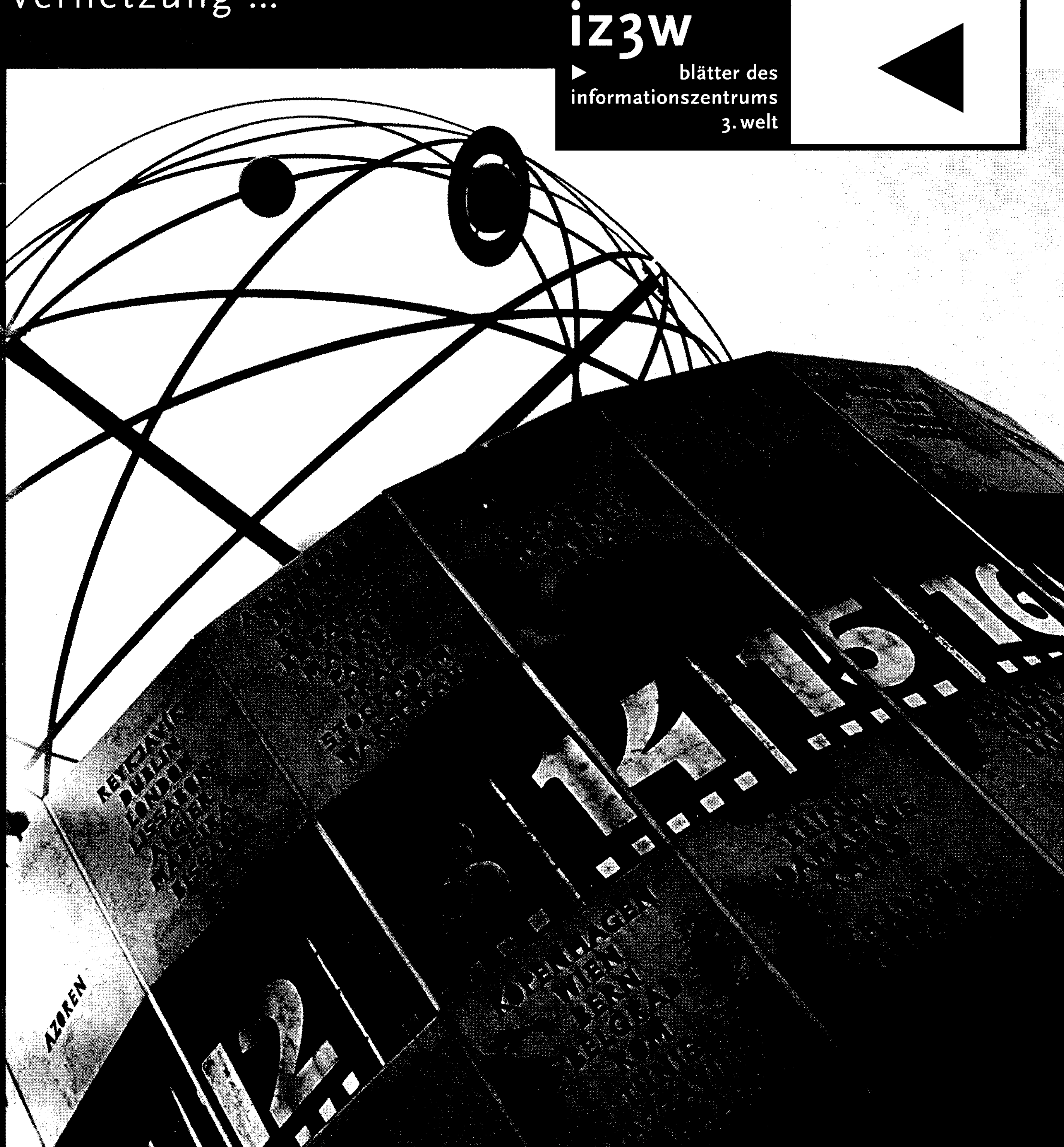
Im Jahre 505 – Europäische Nord-Süd-Politik

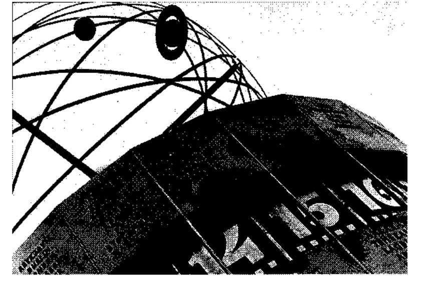
▶ Außerdem: Bismarck in Ostafrika ▶ Südostasiens Finanzkrise ▶ Islamistische Türkinnen ▶ Cultural Studies ▶ Sans Papiers in Frankreich ▶ Die Kunst der Anderen ▶ Verstrickte Vernetzung ...

Dezember 1997
Ausgabe □ 226
Einzelheft
DM 8,–
Abonnement
DM 60,–

iz3w
▶ blätter des informationszentrums 3. welt

blätter des informationszentrums 3. welt





Titelbild: H. Sachs/version

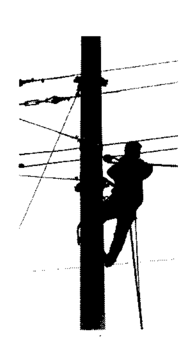
Schwerpunkt:

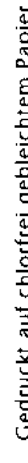
Im Jahre 505 Europäische Nord-Süd-Politik

Politik und Ökonomie



Kultur und Debatte





Editorial

»Terroristen fallen nicht vom Himmel« heißt der Titel eines gerade erschienenen Buches zu Politik und Gesellschaft in Algerien. Das ist so richtig, wie die Erde rund ist – und dennoch ist Galileo für letztere Erkenntnis im Kerker gelandet. Im Namen von vielerlei Überzeugungen und Ideologien geschieht massenhafter Mord und Totschlag in jedem Staat, auf der ganzen Welt und immer wieder. Und obwohl also keine Zivilisation vor der Barbarei gefeit ist, ist Fassungslosigkeit die erste Reaktion auf die Meldung neuerlicher »Untaten«. Später wollen uns dann historische, politische oder psychologische Analysen einen Zugang verschaffen und das Unerklärliche erklären. Schlußendlich bleiben die Versuche hilflos.

Hilflos erschienen zuletzt auch die Bemühungen, die Brutalität und Menschenverachtung des Anschlags im ägyptischen Luxor zu erklären. Zwar wurden Armut und Perspektivlosigkeit als Nährboden für Taten ausgemacht, mit denen wohl 99,9% der ägyptischen Bevölkerung nichts zu tun haben wollen. Dennoch stehen wieder die Abgründe menschlichen Handelns am Ende der Rationalisierungsversuche – schließlich werden nicht alle Armen und Unterdrückten zu Amokläufern.

Die damit aufrechterhaltene Distanz erfüllt einen Zweck: Kaum jemand möchte mit der allzumenschlichen Unmenschlichkeit allzu nah konfrontiert werden. Also führt die in Sondersendungen und am Kaffeetisch angestrengte Erklärungssuche möglichst weg vom Betrachter selbst wie vom gesellschaftlichen Kontext. Abgedrängt in die entferntesten Ecken kann dort das Grauen Grauen bleiben. So geschehen mit dem Terror in Algerien und Ägypten: Dort sind – so will es die inzwischen auch in linksliberalen Kreisen modische Argumentation – Armut und Verbitterung hausgemacht. Kein Wort fällt bei dieser Halbwahrheit über Kolonialismus, Postkolonialismus, Liberalisierung, Sozialabbau und die andauernde Unterstützung solcher mehr oder weniger mörderischen Regime, die in beiden Ländern die ordentliche Weltmarktintegration gewährleisten.

Diese Geschichte und diese Gegenwart begründen zudem, warum auch die zweite vorgenommene Distanzierung gleichermaßen Betrug und Selbstbetrug ist. Zwar mögen sich tatsächlich nahezu alle ÄgypterInnen besten Glaubens vom Terror distanzieren. Allerdings ist dieser nicht denkbar ohne die in den letzten Jahrzehnten durch die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen des Landes angestoßenen Diskursverschiebungen. Die Radikalisierung der Verhältnisse bewirkte eine Radikalisierung des Denkens, an dessen äußerster Spitze – von seiner Umgebung eben doch nicht losgelöst – der Terror und seine Legitimation stehen.

Und um das Ganze noch ein wenig näher zu rücken: Ähnliche Verdrängungsprozesse finden gegenwärtig auch im Umgang mit der jüngsten deutschen Vergangenheit, dem Deutschen Herbst, statt. Gleich reihenweise und in Serien distanzieren sich derzeit linke Leute möglichst öffentlich vom Terror der RAF. Die sei nämlich vom Rest der als »68er« oder wie auch immer zu etikettierenden Bewegung, zu der doch irgendwie gehört zu haben sich von ihnen leider kaum leugnen läßt, völlig isoliert und abgehoben gewesen. Nun galt jedoch damals in Deutschland, was heute in Ägypten und Algerien nicht zu verkennen ist. Der Terror fiel nicht vom Himmel wie im Herbst die Blätter von den Bäumen – er war radikaler Bestandteil eines gesamtgesellschaftlichen Aufbruchs (im doppelten Sinn des Wortes).

Wenn also diejenigen, die damals noch teil an der sprichwörtlich gewordenen und tatsächlich weit verbreiteten »klammheimlichen Freude« hatten, heute so tun, als hätten sie nie dazu gehört, wiederholen sie doch nur einen Verdrängungsprozeß, den sie ihren Eltern einst vorgehalten hatten. Hinter solcherart betriebener Auslöschung von Vergangenheit steht kein Prozeß, sondern ein Ritual – ein Vergangenheitsbewältigungsritual, das der Entsorgung persönlicher Schuldgefühle dient und einer, mittels öffentlicher Distanzierung erfolgenden, Initiation in staatstragende Kreise.

Die Vergangenheit aber, die wir möglichst weit hinter uns lassen oder zwecks Vergessen in den Himmel schießen wollen, fällt uns aus demselben wieder auf den Kopf (Majestix). Das führt uns eine andere literarische Figur vor. Den Dr. Faustus treibt Mephisto mit immer neuen Abenteuern von einem Vergessen in das nächste, um die Erinnerung zu tilgen, die seinem frisch gewonnenen »Freisein« entgegensteht. Schließlich vergißt sich Faust. Er stürzt Margarete ins Verderben und am Ende war sein Leben selbst »...so gut als wär' es nicht gewesen« (Mephisto).

die redaktion

P.S. in eigener Sache: Wer unserem Notruf im letzten Heft folgen wollte, die Spende ans iz3w aber im vorweihnachtlichen Trubel vergessen hat, dem und der sei hier noch einmal unsere Kontonummer ins Gedächtnis gerufen:
Konto 1249606, Volksbank Freiburg (BLZ 68090000), Kontoinhaber: Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e. V.

Ein bißchen Bismarck

Museveni versucht, Uganda als Regionalmacht zu etablieren



von **Axel T. Paul**

Die politischen Verhältnisse im subsaharischen Afrika sind in Bewegung geraten. Uganda ist an dieser Entwicklung aktiv beteiligt. Präsident Museveni setzt auf regionale Integration und Marktwirtschaft.

► Als Anfang August drei Bomben in Kampala explodierten und wahllos zehn Menschen in den Tod rissen, blieb die Stimmung in der Stadt erstaunlich ruhig. Zum ersten Mal nach mehr als zehn Jahren wurden in der ugandischen Hauptstadt aus offensichtlich politischen Motiven wieder Anschläge verübt. Bislang konnte nicht geklärt werden, wer hinter den Attacken steckt. Doch es spricht vieles dafür, daß die seit einigen Monaten im Westen Ugandas kämpfenden *Allied Democratic Forces* (ADF) für die Terrorakte verantwortlich zeichnen. Daß es den Attentätern ganz offenbar nicht darum ging, ein bestimmtes Ziel zu treffen, läßt im Grunde nur den Schluß zu, daß sie versuchen, das Sicherheitsgefühl der Hauptstädter und damit die Legitimität der Regierung unter Präsident Yoweri Museveni zu erschüttern.

Neben dieser neuen Gruppierung gibt es noch die den Norden des Landes seit nun bald zehn Jahren heimsuchende *Lord Resistance Army* (LRA) unter Joseph Kony. Doch dieser pikanterweise durch die islamistische Regierung in Khartum gedeckten, vorgeblich christlichen Erweckungsbewegung, ist es bis heute nicht gelungen, plausibel zu machen, wofür sie eigentlich kämpft. Der Führung der ADF dürfte es zwar ebenfalls schwer fallen, die vermeintlich geknechteten Massen für sich zu gewinnen – aber immerhin scheint sie begriffen zu haben, daß gegen Museveni irgend erfolgreich Krieg zu führen es erforderlich macht, die Angst auch abseits des Schlachtfelds zu schüren. Und das wird mit den Attentaten bezweckt.

Es gibt keine verläßlichen Informationen darüber, aus welchen Kräften die ADF bestehen. Die Tatsache, daß sich die Rebellen – im Unterschied zu den Marodeuren der LRA – nicht darauf beschränken, Dörfer zu überfallen, Vorratslager zu plündern und Zivilisten zu ermorden, sondern selbst größere Einheiten der ugandischen Armee, der *Ugandan People's Defence Force* (UPDF), attackieren, legt jedoch nahe, daß sich ehemalige Soldaten unter den Kämpfern befinden. Es ist wahrscheinlich, daß es sich bei den Rebellen im wesentlichen um Reste der nach dem Völkermord an den Tutsi 1994 aufgeriebenen ruandischen Armee und versprengte Einheiten der im Frühjahr niedergerungenen Truppen Mobutus handelt. Die Forderung der ADF, die amerikanischen Militärberater der UPDF des Landes zu verweisen, erhärtet diesen Verdacht. Denn aus der Sicht der ehemaligen Machthaber in Ruanda und Zaire sind letztlich Museveni und seine amerikanischen Freunde für ihre Niederlage verantwortlich. Und das ist nicht falsch. Gleichwohl muß man das Bild differenzieren.

Geopolitische Interessen

► Daß die USA ihre Einflußzonen in Afrika auszuweiten versuchen, ist unstrittig. Nicht klar ist jedoch, wie weit der amerikanische Einfluß schon reicht und insbesondere welche Rolle die Amerikaner im Kampf gegen Mobutu gespielt haben. Haben sie den Aufständischen lediglich Waffen geliefert und logistische Hilfe geleistet? Oder haben sie Laurent-Désiré Kabilas Truppen auch ausgebildet

oder gar angeführt? Daß die Amerikaner Kabila militärisch zur Seite gestanden hätten, wird in Washington zwar dementiert, von Frankreich jedoch hartnäckig behauptet. Immerhin bestätigt ein Ende August bekannt gewordenes Papier des Pentagon, daß amerikanische Militärs nicht nur die ugandische, sondern schon seit 1994 auch die aus der Befreiungsbewegung unter Paul Kagame hervorgegangene neue ruandische Armee trainieren. Und es ist bekannt, daß zumindest ruandische Truppen an der Seite Kabilas gekämpft haben. Trotzdem wäre es kurzschlüssig, die USA für die eigentlichen Drahtzieher des zentralafrikanischen Geschehens zu halten.

Wirtschaftlich ist Zentralafrika aus amerikanischer Sicht nicht bedeutend genug, um ein über die bisherigen Bemühungen um »gute Zusammenarbeit« hinausgehendes Engagement zu rechtfertigen. Ein viel vitaleres Interesse an der Neuordnung bzw. Angleichung der politischen Verhältnisse hat hingegen der ugandische Präsident. Denn ob der nicht nur von westlichen Staaten, sondern bislang auch von der ugandischen Bevölkerung geschätzten Politik Musevenis dauerhaft Erfolg beschieden sein wird, hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit ihm das Kunststück gelingt, Ost- und Zentralafrika zu einem Wirtschaftsraum zusammenzuschließen. Und Museveni ist dies durchaus zuzutrauen. Die ADF greifen deshalb nicht allein nach der Macht, sondern versuchen, die regionale Integration zu torpedieren.

Innenpolitisch ist die in den meisten Teilen Ugandas seit Museveni Machtübernahme im Januar 1986 nach zwanzig Jahren Terrorherrschaft wiederhergestellte Sicherheit das Pfund, mit dem er wuchern kann. Denn vom wirtschaftlichen Aufschwung hat trotz traumhafter Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts und eines rasanten Aus- oder besser: Wiederaufbaus der Infrastruktur des Landes bis heute nur eine schmale Schicht von Händlern und Unternehmern unmittelbar profitiert.

Die Reichseinigung ist Musevenis Vorbild

Massenarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung springen jedem Besucher des Landes nicht nur in den Städten ins Auge. Und auch wenn in den meisten Regionen Ugandas aufgrund fruchtbarer Böden und eines weitgestreuten Klein- und Kleinstbesitzes an Ackerland so gut wie niemand verhungert, lebt die Mehrzahl der Bevölkerung nichtsdestotrotz in bitterer Armut. Noch erinnert man sich allerdings an die Jahre des Schreckens und weiß zu schätzen, was es heißt, in Frieden zu leben. Doch mittelfristig, spätestens dann, wenn die um oder nach 1986 Geborenen auf den Arbeitsmarkt drängen, werden mehr Menschen als heute vom ugandischen Wirtschaftswunder profitieren müssen, damit die neu entstehenden Klassengegensätze die alten Wunden nicht wieder aufreißen.

Dabei gehört es zu den erklärten Zielen Musevenis, Uganda in ein kapitalistisches Land zu verwandeln. Die Aufgabe des Staates sieht er darin, Straßen zu bauen, Kredite bereitzustellen, sowie Ingenieure, Ärzte und andere Freiberufler auszubilden – mit einem Wort: die Rahmenbedingungen für die Entwicklung marktwirtschaftlicher Strukturen zu schaffen. Es irrt, wer nun glaubt, Museveni habe sich im Lauf seiner inzwischen elfjährigen Präsidentschaft von einem Sozialisten in einen Liberalen verwandelt; so er überhaupt von Sozialismus sprach, meinte er nie etwas anderes als die Befreiung Ugandas aus den Fesseln neokolonialer Abhängigkeit. In seiner jüngst publizierten Autobiographie (s. Textauszug) bekennt er freimütig, daß er seit seiner Studienzeit Ende der sechziger Jahre in Dar es Salaam der Modernisierungstheorie anhänge, die ins Werk zu setzen er sich nunmehr redlich bemühe. Museveni ist davon überzeugt, daß für alle Gesellschaften im Prinzip dieselben »Entwicklungsgesetze« gelten. Allerdings könne der quasi natürliche Lauf der Dinge politisch

Kleine Chronologie

1893/94 Eine Reihe von Königtümern und »Stammesterritorien« werden von den Briten zum Protektorat Uganda zusammengefaßt.

1902/03 Bau der Uganda-Bahn von Mombasa nach Kampala. Die Kolonialbehörden werben ca. 10.000 indische Kontraktarbeiter an. Die Inder übernehmen im Laufe der folgenden Jahrzehnte weite Teile des Handels. Zwischen den Weltkriegen wird das relativ rohstoffarme Land auf Druck der Briten zum Exporteur zunächst von Baumwolle, später dann von Kaffee, dem bis heute wichtigsten Exportprodukt des Landes.

1962 Uganda wird unabhängig. Milton Obote wird zum ersten Präsidenten des Landes gewählt.

1966 Obote oktroyiert dem Land mit Hilfe des muslimischen Obristen Idi Amin eine neue zentralistische, auf den Präsidenten zugeschnittene Verfassung. Später werden außer Obotes eigener Partei alle politischen Gruppierungen verboten. Größere Betriebe werden verstaatlicht und als Pfründen an loyale Anhänger Obotes vergeben.

1971 Amin putscht sich an die Macht und errichtet eine Militärdiktatur. Politische Gegener, aber auch Christen und Baganda werden von Amins Truppen systematisch ausgeplündert, verfolgt, gefoltert und ermodert. Insgesamt sterben unter Amin ca. 250.000 Menschen eines gewaltsamen Todes.

1972 Amin verweist alle Inder des Landes und konfisziert ihren Besitz. Die Wirtschaft des Landes erlahmt; die Infrastruktur zerfällt.

1978/79 Amin unterliegt im Krieg gegen das von ihm herausgeforderte Tansania. Er flieht nach Libyen; heute lebt er in Saudi-Arabien. Die tansanische Armee wird von ugandischen Freiwilligenverbänden unter Yoweri Museveni unterstützt.

1980 Der aus dem Exil zurückgekehrte Obote gewinnt die vermutlich gefälschten Präsidentschaftswahlen. Museveni führt den gegen Amin begonnenen Kampf gegen Obote weiter. Dieser setzt den ethnischen und politischen Terror seines Vorgängers fort: Während Obotes zweiter Amtszeit werden mehr als eine halbe Million Menschen ermordet. Die Wirtschaft des Landes zerbricht vollends; die Bevölkerung kehrt zur Subsistenzproduktion zurück.

1986 Die National Resistance Army unter Museveni übernimmt die Macht. Dieser läßt sich zum Präsidenten des Landes ausrufen. Die innere Sicherheit kann weitgehend wiederhergestellt werden. Um Kredite zu erhalten und das Land zu konsolidieren, akzeptiert Museveni die Auflagen der westlichen Geber: Preise und Währung werden freigegeben, Staatsbetriebe privatisiert. Die von Amin vertriebenen Inder kehren zurück.

1994/95 In den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung erreichen die Anhänger Musevenis die abslolute Mehrheit und schreiben das faktisch bereits bestehende, auf Persönlichkeitswahl und Delegation beruhende Verwaltungs- und Herrschaftssystem für weitere fünf Jahre fest. Parteien werden nicht zugelassen.

1996 Museveni wird in freien Wahlen mit überwältigender Mehrheit für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt.

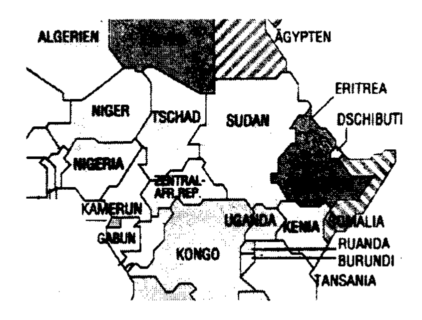
Die Saat des Senfkorns

▶ »Uganda ist wie die meisten schwarzafrikanischen Länder nach wie vor eine vorindustrielle Gesellschaft (...). Eine Gesellschaft dieser Entwicklungsstufe ist in der Regel durch vertikale, sich ethnisch artikulierende Gegensätze gekennzeichnet. (...) Das heißt, die Menschen unterstützen jemanden, weil er zur eigenen Gruppe gehört und nicht, weil er die richtige Politik betreibt.

Ich denke, daß der schwerste Schlag, den man der Uneinigkeit versetzen kann, die Monetarisierung der gesamten Ökonomie ist. Mittels des Geldes wird das substistente Dasein der meisten Afrikaner untergraben. (...) Die Menschen werden in der Lage sein, einander besser einzuschätzen, und ein gemeinsames Interesse an stabilen Verhältnissen entwickeln. (...) Wir haben die Ugander erst darauf aufmerksam machen müssen, daß moderne Gesellschaften auf der Grundlage von einfacher landwirtschaftlicher Produktion nicht überleben können. Moderne Gesellschaften fußen vielmehr auf Technologie und industrieller Massenfertigung. Massenproduktion verlangt jedoch große Märkte, die in der Lage sind, große Teile der Bevölkerung zu integrieren. Erst der Markt wird die Industrieproduktion eines Landes ankurbeln und konkurrenzfähig machen.«

»Ein politischer Führer sollte der Bevölkerung deutlich machen, daß Ethnizität zu predigen, ewigen Rückschritt zu ernten bedeutet. Die sektiererische Mentalität der Menschen – 'mein Stamm, meine Religion' – zu bekämpfen und aufzulösen, heißt nichts anderes, als die Gesellschaft zu modernisieren und die Unterentwicklung zu überwinden. Sobald die subsistente Landwirtschaft unterhöhlt und der Handel etabliert sein werden, wird es mehr Effizienz und mit der Zeit auch mehr Erspartes geben, das in Investionen umgewandelt werden kann. Schließlich wird die Gesellschaft sich wandeln und modernisieren. Sobald dieser Prozeß greift, werden Stamm und Religion aufhören, für die Menschen von besonderer Bedeutung zu sein.«

▶ *Aus: Yoweri Kaguta Museveni, Sowing the Mustard Seed. The Struggle for Freedom and Democracy in Ugana, London: Macmillan 1997, 224 S., £ 12,95 (Hardcover)*



gestört oder gefördert werden. Als Beispiel einer gelungenen Steuerung sozialer Prozesse gilt ihm die von Bismarck betriebene Einigung des Deutschen Reiches.

Aufgeklärter Absolutismus

▶ Museveni zufolge haben der Entwicklung des Kapitalismus in Uganda wie in Afrika überhaupt seit der Unabhängigkeit nicht nur – wie hinreichend bekannt – neokoloniale Interessen der Industrieländer entgegengestanden, sondern auch – und das klingt aus dem Mund eines afrikanischen Präsidenten noch immer erstaunlich – der mangelnde politische Wille der afrikanischen Führer. Persönliche Bereicherung und Machterhalt, gepaart mit grobem Unverständnis für die Dynamik wirtschaftlicher Prozesse, seien für die Mehrzahl der Unabhängigkeitspolitiker allemal wichtiger gewesen als die staatliche Einigung und die Schaffung einer nationalen Bourgeoisie. Und eben dieses Werk sucht Museveni nun zu vollbringen.

Den Zeitpunkt, in Uganda eine Demokratie nach westlichem Muster einzuführen, hält er erst dann für gekommen, wenn der Kapitalismus Fuß gefaßt hat und die Klassengesellschaft Wirklichkeit geworden ist. Politische Parteien jetzt schon zuzulassen, hieße lediglich, ethnischen oder religiösen Gegensätzen Vorschub zu leisten. Einerseits spricht die jüngere Geschichte Afrikas durchaus für Musevenis Argumentation. Andererseits jedoch blockiert sein Amtskollege Moi schon seit Jahren mit derselben Begründung die Demokratisierung Kenias, ohne deswegen das Aufflammen ethnischer Konflikte verhindert zu haben. Eine Opposition, die inhaltlich oder auch nur personell Alternativen zur Politik der Regierung anzubieten hätte, gibt es in Uganda – anders als in Kenia – allerdings nicht.

Bei den westlichen Regierungen stößt Musevenis Verbot politischer Parteien zwar auf formalen Protest, erzwingen werden sie deren Zulassung allerdings kaum. Immerhin hat er sich im vergangenen Jahr in allseits als frei anerkannten Wahlen für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigen lassen. In der Tat zweifelt niemand an seiner persönlichen Integrität. Fraglich ist jedoch, was geschieht, wenn der Lotse von Bord geht. Denn eine neue Generation an aufgeklärten und ebenso verantwortungs- wie machtbewußten Politikern, die das noch lose institutionelle Gefüge des neuen Uganda stärken und vor allem mit Leben erfüllen könnten, ist nicht in Sicht. Wer Museveni ersetzen könnte, weiß heute niemand.

Liaisons dangereuses

▶ Dem ugandischen Präsidenten geht es um mehr, als sein Land zu modernisieren. Was ihm vorschwebt, ist die in erster Linie wirtschaftliche Einigung Ost- und Zentralafrikas. Genauer besehen, ist sie sogar die Bedingung seiner Modernisierungsstrategie: Will er Uganda aus der Abhängigkeit vom Kaffee- und Baumwollexport in den Norden befreien, will er eine Diversifizierung der wirtschaftlichen Aktivitäten erreichen, eine nachhaltige, sich selbst tragende Entwicklung von Märkten auf den Weg bringen, bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als auch jenseits der ugandischen Grenzen nach neuen Kooperations- und Handelspartnern zu suchen. Auf sich allein gestellt wäre Uganda ökonomisch schlichtweg zu schwach.

Die Wiederbelebung der in den siebziger Jahren eingeschlafenen *East Africa Community*, bestehend aus Uganda, Kenia und Tansania, vor allem aber Musevenis Unterstützung der ruandischen und neuen kongolesischen Machthaber sind also weniger selbstlos, als es zunächst erscheint: Nicht bloß die Verachtung von selbstherrlichen Diktatoren und die Empörung über Massenmorde, sondern manifeste Interessen und, nicht zu vergessen, persönliche Dankbarkeitspflichten zwingen Museveni an die Seite Kagames und Kabilas. Kagame hat in der von Museveni geführten *National Resistance Army*, der heutigen UPDF, gedient und an der Befreiung Ugandas mitgewirkt. Kabila ist ein Studienfreund aus Dar es Salaam. Während Kagame nun keinen Hehl daraus macht, Kabila beim Sturz Mobutus militärisch unter die Arme gegriffen zu haben, will sich der ugandische Präsident, wie er kürzlich auf einer Pressekonferenz sagte, »im Moment nicht zu diesen Fragen äußern«. Europäische Entwicklungshelfer und Geschäftsleute, die vor dem Krieg in Zaire nach Uganda geflohen sind, bezeugen allerdings, daß ugandisches Militär an der Vertreibung Mobutus beteiligt war.

Warum also leugnen, was alle wissen? Es liegt nahe, daß Museveni angesichts der von UN-Beobachtern und unabhängigen Menschenrechtsgruppen erhobenen – und inzwischen bestätigten – Vorwürfe, in Nordruanda sowie dem östlichen Kongo würden Zivilisten, zumeist Hutu-Flüchtlinge, vorsätzlich ermordet und systematisch von aller Versorgung abgeschnitten, davor zurückschreckt, sich öffentlich zur Waffenbrüderschaft mit mutmaßlichen Mördern zu bekennen. Das Kalkül der Gewalt ist Museveni zwar nicht fremd – den Mord an Zivilisten hat seine Armee sich gleichwohl nie zuschulden kommen lassen. Das war der Schlüssel zu ihrem Erfolg. Wird es Museveni nun auch gelingen, seine Zöglinge an die Kandare zu nehmen? Uganda hat er den Frieden gebracht. Diesen Verdienst kann ihm niemand bestreiten. Aber wird seine ehrgeizige Politik ihn auch bewahren? Die Bomben von Kampala haben die Stabilität Ugandas nicht wirklich erschüttert; doch sie sind ein Menetekel.

▶ **Axel T. Paul** arbeitet als Soziologe an der Universität Freiburg und war zuletzt im Sommer 1997 in Uganda.

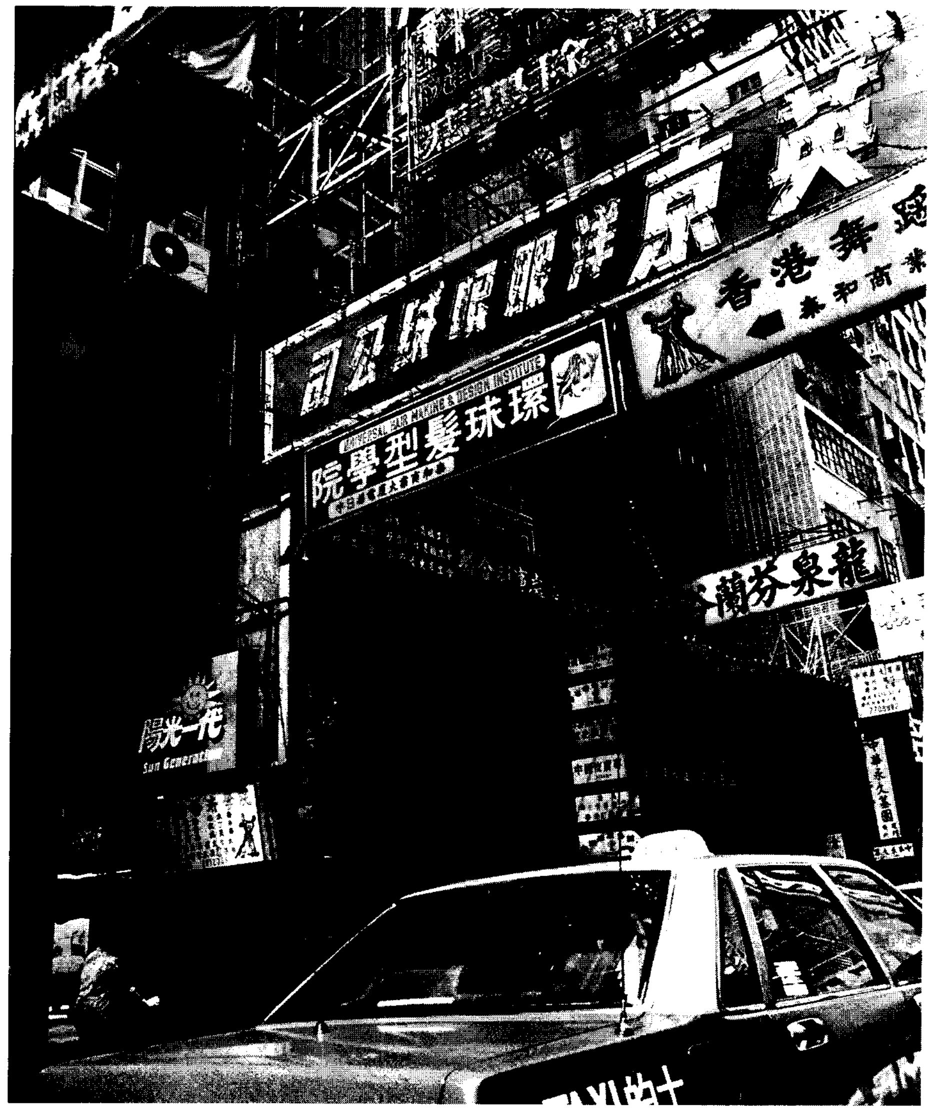


Foto: S. Orge/version

Turbo-lenzen

Die Finanzkrise Südostasiens

von **Walden Bello**

Noch vor einem dreiviertel Jahr galt Südostasien als die Wachstumsregion schlechthin. Doch seit Herbst dieses Jahres hat sich das Bild gewandelt: Turbulenzen auf den Finanzmärkten lassen die Blätter der Wirtschaftsblüte welken. Die einstige Wachtumsregion ist zur Krisenregion mutiert. Noch ist das Ausmaß der Krise nicht abzusehen. Die Ursachen jedoch lassen sich benennen.

► Die Krise, die jetzt Südostasien trifft, ist nicht nur ein flüchtiges Ereignis, von dem sich die Region erholen wird, sobald Kapital zurück in die Wirtschaften der Tigerstaaten fließt. Es ist die Krise eines Entwicklungsmodells, welches von immensem Zufluß ausländischen Kapitals abhängig ist und von der Illusion geleitet wird, daß »Staaten den normalerweise langen und mühsamen Weg zu einem fortschrittlichen Status überspringen könnten, indem sie einfach ihren Zugang für ausländischen Kapitalzufluß maximal ausweiten«[1]. Wenn man das Modell im Detail betrachtet, zeigt sich, daß darin der Schlüssel zur momentanen Krise liegt. Mehr als die Schwellenländer Ostasiens sind diejenigen in Südostasien in ihrem ökonomischem Wachstum abhängig von ausländischem Kapitalzufluß geworden. Die erste Phase dieses Prozesses begann Mitte der 80er, als ein massiver Kapitalzufluß aus Japan eindrang, die Region aus ihrer Rezession riß und ein Jahrzehnt hohen Wachstums auslöste. Infolge der Plaza-Übereinkunft von 1985, welche den Yen drastisch gegenüber dem Dollar aufwertete und damit die Japaner zwang, Billigproduktionsstätten außerhalb Japans zu suchen, um auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben, flossen zwischen 1986 und 1990 um die 15 Milliarden Dollar aus japanischen Direktinvestitionen in die Region. Dieser finanzielle Zustrom brachte nicht nur Milliarden japanischer Hilfe und Bankkapital, sondern auch noch zusätzliches Kapital aus den Schwellenländern der ersten Generation, Taiwan, Korea und Hong Kong.

Jedoch flachten in den frühen 90er Jahren die japanischen Direktinvestitionen ab oder versiegten wie im Falle Thailands ganz. Zu dieser Zeit waren die südostasiatischen Länder schon abhängig von ausländischen Investitionen. Die politischen und ökonomischen Eliten Südostasiens sahen sich mit der Herausforderung konfrontiert, die große Kluft zwischen den begrenzten Ersparnissen der ASEAN-Staaten und den enormen Investitionen zu schließen – Investitionen, die sie für ihre Strategie des Turbokapitalismus (»*fast track capitalism*«) benötigten, der aus ihrer Sicht die Kombination von Wohlstand, Entwicklung für alle und politische Stabilität hervorbringen würde.

In den frühen 90er Jahren eröffnete sich eine zweite Quelle ausländischen Kapitals. Dies waren die gewaltigen Summen persönlicher Ersparnisse, Pensionsvermögen, Firmenrücklagen und anderer Vermögen, die in gemeinsamen Fonds und anderen Investitionsinstitutionen hinterlegt waren, mit dem Ziel, ihren Wert durch Plazierung in äußerst gewinnbringende Unternehmen zu maximieren. Diese Fonds, größtenteils amerikanischer Herkunft, wären jedoch nicht ohne ein günstiges Klima zur Vefügung gestanden. Um sie anzulocken entwickelten die Finanzmanager in ganz Südostasien Verfahren und Strategien, die drei gemeinsame Schlüsselelemente beinhalten: Zunächst eine Finanzliberalisierung, d.h das Ausschalten von Devisenbeschränkungen und anderen Einschränkungen auf den Zufluß und Abfluß von Kapital. Die Börsen öffneten sich für ausländische Portfolio-Investoren. Ausländische Banken durften nun umfassender in den inländischen Bankgeschäften agieren, und andere finanzielle Sektoren, wie die Versicherungsbranche, wurden für ausländische Mitspieler freigegeben. Zweitens die Aufrechterhaltung hoher inländischer Zinsraten in Bezug zu Zinsraten in den USA und anderen Weltfinanzzentren, um Spekulationskapital anzuziehen, das die Gewinnspanne von 5-6% in New York gegenüber 12-15% in Manila oder Bangkok ausnutzen konnte. Und drittens die Fixierung der Wechselkurse zwischen lokaler Währung und dem Dollar, um das Risiko, welches aus den Wertschwankungen der »weichen Währungen« in der Region resultiert, für ausländische Investoren auszuschalten oder zu reduzieren. Diese Garantie war notwendig, wenn Investoren im regionalen Markt ihre Dollars in Pesos, Baht oder Rupiah eintauschten, an die Börse gingen oder ertragsreiche Regierungsobligationen

kauften und ihr Kapital und ihre Profite dann zurück in Dollars wechselten und zu neuen Märkten transferierten.

Natürlich war die Mischung aus Finanzliberalisierung, Zinssatzpolitik und Wechselkurspolitik in den verschiedenen Ländern unterschiedlich. Doch erfolgreich war sie allemal. Es gelang ihr, ausländische Investitionen und Finanzkapital anzuziehen. Vor allem die Amerikaner waren in diesem Spiel äußerst aktiv. Sie versorgten die Region in den letzten Jahren durch gemeinsame US-Fonds mit Nettokapital in Höhe von vier bis fünf Milliarden Dollar jährlich.

Siamesische Zwillinge

► In Thailand belaufen sich die Netto-Portfolio-Investitionen oder der Spekulationskapitalzufluß auf ungefähr 24 Milliarden Dollar. Weitere 50 Milliarden Dollar kamen in Form von Anleihen über die *Bangkok International Banking Facility* (BIBF). Diese erlaubte ausländischen und lokalen Banken Dollaranleihen zu viel geringeren Zinssätzen als denen der Bahtanleihen zu tätigen. Durch die große Spanne – um die 600 bis 700 Basispunkte – zwischen US Zinssätzen und Zinssätzen der Bahtanleihen, konnten inländische Banken im Ausland Geld leihen und trotzdem einen hohen Profit erzielen, indem Kredite an einheimische Kunden zu niedrigeren Sätzen als bei Bahtanleihen vergeben wurden.

Thailändische Banken und Finanzunternehmen hatten keine Probleme, im Ausland Kredite aufzunehmen. Mit der zusätzlichen Sicherheit, eine Wirtschaft vorweisen zu können, die eine durchschnittliche Wachstumsrate von zehn Prozent per annum erreicht – die weltweit höchste zwischen 1985 bis 1996 –, wurde Bangkok ein Markt für Gläubiger. Der rasante Kapitalzufluß aus dem Ausland alarmierte weder die Weltbank noch den IWF, obwohl kurzzeitige Verbindlichkeiten 1995 die Hälfte der 83 Milliarden Dollar Auslandsschulden Thailands ausmachten. Die Weltbank und der Fonds waren wegen der guten Konjunkturlage in der Tat nicht sehr beunruhigt, als die Auslandsschulden extrem anstiegen und das Zahlungsbilanzdefizit Mitte der 90er Jahre auf sechs bis acht Prozent des Bruttoinlandprodukts (GDP) wuchs. Noch 1994 ließ die Weltbank offiziell verlautbaren, daß Thailand ein herausragendes Beispiel darstelle, welche Dividenden durch außengerichtete Orientierung, Aufnahmefähigkeit von ausländischen Investitionen, eine marktfreundliche Philosophie, durch konservatives makroökonomisches Management und vorsichtige Kreditpolitik erzielt werden können. Erst 1996 äußerte der IWF einige Bedenken bezüglich der riesigen Kapitalströme, gleichzeitig aber pries er noch immer die thailändischen Autoritäten für ihre »konsequent guten Ergebnisse der intakten makroökonomischen Managementpolitik«[2]. Obwohl der IWF »einen größeren Grad der Wechselkursflexibilität empfahl«[3], gab es keinen Ratschlag, den Baht frei fließen zu lassen. Die Selbstgefälligkeit der Bretton Woods Institutionen hinsichtlich Thailand und ihr Versäumnis, die Warnsignale richtig einzuschätzen, wird von einigen Analytikern darauf zurückgeführt, daß nicht die Regierung für die Probleme verantwortlich sei, sondern der private Sektor. Die hohen Zahlungsbilanzdefizite der frühen 90er Jahre fielen mit dem Überschuß des Regierungsbudgets zusammen.

Auch auf den Philippinen waren die Technokraten in den frühen 90er Jahren äußerst hungrig auf ausländisches Kapital, nachdem das Land bis Ende der 80er Jahre vom massiven Zufluß japanischer Investitionen in die südostasiatische Region ausgeklammert worden war. Ebenfalls gierig danach, in vorderster Reihe der asiatischen Tiger mitzumischen, betrachteten sie Bangkok als ein nachahmenswertes Beispiel. Innerhalb der nächsten Jahre wurden die Philippinen, was die makroökonomische Strategie betrifft, zum siamesischen Zwilling Thailands. So lockte die Formel der Finanzliberalisierung, der hohen Zinssätze und eines künstlich festgesetzten Wechselkurses zwischen 1993 bis 1997 Netto-Portfolio-Investitionen im Wert von etwa 19,4 Milliarden Dollar ins Land. Die Dollaranleihen mit Hilfe der Devisenreserven (*Foreign Currency Deposit Units* – FCDU's) – Manilas Gegenstück zur *Bangkok International Banking Facility* – stiegen Ende 1993 von zwei Milliarden Dollar auf 11,6 Milliarden Dollar im März 1997. Durch das Einfrieren des Peso wurden US-Dollar bis zu 600 Basispunkte billiger als der protektionierte Pesokurs der BSP (Zentralbank) angeboten. Wären die ausländischen Kapitalzuflüsse in die wirklich produktiven Wirtschaftssektoren Industrie und Landwirtschaft eingegangen, dann wäre die Geschichte wohl anders verlaufen. Aber stattdessen wurde hauptsächlich in den spekulativen Finanz- und Grundstückssektor an der Börse und in Immobilien investiert, die als die attraktivsten Sektoren für eine hohe Gewinnausschüttung innerhalb kürzester Zeit galten.

In der Tat fungierte der vorhergesagte Immobilienboom vor allem durch den Abzug des Kapitals aus den Industrien in Thailand und den Philippinen: Viele Unternehmen investierten ihre Profite nicht in die Verbesserung ihrer Technologie oder in die Weiterbildung ihrer Arbeitskräfte, sondern verspielten große Teile durch Immobilien- oder Börsenspekulationen. Der Zufluß ausländischer Portfolio-Investitionen und Immobilienanleihen führte zu einem hektischen Treiben, welches ein massives Überangebot an Wohn- und Gewerbeobjekten von Bangkok bis Jakarta zur Folge hatte. Ende 1996 blieben in Bangkok neue Wohn- und Geschäftsimmobilien in einem geschätzten Wert von 20 Milliarden Dollar unverkauft, und immer noch übersäen Baukräne die Landschaft, da Stadtplaner sich auf die Fertigstellung neuer Hochhäuser stürzen. In Manila steht nicht länger die Frage zur Debatte, ob es eine Schwemme in der Immobilienbranche gibt. Die Frage ist vielmehr, wie groß sie schlußendlich sein wird. Ein Investitionsanalytiker prognostiziert, daß im Jahr 2000 das Angebot von Wohnhochhäusern die Nachfrage um 211 Prozent übersteigen und das Angebot von Gewerbeobjekten um 142 Prozent über dem Bedarf liegen wird. Tatsächlich bemühen sich nun die Immobilienplaner, ihre Verluste auszugleichen oder zu reduzieren, indem sie Milliarden Dollar in Ferienanlagen und Golfplätze investieren[4].



»Würden Sie ihm einen Millionenkredit geben?« Foto: J. Holst

Für die Handelsbanken in Thailand, den Philippinen, Malaysia und Indonesien waren dies schlechte Nachrichten, da sie sich, was Immobilienkredite betrifft, in exponierter Stellung befinden. Prozentual gesehen beläuft sich die Gesamtbeteiligung der Handelsbanken bei Immobilien- oder ähnlichen Krediten im Falle der Philippinen und Thailand auf 15 bis 20 Prozent und 20 bis 25 Prozent in Malaysia und Indonesien. In Thailand wird angenommen, daß sie bis zu 40 Prozent der gesamten Bankkredite ausmacht[5].

Außerdem wird vermutet, daß die Hälfte dieser Kredite gewinnbringend ist[6].

Das massive Überangebot im Immobiliensektor und die Erkenntnis, daß viele Finanzunternehmen, die große Anleihen aufgenommen hatten, Obligationen in Umlauf brachten oder Wertpapiere (»*equities*«) an ausländische Portfolio-Investoren und Banken verkauften, brachte Anfang 1997 die ausländischen Investoren dazu, ihre Situation im Land nochmals zu überdenken. Als sie feststellten, daß die Immobilienschwemme mit der sich verschlechternden makroökonomischen Lage des Landes zusammenhing, gerieten sie in Panik und zogen sich aus dem Geschäft zurück. Das Zahlungsbilanzdefizit war auf 8,2% des Bruttoinlandsprodukts (GDP) gestiegen – ein ähnlicher Wert wie in der mexikanischen Krise im Dezember 1993 -, die Exportwachstumsrate 1996 auf Null gesunken und die Auslandsschulden hatten sich in nur wenigen Monaten auf 89 Milliarden Dollar verdoppelt.

Immobilienmakler versuchen ihre Verluste auszugleichen, indem sie Milliarden in Golfplätze investieren

Dieser Rückzug aus Thailand bedeutete den Verkauf von Billionen Bahts gegen Dollar. Das Ergebnis war natürlich ein gewaltiger Druck auf den Wert des Baht. Dies zog Spekulanten an, die auf Profit durch gut getimte Einkäufe und Geschäfte mit Baht und Dollar aus waren. Die Bank von Thailand versuchte den Baht zu einem Wert von ungefähr 25 Baht pro Dollar zu verteidigen, aber der Ansturm ausländischer Investoren, den sich die Spekulanten zunutze machten, war einfach zu stark. Die Zentralbank verlor neun ihrer 39 Milliarden Dollarreserven, bevor sie am 2. Juli ganz kapitulierte und den Baht freigab. Das gleiche Drama spielte sich in Manila, Jakarta und Kuala Lumpur ab, wo die gleiche makroökonomische Strategie die gleichen Fehler und Schwächen produziert hatte. Diese Schwachstellen einer makroökonomischen Entwicklungsstrategie, die auf riesige Kapitalzuflüsse gebaut hatte, schufen die regionale Finanzkrise. Spekulanten nutzten ganz einfach eine Entwicklungskrise aus, die in der Hauptsache selbstverursacht war. [Malaysias Premier Mahathir Mohammed hatte den US-amerikanischen Juden George Soros als Anführer eines »jüdischen Fahrplans« für die Krise verantwortlich gemacht und eine »jüdische Verschwörung« gewittert. Anm. d. Red.]

Strategischer Rückzug

► Trotz der Erklärungen einiger südostasiatischer Regierungen, es sei nur eine kurzzeitige Krise, – eine Phase im normalen Auf und Ab des globalen Kapitals – gibt es einen strategischen Rückzug von Finanzkapital aus der südostasiatischen Region. Die neuen Lieblinge der Fondsmanager sind die lateinamerikanischen Märkte, die um durchschnittlich fast 40% angestiegen sind, als die asiatischen Märkte fielen. Wie die *Financial Times* erwähnt, betrachten die Fondsmanager die Entwicklung der brasilianischen Wertpapiere (»*equities*«), die seit Ende des Jahres um 70% stiegen, als sehr positiv. Ebenso die russischen, die sich seit Anfang des Jahres mehr als verdoppelt haben, und die chinesischen »*Red Chips*«, die sich um 90% erhöht haben[7]. Kapitalbewegungen werden, im Gegensatz zur doktrinären Ansicht des Freien Marktes, von einer Mischung aus Rationalität und Irrationalität diktiert. Wie der Stellvertretende Direktor des IWF kürzlich während des jährlichen Weltbank-IWF-Treffens in Hong Kong zugab, sind »Märkte nicht immer im Recht. Manchmal sind die Zuflüsse übermäßig, und manchmal werden sie zu lange angehalten. Märkte tendieren dazu, spät zu reagieren; aber dann reagieren sie oft zu schnell, manchmal übertrieben schnell.«[8] Aber eins ist gewiß: Ausländisches Kapital ist nicht so irrational, in naher Zukunft nach Südostasien zurückzukehren.

Wahrscheinlicher ist das Szenario einer andauernden Krise, wie es der Vorsitzende von *Salomon Brothers Asia Pacific*, einer der wichtigsten »*Global Players*« in der asiatischen Investitionsszene, entwarf. Die gemeinsamen US-Fonds, die die Region mit neuem Nettokapital in Höhe von vier bis fünf Milliarden Dollar pro Jahr versorgt hatten, zögen sich infolge der düsteren Investitionsaussichten zurück. Die Instabilität der Währung werde sieben bis zwölf Monate andauern, wenn die vorherigen Erfahrungen aus Mexiko, Finnland und Schweden als Anhaltspunkte genommen werden. In dieser Zeit gäbe es wenig inländische Nachfrage und einen Rückgang des Bruttosozialprodukts.

Eine weitere Frage, die in Erwägung gezogen werden muß: Werden ausländische Direktinvestoren dem Ruf der Banken und Portfolio-Investoren folgen und ihr Kapital aus der Region abziehen? Aufgrund des langsamen Wachstums der regionalen Exporte und der Ausweitung der deflationären Tendenzen ist es wahrscheinlich, daß Fremdinvestoren davor zurückschrecken, Engagement zu zeigen. Ford und GM zum Beispiel bereuen jetzt sicherlich ihre Entscheidung von 1996, große Automobilmontageanlagen in Thailand aufzustellen, um Fahrzeuge auf den damals scheinbar ins Unendliche wachsenden südostasiatischen Markt zu bringen. Es ist jedoch noch nicht klar, wie die japanischen Direktinvestoren reagieren werden. Einige Analytiker meinen, daß neue Investitionszuflüsse aus Japan eher nicht reduziert werden, da dort weiterhin die Strategie verfolgt werde, sich in Südostasien eine integrierte Produktionsbasis zu schaffen. Es wird darauf hingewiesen, daß sich allein in Thailand mehr als 1100 japanische Unternehmen niedergelassen haben. Nur eine massive wirtschaftliche Abwärtsbewegung könnte dieses



Fundament einreißen. Ein japanischer Geschäftsführer drückte es so aus: »Japanische Investitionen sind eine langfristig angelegte Strategie, in der Investitionen sich auf einer Jahr-zu-Jahr-Basis steigern. Ich denke nicht, daß eine 10 bis 20 prozentige Abwertung japanische Investoren zu einer Veränderung ihrer Investitionsstrategie in Thailand zwingen wird.« [Ironie des Schicksals: Die Yamaichi Securities, von der die Rede ist, hat kurze Zeit später Konkurs angemeldet. Anm. d. Red.]

Jedoch gibt es in der jetzigen Situation ein neues kritisches Moment, welches die Lage anders aussehen läßt als in den frühen 90er Jahren. Zunächst einmal haben die japanischen Anlagestrategien Südostasien in den letzten Jahren nicht nur als Exportplattform für Drittländermärkte betrachtet. Zunehmend werden die blühenden Mittelklassemärkte der Region selbst ausgebeutet – und es wird angenommen, daß diese Märkte stark schrumpfen werden. Aufgrund der Rezession in Japan wird es zweitens schwierig werden, die Produktion der südostasiatischen Märkte dorthin umzuleiten. Schließlich wird es kaum möglich werden, die Produktion wieder auf die USA zu lenken. Washington hatte Japan bereits davor gewarnt, den Ausweg aus seiner Rezession im Export zu suchen. Schließlich vertreten amerikanische Produzenten die These, die Handelsüberschüsse der südostasiatischen Wirtschaften seien häufig Überschüsse japanischer Firmen, die in die Region umgesiedelt sind. Sie fordern, diese den offiziellen Handelsüberschüssen Japans gegenüber den USA zuzurechnen. Japan könnten also beträchtliche Überkapazitäten aus seinen südostasiatischen Industrien aufgebürdet werden. Dies würde einen signifikanten Rückgang der Kapitalverpflichtungen auslösen. Toyota kündigte bereits die Einstellung von Neuinvestitionen in Thailand an. Solche Entwicklungen würden die regionale Rezession weiter vertiefen und verlängern.



Liberalisierung – vor oder zurück

► Wird die Krise in einen Fortschritt oder in einen Rückzug der Wirtschaftsliberalisierung münden? Während viele asiatische Wirtschaftsmanager sich auf die Position festlegten, daß die schwache Kontrolle über den internationalen Kapitalstrom eine der Hauptursachen der Währungskrise sei, nehmen amerikanische offizielle Stellen und Volkswirte genau die entgegengesetzte Position ein: Die unvollständige Liberalisierung sei die Kernursache der Krise[9]. Die feste Wechselkursbindung, so die nordamerikanischen Analytiker, sei die Hauptursache. Bequemerweise wurde dabei vergessen, daß viele Portfolio-Investoren die Stabilität, die die festen Wechselkurse gebracht haben, hervorgehoben haben. Nicht einmal der IWF setzte sich für eine reale Freigabe der Dritte-Welt-Währungen ein, weil das inflationären Druck und andere Formen ökonomischer Instabilität bewirken könnte. Aber die Vereinigten Staaten fordern neben frei konvertierbaren Währungen auch beschleunigte Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung des Güter- und Dienstleistungshandels. Viele amerikanische Kapitalgesellschaften sehen Südostasien – was die ökonomische Orientierung betrifft – als eine der am meisten protektionierten und staatlich gesteuerten Regionen der Welt an.

Früher ermöglichte der ökonomische Einfluß den südostasiatischen Ländern, sich den Forderungen Washingtons nach schnellerer Handelsliberalisierung erfolgreich zu widersetzen. Washingtons Kampagne, die *Asia-Pacific Economic Cooperation* (APEC) in eine freie Handelszone zu transformieren, wurde tatsächlich zum Entgleisen gebracht[10]. Aber mit der veränderten Situation könnte Washington über den IWF die Liberalisierung vollenden. Dieser Prozeß war in den späten 80er Jahren infolge des Füllhorns der japanischen Investitionen abgebrochen worden (mit der bedeutenden Ausnahme der Finanzliberalisierung). Tatsächlich haben die thailändischen Autoritäten auch ohne Ansporn von Washington alle Begrenzungen für ausländischen Besitz an thailändischen Geldhäusern aufgehoben, um ausländisches Kapital im Land zu halten. Sie haben eine noch liberalere Gesetzgebung für Fremdinvestitionen vorangetrieben, um Ausländern die Möglichkeit zum Grunderwerb zu verschaffen. Jakarta hat die 49%-Grenze für ausländische Anleger, Anteile in öffentlich registrierten Firmen zu kaufen, abgeschafft[11]. Unter der Vormundschaft des IWF sind die Philippinen bereits das am meisten strukturell angepaßte Land in Ostasien, und Thailand befindet sich jetzt in einem Prozeß der radikalen Liberalisierung durch den IWF. Wie häufig vorausgesagt, hat sich auch Indonesien in diese Schlange eingereiht. Es sieht so aus, als beginne für Südostasien durch die IWF-geleiteten Strukturanpassungen eine Ära mit minimalem oder schwankendem Wachstum. Eine Ära, wie sie Lateinamerika und die Philippinen bereits in der Zeit von 1980 bis 1993 aufgezwungen wurde.

Anmerkungen:

1 »Times for less Hectic Growth«, Business Times (Singapur), 20.8.1997.

2 Zitiert in Robert Chote: »Thai Crisis Highlights. Lessons of Mexico.« Survey, Financial Times, 19.9.1997, S.16.

3 World Bank Development Report, 1994. Zitiert in Jayat Ghosh, Abhijit Sen und C.P. Chendrasekar: »Southeast Asian Economics: Miracle or Meltdown?«, Economic and Political Weekly, 12.-19.10.1996, S. 2779.

4 All Asia, zitiert in Sheila Oviedo and H.F.: »Will Real Estate Go Bust ?«, International Herald Tribune, 16.5.1997.

5 »Of Currency Crisis and Financial Stability in Southeast Asia,« Internal memo of Investment firm requesting anonymity, 18.9.1997.

6 »Funds Rushed to Help Developers«, The Nation, 14.5.1997, S.B1.

7 A Ride on the Rollercoaster«, Financial Times, 12.7.1997.

8 Stanley Fischer: »Capital Account Liberalization and the Role of the IMF.« Paper presented at the »Asia and the IMF Seminar«, Hong Kong, 19.9.1997, S.4.

9 Alan Friedman: »Globalization Theory Vaults into Reality«, International Herald Tribune, 26.9.1997.

10 Siehe Walden Bello and Joy Chavez-Malaluan, eds., APEC: Four Adjectives in Search of a Noun (Manila: Manila's People's Forum on APEC, 1996).

11 Derwin Pereira: »Jakarta's Rescue Deal 'a Bold Step'«, Straits Times, 5.9.1997.

► **Walden Bello** ist Professor für Soziologie und Public Administration an der University of the Philipines und Co-Direktor des Focus of Global South, einem Programm für Politikforschung, Analyse und Aktion des Chulalongkorn University Social Research Institute in Bangkok. Er arbeitet über Wirtschaft, Politik und Sicherheit in Ostasien. Demnächst erscheint sein Buch: *A Siamese Tragedy: Development and Disaster in Modern-Day Thailand.*

► Der von Simone Königer übersetzte und von der Redaktion gekürzte Text ist ein Vortrag, den Walden Bello während der Tagung *»Asien und Europa – Dialog oder Zusammenprall der Kulturen«* gehalten hat. Eine komplette Dokumentation der vom Asienhaus Essen in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung vom 31.10. – 2.11.1997 in Soest veranstalteten Tagung wird Ende des Jahres erhältlich sein. Bestellungen beim Asienhaus Essen, Bullmannaue 11, 45327 Essen, Tel. 0201/ 8303838.

Bäumchen wechsle dich

Ist Entwicklungspolitik noch Thema für Rot-Grün?

von **Claus-Dieter Lange**

► Innerhalb der Grünen und bei der SPD-Linken gilt die arithmetische Möglichkeit einer rot-grünen Koalition nach der nächsten Bundestagswahl längst als Gewißheit. Und wer es bei den Grünen heute noch wagt, einen Regierungseintritt in Zweifel zu ziehen, muß mit Exkommunikation rechnen. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die beginnende kontroverse Debatte um grüne Außenpolitik auf dem Bundesparteitag Mitte November schnell beendet wurde – sie wurde von allen Beteiligten als schädlich für den Wahlkampf angesehen.

Bis dahin war nämlich in der Diskussion über den vorgelegten grünen Programmentwurf – von den Benzinpreisen einmal abgesehen – nur über außenpolitische Forderungen debattiert worden. Angeblich wollten die AutorInnen des Entwurfes die Bundeswehr abschaffen und die NATO auflösen. Tatsächlich beschreiben sie dies jedoch – in klassisch sozialdemokratischer Manier – nur als irgendwann zu erreichende Fernziele. In der nächsten Legislaturperiode würden sie lediglich eine Umstrukturierung der NATO, die Aufwertung der OSZE sowie eine Reduzierung der Sollstärke der Bundeswehr als politische Ziele verfolgen. Dies sind immerhin Versprechen, die eine Alternative zur gegenwärtigen Politik durchscheinen lassen. Aber auch das ging den Realo-Grünen noch zu weit: »Utopien für das übernächste Jahrhundert haben im Wahlprogramm nichts verloren«, kanzelte der grüne Fraktionschef im hessischen Landtag den friedenspolitischen Teil des Programmentwurfs ab.

Weil also offenbar Wahlprogramme keine klaren Aussagen enthalten dürfen, ist es nicht verwunderlich, daß auch im entwicklungspolitischen Teil des Entwurfs kaum konkrete Forderungen auftauchen. Zwar wird im ersten Satz konstatiert: »In der Entwicklungspolitik sind grundlegende Reformen erforderlich«, jedoch werden diese auf den folgenden zwei Seiten nur in Form allgemeiner Absichtsbekundungen erläutert. Der grüne Programmentwurf fordert z.B. die verbindliche Verankerung sozialer und ökologischer Standards in der WTO, einen Rat für Weltwirtschaft, Umwelt und Entwicklung bei der UNO und umfassende Schuldenstreichungen. All das sind sympathische Forderungen, die jedoch nicht über politisches Sonntagsgerede hinausreichen. Ritualisiert und auf hohem Abstraktionsgrad wird das Böse in der Welt verdammt und die Durchsetzung des Guten angemahnt. Welche Bedeutung diesen wohlfeilen Willenserklärungen beigemessen wird, zeigt sich auch daran, wo sie positioniert sind: Das Kapitel zur Entwicklungspolitik findet sich auf den beiden letzten der 66 Seiten des mit »Grün ist der Wechsel!« betitelten Programmentwurfs.

Als konkrete Handlungsverpflichtungen einer künftigen Bundesregierung mit grünen Einsprengseln kann allenfalls verstanden werden, »daß die Bundesrepublik schrittweise 1% des Bruttosozialprodukts für internationale Struktur- und Entwicklungspolitik zur Verfügung (stellen soll).« Natürlich ist der Begriff »schrittweise« für alle Interpretationen offen, aber die Zielzahl des Finanztransfers von Nord nach Süd klingt radikal, wird doch in der Öffentlichkeit meist nur die Einhaltung des von der UNO seit Anfang der 70er Jahre propagierten 0,7%-Ziels angemahnt, von dem die OECD-Länder mit durchschnittlich 0,27% weiter denn je entfernt sind. Allerdings kann das allzu berechtigte »1%-Vorhaben« angesichts der ansonsten überwiegenden Unverbindlichkeit des Programmentwurfs nur als Überkompensation interpretiert werden.

Rot-schwarz-grüne Einigkeit in der Entwicklungspolitik?

Die neuerliche Orientierung am 0,7%-Ziel fordert auch die SPD in ihrem aktuellen »Leitantrag zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik«. Ohnehin haben Grüne und Sozialdemokraten auf den ersten Blick ähnliche Vorstellungen, was etwa Mindeststandards, Entschuldung und UNO-Reform angeht. Bei näherem Hinsehen offenbaren sich die Unterschiede. Während der grüne Programmentwurf durchaus klare Kritik an Globalisierung und schrankenlosem Freihandel formuliert, ist im SPD-Entwurf eher von deren Chancen die Rede. Zwar huldigt die SPD damit noch nicht vorbehaltlos dem Neoliberalismus, aber irgendwie sind ihr die Unterschiede zwischen Schurken und Helden durcheinandergeraten. So darf die WTO die Heldenrolle spielen. Die Welthandelsorganisation, deren eigentliche Aufgabe in der weltweiten Durchsetzung neoliberaler Strategien besteht, wird durch die rosarote Brille »als Hüterin multilateral anerkannter Regeln der wirtschaftlichen Beziehungen« gesehen. So betrachtet ist natürlich keine grundsätzliche Kritik mehr möglich, und man begnügt sich mit ein paar kleinen Korrekturen am WTO-System und seinen Regeln. Ähnlich verhält es sich mit den Forderungen der SPD zu einer Reform von UNO, IWF oder Weltbank. Neben der Erhöhung der Finanztransfers proklamieren beide Parteien auch die Stärkung der Entwicklungspolitik im Kabinett. Die Grünen fordern, »die Kompetenzen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZE) um wichtige Aufgabenfelder zu erweitern«, ähnlich wie die im »Forum Eine Welt« versammelten Entwicklungspolitiker der SPD, nachdem noch im letzten Bundestagswahlkampf Kanzlerkandidat Scharping die Auflösung des BMZE auf seine Fahnen geschrieben hatte. Die Einigkeit unter den entwicklungspolitischen Experten schillert im jetzigen, noch unverbindlichen Stadium sogar rot-schwarz-grün. Auch die CDU-Fachpolitiker setzen sich explizit für eine Stärkung des BMZE ein und haben in ihrem Papier unter dem Etikett »globale Zukunftssicherung« Positionen formuliert, die weit von der kleinkarierten, in erster Linie auf Handelsliberalisierung und Flüchtlingsabwehr ausgerichteten Politik des Spranger-Ministeriums entfernt sind. Grüne, Christ- und Sozialdemokraten reden unisono davon, daß Entwicklungspolitik zu einer »Querschnittsaufgabe« gemacht werden muß, sich also auch die Wirtschafts-, Finanz- und Agrarpolitik kohärent zu den proklamierten Entwicklungszielen verhalten sollte.

Neben ihrer Verteidigungsposition teilen die Entwicklungspolitiker aller Parteien aber noch ein weiteres gemeinsames Schicksal: Sie sind nur eine Randerscheinung und für das Spiel der Macht irrelevant. Auch eine rot-grüne Koalition dürfte kaum an entwicklungspolitischen Konflikten scheitern, zumal mehr als das offensive Einklagen des Kohärenz-Gebotes auch von einem starken BMZE nicht zu erwarten wäre. In einer rot-grünen Regierung unter der Kanzlerschaft des Industrie- und Globalisierungsfreundes Schröder wäre jedoch eine Konfliktstrategie notwendig. Ob die SPD-Entwicklungspolitiker dabei auf die Unterstützung der Grünen als Gesamtpartei hoffen dürfen, oder ob auch die Mehrheit der Grünen auf ihrem Weg zur Öko-FDP das Thema Entwicklungspolitik als lästigen Ballast beiseite schiebt, bleibt unklar. Entscheidend dürfte sein, ob es den entwicklungspolitisch engagierten Grünen überhaupt gelingt, Entwicklungspolitik (oder »Internationalismus« oder »globale Solidarität«) auch innerparteilich wieder zu einem Thema zu machen, das mehr als zwei von 66 Seiten hat. ◄

Die bundesweite Initiative ***Kein Mensch ist illegal*** *will die Situation von Menschen ohne Papiere öffentlich machen und zeigen, wie die MigrantInnen und Flüchtlinge illegalisiert werden – durch Gesetze, Verordnungen und Abkommen.*
Die iz3w startet die Reihe zu dieser Initiative mit einem Blick über die Grenzen: In Frankreich haben die ***Sans Papiers*** *ähnliche Ziele wie die Initiative in Deutschland, obwohl ihre Organisationsform und ihre politische Handlungsweise grundlegend anders sind.*

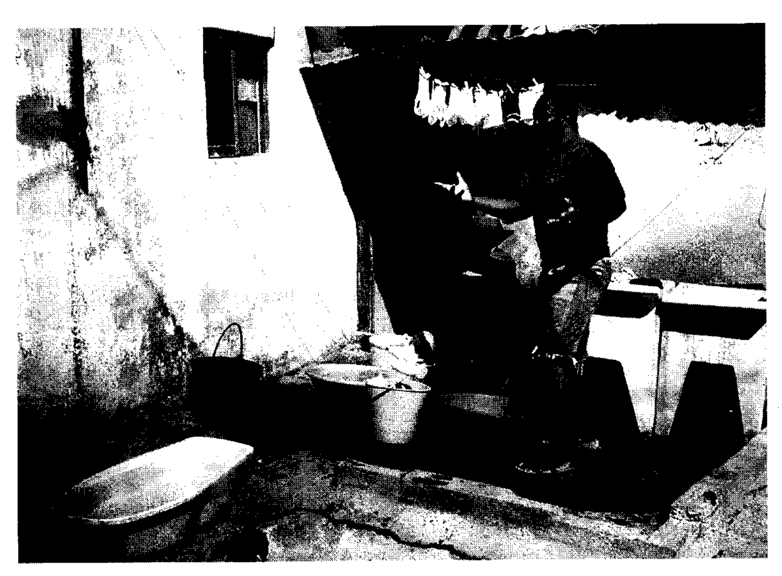


Foto: H. Sachs/version

»Du existierst nicht«

Interview mit Madjiguène Cissé, Sprecherin der Sans Papiers

Seit Flüchtlinge und MigrantInnen, denen die Abschiebung drohte, im März 1996 aus Protest dagegen die St.-Ambroise-Kirche in Paris besetzten, ist Sans Papiers in Frankreich zu einem festen Begriff geworden. Die 'Papierlosen' haben gegen die diskriminierenden Gesetze demonstriert, (hunger-)gestreikt, besetzt und argumentiert, bis sie den linken Parteien das Zugeständnis abgerungen hatten, bei einem Regierungswechsel zumindest die alte Gesetzeslage wiederherzustellen. Jetzt demonstrieren sie weiter, weil es zwar eine neue Regierung, aber noch keine neuen Gesetze gibt. Madjiguène Cissé ist Sprecherin der Sans Papiers. Sie war schon bei der Kirchenbesetzung dabei, ist viermal festgenommen worden und hat jetzt Aussicht auf Aufenthaltspapiere.

iz3w: Mit dem Regierungswechsel zur Koalition von Sozialisten, Kommunisten und Grünen gab es Hoffnungen der Sans Papiers auf Legalisierung und weiterreichende politische Veränderungen. Immerhin hatte Lionel Jospin im Wahlkampf die Abschaffung der Pasqua-Debré-Gesetze und eine Lösung für die Sans Papiers versprochen.

► Madjiguène Cissé: Die rechte Regierung hat uns die Papiere verweigert, die linke macht eine klügere Politik, eine subtilere, die nach außen hin viel offener erscheint – und will die Papiere ebensowenig geben. Lionel Jospin sagt heute: 'Ich hatte es gesagt, aber es war ein sprachlicher Ausrutscher. Wir brauchen die Gesetze nicht ganz abschaffen, aber man kann die Bestimmungen ändern, die schlecht sind. Das würde einer Quasi-Abschaffung entsprechen'.

Abschaffung, Quasi-Abschaffung oder nur Kosmetik. Die Einschätzungen der neuen Gesetze sind ganz verschieden. Was passiert denn jetzt konkret?

► Der neue Innenminister hat schon am 24. Juni eine circulaire [ein Rundschreiben, das etwa einem Erlaß entspricht, Anm. d. Red.] erstellt, die theoretisch elf Kategorien von Sans Papiers legal werden läßt. Das Problem ist, daß die Bedingungen so drakonisch sind, daß die Sans Papiers sie nicht erfüllen können. In Wirklichkeit zählt die Regierung alle Sans Papiers. Die linke Regierung organisiert keine Charterflüge mehr, aber mit den regulären Flügen gehen die Abschiebungen weiter, sogar von denen, die einen Antrag auf Bleiberecht gestellt haben.

Die Charter als regelrechte Abschiebeflüge waren sehr umstritten. Doch warum ein Stopp der Charterflüge, nicht aber anderer organisierter Abschiebungen?

► Alle, die in Gewerkschaften organisiert an französischen Flughäfen arbeiten, haben eine Erklärung herausgegeben. Nach unserer Räumung aus der Kirche St. Bernard haben die Flughafengewerkschaften in Dakar Yof eine Streikaktion gemacht. Sie haben gesagt: 'Wir werden nicht mithelfen, daß der Charter, der die Flüchtlinge der Kirche St. Bernard abschieben soll, landen kann!' Im Februar gab es einen Charter, der in Bamako [Hauptstadt von Mali, Anm. d. Red.] demoliert wurde. Und seitdem gibt es keine Charterflüge mehr.

Wird die zunächst innenpolitische Auseinandersetzung zwischen Sans Papiers und französischem Staat damit international geführt?

► Wir können uns nicht darauf beschränken, Papiere zu verlangen, denn selbst wenn wir alle in Europa heute Papiere bekommen würden, wäre die Situation nicht geregelt. Wir haben ja die Gründe erklärt, die uns dazu bringen, unsere Herkunftsländer zu verlassen. Schließlich sind die Sans Papiers nicht vom Himmel gefallen. Es sind auch Leute, deren Geschichte mit den Ländern im Norden verbunden ist, oft durch die Kolonisation. Notwendigerweise muß man daran erinnern, wenn man vom Kampf der Sans Papiers redet. Das Kämpfen der Sans Papiers für eine Aufenthaltsgenehmigung heißt auch anfangen zu kämpfen für den Erlaß der Schulden in der Dritten Welt. Es sind Schulden, deren Zinsen jahrelang größer werden. Es sind Schulden, die wir schon zum x-ten Mal bezahlt haben, es sind auch Schulden, die als Druckmittel auf unsere Regierungen dienen. Denn durch die Auflagen von IWF und Weltbank ist all unsere Wirtschaftspolitik durch die Länder im Norden geführt. Die Folgen der Auflagen sind katastrophal: Arbeitslosigkeit, Fabriken werden geschlossen, der Staat zieht sich aus dem sozialen Bereich heraus – aus der Gesundheits- und Altersversorgung und aus der Erziehung.

Daß Menschen vor den Folgen der katastrophalen Bedingungen fliehen, leuchtet ein. Nur: Ausweisungen aus Europa finden schon lange statt. Sie sind also – auch wenn das gerne so dargestellt wird – keine Folge der ansteigenden Flüchtlingszahlen, sondern schon zuvor initiiert. Wenn aber die Situation in den Herkunfts-

ländern die Rechtslage in Frankreich nicht bestimmt, dann müssen die Ursachen in Europa liegen ...

► Die Schließung der Grenzen erfolgte ein Jahr nach dem Erdölschock von 1973. Das war kein Zufall. Und die ersten Auflagen der höheren internationalen Finanzinstitutionen in Afrika, dem Mahgreb, allgemein der Dritten Welt, wurden zwei Jahre danach eingeführt. Es wurden Gesetze erlassen mit dem Ziel, die »Migrantenfluten« zu beherrschen, die öffentliche Ordnung zu erhalten und drittens, das sagen sie auch, den Ausländern, die Papiere haben, die Integration in die französische Gesellschaft zu ermöglichen. Sie sagen: 'Um die Legalen zu integrieren, muß man gegen die Illegalen hart vorgehen.' Das ist die Logik, die in all diesen Migrationsgesetzen vorherrscht.

Welche Logik, welche Positionen, stellen die Sans Papiers dem entgegen?

► Es gibt Grundfragen wie die Schulden der Trikontländer, wie das »freie Fluten«, die Mobilitätsfreiheit. Wir haben gesagt: Warum dürfen die Reichen sich völlig frei bewegen? Warum zirkuliert das Kapital in Überschallgeschwindigkeit? Warum aber werden einem Teil der Armen der Welt Ghettos zugewiesen?

Menschen ohne Papiere leben meist in sehr unsichtbaren Ghettos. Bedeuten die öffentlichen Aktionen sowas wie ein Ausbruch aus diesem Schattendasein?

► Wir haben die Kirche Saint Ambroise besetzt, um die Aufmerksamkeit auf uns zu lenken – die Aufmerksamkeit der Staatsgewalt und der öffentlichen Meinung. Man mußte die nicht lebbaren Situationen aufzeigen, in denen wir rechtlose Menschen geworden waren: Du existierst nicht. Du hast keine Wohnung; oder es ist schwierig, eine zu haben. Es ist schwierig, die Kinder zur Schule zu schicken. Es ist schwierig, ins Krankenhaus zu gehen. Man kann ständig denunziert und von der Polizei herzitiert werden. Wir haben angefangen zu kämpfen, um uns im Tageslicht zu zeigen, um allen Franzosen zu zeigen, daß wir Menschen wie alle sind. Unsere Parole »Papiere für alle«, man muß sagen, das ist eine Parole, die Angst gemacht hat.

Wieso Angst?

► Sie hat sowohl der Rechten, die an der Macht war, als auch den Parteien, die sich links nennen, Angst gemacht. Die sich links nennenden Parteien haben uns gesagt: 'Papiere für alle – aber das würde bedeuten, die Grenzen zu öffnen'.

... was sicher kein Staat will. Nicht nur der Staat, auch viele politische Gruppen tun sich mit dieser Forderung schwer. Wie ist das Verhältnis zu solchen Gruppen?

► Was für uns wichtig war, war unsere Autonomie. Wenn wir es den Organisationen und politischen Gruppen angekündigt hätten, hätten wir die Besetzung nie gemacht. Als sie gekommen sind, war ihre erste Reaktion 'Ihr seid verrückt. Das ist eine rechte Regierung, sie wird sicher keinen Ausländern nachgeben, schon gar nicht Sans Papiers. Es gibt keine Hoffnung, ihr müßt nach Hause gehen.' Wir haben 'nein' gesagt, das kommt nicht in Frage. Wir haben angefangen, wir werden weitermachen und sehen, was passiert'. Sie haben versucht, uns zu entmutigen. Als wir stur geblieben sind, wollten sie den Kampf vereinnahmen. Ohne diese Autonomie hätten wir nie anderthalb Jahre durchhalten können.

Das hat den Sans Papiers einigen Respekt eingebracht. Nur: Wirkt sich das auch irgendwie aus?

► Wir sind es gewesen, die de facto den Begriff der 'Sans Papiers' durchgesetzt haben. Denn vor unserem Kampf fand man überall nur den Begriff 'Clandestin' (Illegale). Der Status 'Sans Papiers' ist sogar von der Polizei anerkannt. Die Sans Papiers gehen zur Polizei, um eine Demonstration anzumelden. Ihr müßt euch die Situation des Polizisten vorstellen, dem morgens gesagt wird 'Suche Sans Papiers in Paris!'. Dieser steht dann um fünf Uhr morgens vor dem Amt für öffentliche Ordnung. Dann kommt ein Afrikaner, ein Sans Papier, und sagt ihm: 'Ich habe drinnen einen Termin.' – 'Für welche Organisation?' – 'Für die nationale Koordination der Sans Papiers'. Weil wir so offensiv waren und unsere Autonomie behalten haben, konnten wir uns durchsetzen.

► Das Interview ist während eines Vortrages, den Madjiguène Cissé auf Einladung der Aktion Zuflucht in Freiburg hielt, entstanden. Die Statements von Madjiguène Cissé sind Zitate aus dem Vortrag oder Antworten auf anschließende Publikumsfragen. Übersetzung aus dem Französischen: Valérie Breteau, Zusammenstellung: Valérie Breteau und Stephan Günther.

Die Pasqua-Debré-Gesetze – wie die Bürgerrechts-, Einwanderungs- und Asylgesetze zusammenfassend nach den verantwortlichen Ministern der beiden letzten konservativen Regierungen genannt werden – waren in Frankreich heftig umstritten. Im Frühling, während des Wahlkampfes, hatte der jetzige französische Premierminister daher die Rücknahme des kompletten Pakets versprochen. Jetzt soll es lediglich neu geschnürt werden:

► Seit über 100 Jahren galt in Frankreich das ius-soli-Prinzip: Wer im Lande geboren wurde, bekam auch die französische **Staatsbürgerschaft**. Anfang der 90er Jahre aber übernahm die konservative Regierung weite Teile des ius-sanguinis-Prinzips, das die Staatsbürgerschaft von der Abstammung abhängig macht. Nur auf Antrag konnten fortan Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren einen französischen Paß erhalten. Der neue Gesetzentwurf der Justizministerin Guigou sieht zwar den Wegfall der ausdrücklichen »Willensbekundung« vor, jedoch sollen Kinder ausländischer Eltern nicht mit der Geburt, sondern frühestens im Alter von 13 Jahren französisch werden können – falls die Eltern zustimmen.

Die **Aufenthaltsgesetze** der konservativen Regierungen regeln in erster Linie die Möglichkeiten der Ausweisung. »La double peine« [die doppelte Strafe] sieht die konsequente Abschiebung straffälliger AusländerInnen vor – ohne Berücksichtigung ihrer bereits verbüßten Strafe und ihres Aufenthaltsstatus. Eine Aufhebung dieser Regelung steht wie die Strafe bei Ordnungswidrigkeiten nicht zur Disposition: Alkohol am Steuer kann eine Verkürzung der Aufenthaltserlaubnis bedeuten, wer gegen die öffentliche Ordnung verstößt, dem kann eine Verlängerung des Aufenthalts verweigert werden. Die »commission de séjour« [die Aufenthaltskommission] und die »commission d'expulsion« [die Ausweisungskommission] konnten solche Behördenentscheide bis 1993 nochmals prüfen. Die konservative Regierung hat beide kurzerhand abgeschafft, sie sollen auch nicht wiedereingeführt werden. Die besonders umstrittene Regelung, wonach sich nichteuropäische BesucherInnen anmelden müssen, könnte dagegen gestrichen werden, weil die kommunistische und die grüne Partei darauf drängen. »Liberalisiert« werden soll die Abschiebehaft. Dabei lieferte Innenminister Chevènement eine eigenwillige Erklärung: Um sich besser auf die bevorstehende Abschiebung vorbereiten zu können, solle die Abschiebehaft von 10 auf 12 Tage verlängert werden.

Der neue Gesetzentwurf sieht ein dreistufiges **Asylrecht** vor. Politische Flüchtlinge können das »asile politique« [politisches Asyl gemäß der Genfer Konvention] erhalten. Neu ist das »asile constitutional« [das Verfassungs-Asylrecht] für »Freiheitskämpfer«, d.h. aktive PolitikerInnen, Gewerkschafter oder MenschenrechtlerInnen. Das »asile territorial« kann vom Innenminister »nichtpolitischen« Flüchtlingen persönlich gewährt werden. Zwar verspricht die Ausweitung eine bessere Chance auf Asyl als zuvor, doch eher für exponierte und prominente Flüchtlinge (»Freiheitskämpfer«), deren Definition ebenso von politischer Einschätzung und gewisser Willkür abhängt wie das Innenminister-Asyl. *step/valé*



Foto: U. Moschner / version

Politik mit Kopftuch

Frauen in islamistischen Bewegungen in der Türkei

von **Heidi Wedel**

Frauen beteiligen sich aktiv an islamistischen Bewegungen. Dieses Phänomen ist nicht zuletzt eine Reaktion auf die Auswirkungen staatlich geleiteter säkularer Modernisierungspolitik. Zu dem Versuch von Frauen, ihre Lebenssituation zu verbessern, gehört auch eine neue, religiös legitimierte Konzeption von Privatheit und Öffentlichkeit.

▶ In der Gesellschaftsordnung vieler sog. »islamischer Länder« spielt die Trennung der Sphären Öffentlichkeit und Privatheit in Verbindung mit Geschlechtertrennung eine wichtige Rolle. Einige Autorinnen stellen als positiv heraus, daß es in »islamischen« Gesellschaften einen geschützten Frauenraum gebe, der nicht mit dem westlichen Konzept von Privatheit gleichgesetzt werden könne. In ihm gebe es eine öffentliche Sphäre, die Frauen vorbehalten sei. Die Problematik der räumlichen Geschlechtertrennung wird jedoch erst dann in ihrer »Realitätsmächtigkeit« deutlich, wenn der Faktor politischer Macht und die Frage des Zugangs zu ihr einbezogen wird.

Die aktuelle Auseinandersetzung um »die Frau in der Gesellschaft« begann in der Türkei kurz nach der Republikgründung 1923, als die Kemalisten zu einer umfassenden Umstrukturierung von Staat und Gesellschaft ansetzten (vgl. auch *iz3w Nr. 223*). Islamische Institutionen und Gesetze wurden durch säkulare ersetzt. Der Islam als Integrationsfaktor sollte durch den der Nation abgelöst werden.

Von besonderer Bedeutung war die Übernahme des Schweizer Zivilgesetzes 1926. Obwohl es Frauen weitgehend gleichstellte, wurde die Rolle des Mannes als Oberhaupt der Familie festgeschrieben und damit die Geschlechterhierarchie in der Familie nicht angetastet. Dennoch bedeutete das Gesetz einen krassen Widerspruch zum Lebensalltag breiter Teile der Bevölkerung, so daß seine Umsetzung außerhalb der städtischen Elite jahrzehntelang auf Probleme stieß. Denn um ihre neuen Rechte einklagen zu können, brauchen Frauen den Zugang zu Öffentlichkeit und Macht im Privaten.

Trotz allgemeiner Schulpflicht seit 1924 wurde die Jugend auf dem Land, v.a. die Mädchen, erst langsam und gegen den Widerstand von Eltern, Dorfvorstehern und Geistlichen in das neue säkulare Bildungssystem integriert. Frauen der oberen Mittelschicht und der Oberschicht erhielten dagegen Zugang zu höherer Bildung und öffentlichen Positionen (als Abgeordnete, Wissenschaftlerinnen, Freiberuflerinnen), was allerdings weiterhin mit einem geschlechtshierarchischen Familienleben harmonisieren mußte. Ein Frauenbild der »entsexualisierten Mitstreiterin« wurde geschaffen, die als national-aufgeklärte Türkin moralisch integer bleibt. Dieser »Staatsfeminismus« nahm den Frauen die Möglichkeit, in einer unabhängigen Frauenbewegung als Subjekte zu handeln und machte sie zum Objekt bzw. Symbol der Modernisierung. Er verstärkte die

ökonomische und kulturelle Dichotomie in der Türkei gerade unter den Frauen. Diese internen Widersprüche des Modernisierungsprozesses zählen zu den wichtigsten Ursachen für das Erstarken der islamistischen Bewegung seit den 80er Jahren und die Beteiligung von Frauen an dieser Bewegung.

Hausbesuche bei Migrantinnen

► Daß viele sunnitische Frauen gerade aus den ärmeren Schichten die islamistische Refah-Partei gewählt haben[1], liegt zum Teil daran, daß sie die staatlich initiierte Modernisierung entweder negativ erlebt haben oder zumindest nicht von ihren Vorteilen profitieren konnten, weil ihnen der Zugang zu öffentlichen Bereichen wie Bildung, kulturellen Einrichtungen, Erwerbstätigkeit, Politik etc. verschlossen blieb. Dies gilt einerseits für Frauen auf dem Land, aber auch für die Frauen, die in die Großstädte migriert sind und nun in sogenannten Gecekondu-Vierteln (Spontansiedlungen) leben.

Gegenüber dem Dorf ist hier der räumliche und soziale Radius migrierter Frauen stark eingeschränkt. Die Frauen, die im Dorf einen entscheidenden (wenn auch unbezahlten) Beitrag zur agrarischen Produktion und zur Versorgung der Familie gleistet haben, werden in der Stadt auf ihre Hausfrauenrolle reduziert. Wegen ihrer niedrigen formalen Bildung finden sie in der Stadt meist keine oder nur schlecht bezahlte, wenig abgesicherte Arbeitsplätze. Außerdem werden sie oft von männlichen Verwandten an außerhäuslicher Tätigkeit gehindert, um den Kontakt mit fremden Männern zu verhindern. Heimarbeit oder die Arbeit als Haushaltshilfe bei reicheren Frauen werden zwar sozial akzeptiert, weil sie im privaten Raum stattfinden, bieten aber den Frauen im Vergleich zu einer Arbeit im öffentlichen Raum wenig Zugewinn an Status, ökonomischen und politischen Ressourcen.

Migrantinnen sind also weitgehend aus öffentlichen Bereichen ausgeschlossen. Sie erleben einen Konflikt zwischen traditionellen sozialen Geschlechterrollen und dem ökonomischem Zwang, öffentlichen Raum zu betreten. Vor diesem Hintergrund gewinnt die islamistische Konzeption von geschlechtsspezifischer Öffentlichkeit und Privatheit für viele Frauen an Attraktivität. Diese setzt der »westlichen« Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Aufhebung der räumlichen Geschlechtertrennung eine »islamische« Komplementarität entgegen, nach der die Geschlechter unterschiedliche Aufgaben in getrennten Räumen wahrnehmen.

Bereits vor ihrer Machtübernahme versuchte die Refah-Partei auch einzelne Mängel des Sozialsystems auszugleichen. U.a. versprachen sie einen Ort für den Verkauf der Handarbeiten von Frauen, »produktivitätssteigernde« Kurse für Frauen (die sich in der Praxis als Handarbeitskurse herausstellen) und die Vermittlung von Heimarbeit zu besseren Konditionen. Die Frauen bleiben also in ihrer Erwerbstätigkeit auf das Haus beschränkt. Vielen Gecekondu-Frauen fehlen Möglichkeiten des Zusammentreffens im größeren Rahmen. Sie sind auf einen engen Kreis von Verwandten und Bekannten aus derselben Herkunftsregion eingeschränkt. Regelmäßige religiöse Treffen stellen also eine Erweiterung der Kontakte dar, gegen die die Männer aufgrund des religiösen Charakters nichts einwenden können. Manchmal werden diese Zusammenkünfte auch dazu genutzt, um über kommunale, familiäre und Frauenprobleme zu sprechen oder über die nächsten Wahlen zu diskutieren. Diese Situation machte sich die RP zunutze, indem sie schon vor den Wahlen Hausbesuche von Frauen bei Frauen organisierte.

Eine »nicht-westliche Moderne«?

► Von der kemalistischen Elite mit ihrer westlich orientierten Fortschrittsgläubigkeit wurde die dörflich geprägte Lebensweise und Kleidung der Migrantinnen als Ausdruck von Rückständigkeit abgewertet. Das dadurch erzeugte niedrige Selbstwertgefühl hielt Frauen davon ab, Kontakt zu modernen öffentlichen Institutionen aufzunehmen. Anhängerinnen der RP schätzen an der neuen RP-Bezirksregierung, daß sie nun nicht mehr wegen ihrer Kopftücher diskriminiert würden und daß der neue Bürgermeister ihnen mit großem Respekt begegne. Dies stärkt ihr Selbstvertrauen und erleichtert den Zugang zu Institutionen, die ihnen zuvor verschlossen schienen. Außerdem kann nach der neuen islamistischen Ideologie die europäisch orientierte Lebensweise als degenerierte und kommerzialisierte Erscheinung einer oberflächlichen Verwestlichung abgetan werden. Die Reislamisierung bedeutet also für Frauen nicht unbedingt eine Einschränkung von räumlicher Mobilität, Kleiderordnung oder Geschlechtersegregation, sondern eher eine ideologische Aufwertung ihrer realen Situation.

Islamistische Bewegungen werden jedoch nicht nur von Unterschichtsfrauen, die von den Vorteilen der Modernisierung ausgeschlossen waren, unterstützt. Unter den Aktivistinnen findet man oft junge, gebildete Frauen der Mittelschicht, die sich für ein anderes, nicht westliches Verständnis von Moderne engagieren. Sie streben die Teilnahme an modernen Institutionen des öffentlichen Bereiches (wie Universitäten, Erwerbstätigkeit im öffentlichen Dienst, Parlament) bei gleichzeitiger Akzeptanz ihrer durch islamische Kleidung symbolisierten Identität an.

Bekannt wurden sie als »Kopftuchstudentinnen«, die sich 1987 gegen das Verbot auflehnten, an den Universitäten Kopftücher zu tragen. Damit setzten sie ein Zeichen gegen die autoritäre kemalistische Modernisierung und die damit verbundene Kodierung von Öffentlichkeit und Privatheit. Ihre Proteste bewirkten einen Mobilisierungsschub für islamistische Organisationen, die das Regime als islamfeindlich, undemokratisch und repressiv darstellen konnten. Auch für eine kleine Gruppe der säkularen Opposition war dies der Anlaß für eine Diskussion über Laizismus und Demokratie und eine Kritik an staatlichen Eingriffen ins Privatleben. Erneut wurde der Körper der Frau zum Zentrum einer allgemeinen politischen Diskussion.

Diese weibliche islamistische Gegenelite vertritt Vorstellungen, die sich durchaus von denen islamistischer Männer unterscheiden. In Gesprächen ohne Männer wird z.B. der Wunsch nach Berufstätigkeit, Einschränkungen oder sogar Hinterfragung der Mutterrolle und der Wunsch nach aktiver politischer Partizipation auf allen Ebenen deutlich. Sie entwickeln für sich ein neues Bild der muslimischen Frau, das sie bewußt von der von Männern gemachten Tradition abgrenzt, und sprechen von ihren Rechten im Islam, die sich auch und gerade auf den privaten Bereich beziehen.

Wider die Polarisierung

► Die Diskusion um die Zuordnung von Frauen zu Öffentlichkeit und Privatheit bildet das symbolische Zentrum der Modernisierungs- und Islamisierungsdebatte. Fragen der Familie, des Frauenkörpers und der Sexualität – kurz der kollektiven Durchsetzung öffentlicher Moral gehören zu den Hauptanliegen islamistischer Ideologie und Politik. Islamistische Regime haben den Ruf, besonders stark in das Privatleben einzugreifen, indem sie z.B. die Bekleidung oder räumliche und soziale Trennungen zwischen den Geschlechtern vorschreiben. Ihre Gegner kritisieren insbesondere, daß damit die Gleichheit der Geschlechter in Frage gestellt wird. Sie fürchten, daß Frauen aus der Öffentlichkeit verdrängt werden, zu der sie sich mühsam Zugang verschafft haben oder in der sie von modernisierenden Staaten zugelassen wurden.

Hierzulande steht – z.B. in der »Kopftuchdebatte« – meist die »Unterdrükkungsthese«, die die Beteiligung von Frauen an islamistischen Bewegungen nicht erklärt, einer von vielen Autorinnen vertretene romantisierende und kulturrelativistische Vorstellung von getrennten Frauenräumen gegenüber. Gegen diese vereinfachende Polarisierung richtet die Autorin hier den Blick auf die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Religion, Öffentlichkeit, Privatheit und staatliche Intervention. Der Beitrag schließt damit an Renate Kreiles Analyse des Wechselverhältnisses von Islamisierung und Modernisierung in Algerien, der Türkei und dem Iran an (s. *iz3w Nr. 223*).

In der institutionellen Politik ist davon nicht viel zu spüren. Die RP reagiert auf die faktische öffentliche Präsenz von Frauen mit einer nicht nur ideologischen Ausschlußprogrammatik. Trotz des großen Beitrags von Frauen bei der Mobilisierung besetzte die RP nach den Kommunalwahlen keine einzige leitende Funktion mit einer Frau. Der Istanbuler Oberbürgermeister Tayyip Erdoğ argumentierte, Frauen in hohen Ämtern seien ein Widerspruch zur Schöpfung. Indem die Propagandaarbeit der Frauen als Teil ihrer religiösen Pflichten interpretiert und so der privaten Sphäre zugerechnet wird, wird ihr Beitrag zum politischen Erfolg verschleiert und ihnen das Recht auf die Teilhabe an der politischen Macht abgesprochen. Bei den Parlamentswahlen war unter den 550 RP-Kandidaten keine einzige Frau, obwohl sich Frauen beworben hatten.

Dafür versprach die RP nach den Kommunalwahlen, getrennte Frauenstrukturen im Bezirk aufzubauen, einen sogenannten »Damenrat«, der den Zugang zur Institution Rathaus für Frauen erleichtern solle. Da der Damenrat jedoch keinerlei gesetzliche Kompetenzen hat, hängt die Umsetzung seiner Forderungen ausschließlich vom Wohlwollen der Männer ab, die allein über die formelle politische Macht verfügen. Auf dieses Problem angesprochen verwiesen sowohl die interviewten RP-Frauen als auch der männliche Bürgermeister auf »Vertrauen« und Harmonie zwischen Männern und Frauen der RP. Hier werden also Kategorien auf den politischen Bereich übertragen, die schon im privaten Bereich der Familie die Geschlechterhierarchie und Machtverhältnisse verschleiern.

Daß die Beziehungen zwischen Männern und Frauen innerhalb der RP nicht so konfliktfrei sind wie unterstellt, deutet die Absetzung engagierter kommissionsvorsitzender Frauen an. Einrichtungen, die die Spaltung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit und die Einschränkung der Frauen auf den privaten Raum aufweichen würden, z.B. neue öffentliche Frauenräume oder Frauenhäuser als Schutzräume vor männlicher »privater« Gewalt, werden von den RP-Männern abgelehnt; bestehende Frauenprojekte, die von säkularen Frauen getragen werden, wurden geschlossen oder es wurde ihnen kommunale Unterstützung entzogen.

Polarisierung und Ausgrenzung

▶ Die abschließende Frage, ob nun die RP politisierend oder ausgrenzend auf Frauen wirkt, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Die türkische Feministin Serpil Üşür urteilte 1989: Die Hauptaufgabe von Islamistinnen sei das Verbreiten der islamischen Ideologie, also nur eine Verlängerung ihrer traditionellen Aufgaben – eine Kritik, die auch gegenüber dem Kemalismus und der türkischen Linken erhoben wurde. Der Hauptunterschied liegt m.E. in den jeweiligen Konzepten von Öffentlichkeit und Privatheit und der Zuordnung von Frauen zu diesen Sphären.

Der kemalistische »Staatsfeminismus« legalisierte und förderte den Zugang von Frauen zu allen öffentlichen Bereichen, schloß jedoch de facto zahlreiche Frauen aus. Einerseits tastete er die Machtverhältnisse in der Familie nicht an, so daß einige Frauen von ihren männlichen Verwandten bis heute an der Teilnahme am öffentlichen Leben gehindert werden. Andererseits wurde der Einlaß in die Öffentlichkeit an ein vom Staat vorgegebenes Frauenbild geknüpft, das im Widerspruch zur Lebenswirklichkeit vieler Frauen steht.



Getrennte Wege im gleichen Raum?

Sowohl die säkulare Frauenbewegung als auch die islamistische Bewegung begannen in den 80er Jahren, diese auferlegte Identität und Kodierung von Öffentlichkeit in Frage zu stellen. Die islamistische Bewegung bietet Frauen, die sich dem westlichen, säkularen Frauenbild nicht anpassen können oder wollen, eine von ihrem sozialen Umfeld eher tolerierte neue Öffentlichkeit in Form von religiösen, sozialen und politischen Treffen, Versammlungen, Aktionen und Organisationen. Die beteiligten Frauen können Bildung, eine Verbesserung ihrer ökonomischen Situation, politische Erfahrung oder neue soziale und politische Aufgaben und Ämter gewinnen und dadurch ihre politischen Potentiale verbessern. Zudem wird das Selbstbewußtsein durch den neuen, v.a. von Frauen der islamistischen Elite in Abgrenzung zur Tradition entwickelten Diskurs über die Rechte der muslimischen Frau gestärkt. Die Teilnahme von Frauen in der islamistischen Bewegung kann also ihre Handlungsspielräume sowohl im privaten als auch im öffentlichen Leben erweitern.

Außerdem kann das Bild von der passiven, gehorsamen traditionellen Muslimin durch die aktive und z.T. kämpferische Teilnahme von verhüllten Frauen an Demonstrationen und Kundgebungen auf öffentlichen Plätzen aufgeweicht werden. Der dabei getragene schwarze Schleier symbolisiert aber zugleich die engen Grenzen, die der Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben weiterhin gesetzt werden. Mit der politischen Inszenierung von Privatheit wird zwar die Anerkennung islamischer Identität in der Öffentlichkeit eingeklagt, aber nur bei Wahrung der Geschlechtertrennung.

Islamistische Frauen sind heute zahlreich und demonstrativ in der Öffentlichkeit vertreten. Weil dies für die von Männern getragenen islamistischen Organisationen sowohl nützlich als auch gefährlich ist, bemühen sie sich um eine Abtrennung und Einschränkung der entstandenen Frauenöffentlichkeit. Zu diesem Zweck wird das politische Engagement von Frauen als religiöse und soziale Aufgabe in den privaten Bereich zurückdefiniert. Wenn die Frauen sich im männlichen öffentlichen Raum bewegen, wirkt die Verhüllung als Aufrechterhaltung der Privatsphäre. Von der islamistischen Bewegung werden Frauen nur im informellen und nur vorübergehend im politischen Bereich geduldet. Sie bleiben von der formalen politischen Macht ausgeschlossen.

Solange Frauenöffentlichkeit getrennt von der Männeröffentlichkeit bleibt, hat sie nur eingeschränkte Möglichkeiten, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen sich Frauen bewegen, zu verändern. Einige islamistische Frauen streben jedoch neue gesellschaftliche und Geschlechterbeziehungen an. Es deutet sich an, daß einige der Frauen mit den Erfahrungen, die sie in der Bewegung gewinnen, in Zukunft auch die Trennung in eine männliche, formale, staatliche Öffentlichkeit und eine privatisierte Frauenöffentlichkeit in Frage stellen werden.

Anmerkung:

1 Die folgenden Ausführungen beruhen auf einer Feldforschung 1993/94 in Istanbul. Sie beziehen sich also auf die Phase, als nach den Kommunalwahlen die Refah-Partei (Wohlfahrtspartei) die sozialdemokratischen Bürgermeister ablöste, aber noch nicht in der bis Sommer 1997 bestandenen Koalition mit der DYP unter Tansu Çiller die Regierung stellte.

▶ **Heidi Wedel** war 1991-96 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients FU Berlin und schließt gerade ihre Doktorarbeit mit einem Stipendium des Förderprogramms Frauenforschung des Berliner Senats ab. Eine ausführlichere Fassung dieses Beitrages ist jetzt erschienen in: Kerchner/Wilde (Hg.), Staat und Privatheit, Leske & Budrich 1997.

Im Jahre 505

»Verlassen wir dieses Europa, das nicht aufhört, vom Menschen zu reden, und ihn dabei niedermetzelt, wo es ihn trifft, an allen Ecken seiner eigenen Straßen und an allen Ecken der Welt.« Diese Abschiedserklärung von einem Europa, das seine Ideale von Aufklärung und Vernunft mit Macht und Gewalt in die Welt brachte, formulierte 1961 Frantz Fanon während des Algerienkrieges. Zweifellos haben die Zeiten sich geändert – »niedergemetzelt« wird in und von »Europa« heute nur noch selten. Aber ist tatsächlich alles anders geworden zwischen Europa und dem Rest der Welt südlich unserer Kirchtürme?

Die Geschichte der Beziehungen der (west)europäischen Länder zu denjenigen Afrikas, Lateinamerikas und Asiens ist älter als die EU, an deren Anfang, ganz im Zeichen des Kalten Krieges, 1957 der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft stand. Im Jahre 505 nach der Kolonisation Lateinamerikas sind allerdings die Beziehungen Europas zu seinen ehemaligen Kolonien weiterhin geprägt durch Ungleichheit. Fast ausschließlich werden im Nord-Süd-Verhältnis auch heute noch politische und ökonomische Interessen wirkungsmächtig, und die Macht zu deren Verfolgung bleibt ungleich verteilt. Gleichheit und Gerechtigkeit werden in aller Munde geführt, sind in der Politik aber de facto marginale Größen.

Vor diesem Hintergrund ist Entwicklungspolitik kaum mehr als ein Feigenblatt. Oft gut gemeint, ist sie doch nie mehr als ein Almosen, mit dem hinten notdürftig repariert wird, was vorne häufig erst angerichtet wurde. Und: Immer war sie im Auftrag ihres Herrn unterwegs – will heißen im Dienste der wirklich wichtigen, der großen Politik. Das gilt auch für die gemeinsame europäische Entwicklungspolitik. Sie ist den handelspolitischen Interessen der EU weit untergeordnet. Meist wird um sie nicht viel Aufhebens gemacht. Nur in Einzelfällen, wenn es um die Banane geht oder es einmal gelingt, die Widersprüchlichkeit und Inkohärenz von Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik am konkreten Beispiel öffentlichkeitswirksam darzulegen, tritt sie kurzfristig aus ihrem Schattendasein heraus.

Die mangelnde öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber der europäischen Nord-Süd-Politik wie auch gegenüber der gesamten EU steht in einem absoluten Mißverhältnis zu deren weitreichender Bedeutung. Hier hat sich insbesondere die Linke nicht mit Ruhm bekleckert. Die Geschichte der linken Auseinandersetzung mit der EU ist eine Geschichte der Versäumnisse. Bis weit in die 80er Jahre war die EG überhaupt kein Thema. Dann flackerte kurzzeitig eine radikale Kritik an der EG als »imperialistischem Block« auf und einige wenige Gruppen wie die Kölner »Anti-EG-Gruppe« widmeten sich vorrangig dem europäischen Expansionsstreben. Nur ein einziges Mal, während der »Feierlichkeiten« zu 500 Jahren Kolonialismus im Jahr 1992, gelang es, die Kritik an der heutigen Rolle Europas in der Welt breiter zu thematisieren.

Heute lassen sich in der Linken drei Strömungen im Umgang mit der EU beobachten: Die einen stehen der Union zwar skeptisch, aber gleichgültig gegenüber. Für sie ist der deutsche Nationalismus bedeutsamer als die EU. Eine andere Strömung ist zunehmend proeuropäisch eingestellt, weil sie sich von einer europäischen Identität das Zurückdrängen des DM-Nationalismus oder gesamteuropäischen Umweltschutz erhofft. Die dritte Strömung nimmt die EU trotz einer skeptischen Grundeinstellung als nicht mehr abzuschaffendes Faktum hin und versucht, in pragmatischer Weise reformorientierte Politik innerhalb der EU-Strukturen zu machen.

In unserem Themenblock möchten wir die Nord-Süd-Politik der EU – die nur zum geringsten Teil aus klassischer Entwicklungspolitik besteht – aus der Versenkung holen. Die Analysen der EU-Politik in Afrika, Asien und Lateinamerika, die bei aller Kritik nicht dem populistischen Dünkel gegen »die in Brüssel« verfallen, können u.a. zeigen, wie globale Politik zukünftig mehr denn je zwischen den Blöcken ausgemacht wird. Die EU als Staatenunion gehört dabei zu den mächtigsten Konkurrenten in einem Wettlauf um Ressourcen und Märkte, der nicht zuletzt in den und um die ehemaligen Kolonien stattfindet – und immer noch wird im Namen von Entwicklung und Fortschritt gestritten. Die Ideologie der Weltmarktintegration und Instrumente wie Strukturanpassungsprogramme haben Bibel und Schwert abgelöst. Trotz aller Veränderungen sind die europäischen Beziehungen zum Süden damit von Kontinuität geprägt. Aus 505 Jahren sollen 1000 werden.

die redaktion

Konsequent inkohärent
Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union

von **Jochen Müller**

»Weltgeltung« und die »Bewahrung des Wohlstands« sind erklärte Ziele der Europäischen Union im Zeichen erhöhter globaler Wirtschaftskonkurrenz nach dem Kalten Krieg. Diesen Ambitionen ist auch die Nord-Süd-Politik der EU untergeordnet. Die Entwicklungspolitik fungiert als Feigenblatt. Nur selten tritt sie aus ihrem Schattendasein heraus.

▶ Im Maastrichter Vertrag, in dem 1991 erstmals in der Geschichte der Europäischen Union ein gemeinsames entwicklungspolitisches Mandat formuliert wurde, hört sich das zunächst ganz anders an. Dort heißt es in den Artikeln 130u bis 130y: »Die Politik der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit, die eine Ergänzung der entsprechenden Politik der Mitgliedstaaten darstellt, fördert:

- die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, insbesondere der am meisten benachteiligten Länder;
- die harmonische, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft;
- die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern.« Gleichzeitig sollen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestärkt sowie für die Einhaltung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten eingetreten werden.

Was sich im Maastrichter Vertrag auf den ersten Blick als politischer Rahmen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit fortschrittlich darstellt, erweist sich als wirkungslose Artikulation hehrer Ziele, wenn man sie im Kontext des gesamten Vertrags betrachtet. Der Entwicklungszusammenarbeit wird kein eigenständiger Stellenwert zugebilligt und sie bleibt Ergänzung der bilateralen Dritte-Welt-Politik der EU-Mitgliedstaaten (s. Kasten). Mit dem bloßen Appell an die Mitgliedsländer versehen, ihre bilateralen Initiativen zu koordinieren, fügt die europäische Entwicklungspolitik den bisher 15 »Entwicklungspolitiken« der einzelnen Staaten lediglich eine 16. hinzu.

Und was noch gravierender ist: Die EU-Entwicklungszusammenarbeit wird der Gesamtpolitik, das heißt der gemeinsamen Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Handelspolitik der EU quantitativ und qualitativ weit untergeordnet. Unverblümt setzt die Kommission in einer Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament zu den Konsequenzen des Vertrages für die Entwicklungspolitik bis zum Jahr 2000 ihre Prioritäten: »Jedoch darf über diesen ideellen Werten nicht vergessen werden, daß die Politik der Entwicklungszusammenarbeit im größeren Rahmen der Außenbeziehungen der Gemeinschaft steht... Nicht zuletzt muß eine Gemeinschaftspolitik der Entwicklungszusammenarbeit auch die Präsenz der Gemeinschaft in der Welt stärken und damit zur Anerkennung der europäischen Identität durch Drittländer und in den internationalen Organisationen beitragen.«

Die Entwicklungszusammenarbeit wird zu einem funktionalen Bestandteil für die Neubestimmung der Rolle Europas in der Welt – vor allem neben den anderen beiden Triadenmächten, den USA und Japan. Sie ist quasi Teil einer Außen- und Sicherheitspolitik, zu der es in einem Entwurf zur Revision des Maastricht-I-Vertrages hieß, daß »durch eine effiziente und kohärente Außenpolitik der politische Einfluß der EU bei Drittländern entsprechend ihrer wirtschaftlichen Macht als größte Handelsmacht der Welt« ausgebaut werden solle, um »die Interessen ihrer Mitgliedsstaaten, ihrer Unternehmen und ihrer Arbeitnehmer im heutigen stark wettbewerbsorientierten internationalen Handelsumfeld zu verteidigen«.

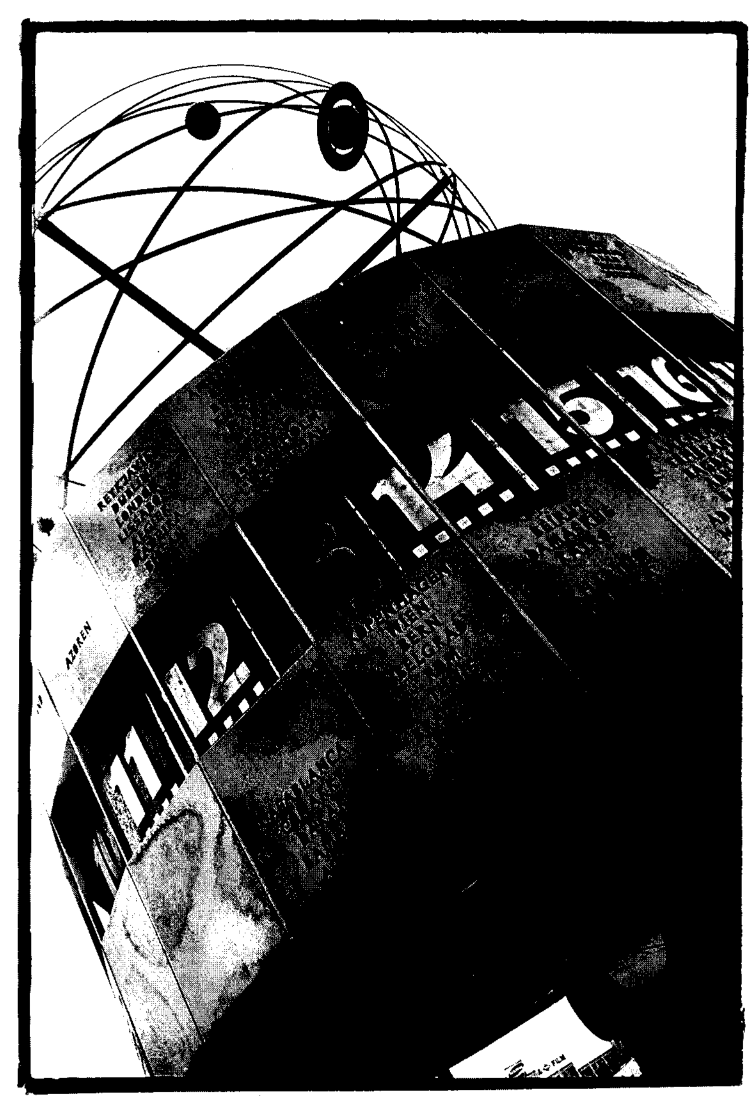
Auch die Entwicklungszusammenarbeit der Union erhält die Aufgabe, Wohlstand und Wachstum in Europa zu fördern (Titel II, Art. 3a). Nicht ein globaler Entwicklungsansatz steht also hinter der europäischen Entwicklungszusammenarbeit, sondern ökonomische Interessen. Selbst wenn es im Titel XVII, Art. 130v heißt: »Die Gemeinschaft berücksichtigt die Ziele des Artikels 130u bei den von ihr verfolgten Politiken, welche die Entwicklungsländer berühren können«, hat der Vertrag von Maastricht die Beziehungen zur Dritten Welt noch stärker als zuvor den außenpolitischen, geostrategischen und ökonomisch-kommerziellen Interessen der EU-Staaten unterworfen.

»Harmonische, schrittweise Eingliederung«...

▶ Das vielbeschworene Kohärenzprinzip, wonach die Maßnahmen der verschiedenen Politikfelder sich nicht widersprechen, sondern einander ergänzen sollen, ist demgegenüber nichts als wohlfeiles Wortgeklingel. Allenfalls können eine handvoll kritische EU-Parlamentarier ab und zu eklatante Verstöße aufdecken – wie etwa in der EU-Fischereipolitik, wo subventionierte europäische Flotten Westafrikas Fischgründe leerangeln und dabei die Existenz der dortigen Fischer gefährden, welche gleichzeitig von europäischer Entwicklungspolitik gefördert werden sollen (s. Beitrag von Katja Hansen). Schon der im Parlament von einer großen Mehrheit getragene Beitritt der EU zur WTO, jenem Instrument zur weltweiten Durchsetzung von unbegrenztem Freihandel und »Kapitalismus pur«, stellt für sich allein einen Verstoß gegen das Kohärenz-Gebot dar. Kleine Produzenten, auf regionale Märkte ausgerichtet, wie sie etwa im Fall von Milchpulver oder Rindfleisch vom Exportweltmeister EU zerstört werden, haben dem freien Weltmarkt nichts entgegenzusetzen. Dieser gefährdet ihre Existenz. Als WTO-Gründungsmitglied (1995) bleibt der EU bzw. den besagten kritischen Parlamentariern nun lediglich, soziale und ökologische Reformen der WTO einzuklagen.[1]

Nicht nur der WTO-Beitritt ist »inkohärent«. Bereits die im eingangs zitierten Artikel 130 des Vertrags von Maastricht formulierte »harmonische, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft« stellt vor dem Hintergrund der bestehenden Funktionsweise eben dieser »freien« Weltwirtschaft an sich eine entwicklungspolitisch widersprüchliche Zielvorstellung dar. Vollends unglaubwürdig wird sie in Anbetracht der europäischen Handels- und Außenwirtschaftspolitik, die immer weniger von den postulierten partnerschaftlichen Beziehungen inspiriert ist. Vielmehr sind die neuen Strategien für die Beziehungen mit Asien, Lateinamerika und dem Mittelmeerraum in erster Linie traditionelle Handelsstrategien, die darauf abzielen, die Interessen der EU weltweit durchzusetzen. Gegenüber den Bedürfnissen und Interessen der sog. Dritten Welt verhalten sie sich weitgehend gleichgültig.

Das läßt sich anhand einiger Zahlen nachvollziehen: Während der Anteil des EEF (s. Kasten S.20) an den gesamten Entwicklungsleistungen der EU – also die Kooperation mit den AKP-Staaten, zu denen heute nach UN-Kriterien 37 der 50 am wenigsten entwickelten Ländern der Welt (LLDC) zählen – von 1994-1996 von 50,6% auf 23,3% fiel, stieg der von Asien und Lateinamerika von 10,7% auf 16,2%, der des Mittelmeerraums von 8,9% auf 15,8% und die Kooperation mit Osteuropa und der ehemaligen UdSSR von 29,9% auf 44,8% (Quelle: epd). Die gleichen Tendenzen lassen sich für das Importvolu-



Achsen- und Zeitverschiebung von Nord nach Süd Foto: H. Sachs/version

men der EU aus den vier Ländergruppen feststellen. Acht der zehn Länder, die jeweils die Liste der Entwicklungsländer im Im- und Exportgeschäft mit der EU anführen, sind ost- und südostasiatische Staaten. Der Kampf um neue Märkte findet in Südostasien, in Mittel- und Osteuropa sowie in Südamerika statt. Er entscheidet über die »Zuwendung« der EU.

Statt einer Entwicklungspolitik, die den Ursachen von Armut und Unfreiheit zu begegnen sucht, fallen die ärmsten der sogenannten Dritte-Welt-Staaten gerade noch unter die 'internationale Sozialhilfe', was sich an der steigenden Ausstattung und Bedeutung von Nahrungsmittelhilfe und humanitärer Hilfe ablesen läßt. Deren Höhepunkt bilden militärische Kriseninterventionsszenarien. Nicht zuletzt dazu soll in ferner Zukunft die WEU (Westeuropäische Union – ein kollektiver militärischer Beistandspakt) zum »militärischen Arm« der EU avancieren – vor allem wenn es nach dem Willen der deutschen Regierung geht. Schon jetzt wurden im Amsterdamer Vertrag »humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen« der WEU im Namen der EU einbezogen.

... für die Ex-Kolonien?

► Eine gemeinsame europäische Entwicklungspolitik, die ihren Namen auch verdient, gibt es dagegen nicht. Selbst in der »Kooperation« mit den AKP-Ländern bleiben die bisher entwickelten Ansätze einer europäischen Afrikapolitik marginal. Diese ist aus kolonialen Verhältnissen in ein post-koloniales Kooperationsmodell übergeleitet worden. Der Lomé-Vertrag, der u.a. Erlössysteme zur Abfederung des Preisverfalls von landwirtschaftlichen Produkten enthält, wurde in den 70-er Jahren noch als vorbildlich angesehen. Inzwischen befindet er sich in einer Umstrukturierung, weil sich das internationale Umfeld seit 1989 gravierend geändert hat (s. den Beitrag v. Georg Lutz).

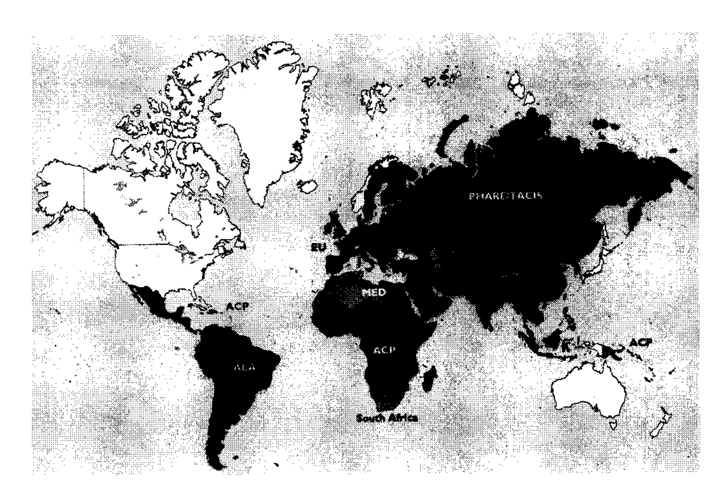
Was von dieser Umstrukturierung zu erwarten ist, läßt das Grünbuch der Kommission zu den anstehenden Verhandlungen zu Lomé V erahnen. Die – quelle surprise – Marktmechanismen sollen's richten. Privatisierung, Liberalisierung, die Integration in die Weltwirtschaft und exportinduziertes Wachstum werden gegen die Armut ins Feld geführt – als ob die meisten armen Länder und große Teile ihrer Bevölkerung nicht längst integriert wären, zu den schlechtesten Bedingungen des freien Marktes allerdings. Verteilungs- und geschlechtsspezifische Fragen bleiben bei aller sozialer Rhetorik in dieser Konzeption von Entwicklungspolitik ausgeblendet.

Widersprüchlich bleibt im Verhältnis zu den AKP-Staaten auch die ohnehin problematische Konditionalisierung von Entwicklungszuammenarbeit. Menschenrechtsstandards wurden 1990 auf Druck des EP in die Lomé-IV-Konvention aufgenommen. Bis heute ist die Frage der Menschenrechte aber von einer Doppelmoral geprägt. Während die Leistungen an den Sudan seit 1990 zurückgehalten wurden, nimmt die EU die Menschenrechtsverletzungen in Nigeria, dem aufgrund der Ölexporte wirtschaftlich bedeutendsten AKP-Staat, weitgehend hin. Parlamentarische Initiativen bewirkten nichts. Menschenrechtsfragen werden in der EU zudem häufig mit Rücksicht auf Frankreichs strategische Ambitionen im frankophonen Afrika zurückgestellt.[2]

So ist denn die AKP-Staatengemeinschaft auch letztlich höchstens für Frankreich und dessen weltpolitisches Engagement von Interesse. Vor allem Frankreichs Weltmachtanspruch, der sich aus der Vorherrschaft in West- und Zentralafrika ableitet, bestimmt die AKP-Politik. Diese Vorherrschaft, die Frankreich gegen zunehmend engagierte Konkurrenz seitens der USA und neuerdings sogar Japans verteidigen will, wird von den anderen Mitgliedsstaaten respektiert, die teilweise selbst Interventionen und das Festhalten an verschlissenen Machthabern dulden. Dennoch werden ab und an die Interessendifferenzen deutlich. So wird das BMZ seine Zahlungen in den EEF demnächst soweit zurückfahren, daß nun Frankreich größter Einzahler ist. Und im Streit um die EU-Bananenmarktordnung favorisierte Deutschland den Import billiger »Dollarbananen« von Plantagen aus Südamerika, während Frankreich – allerdings weniger entwicklungspolitisch motiviert denn aus strategischen Gesichtspunkten – für höhere Importquoten von Bananen aus den Kolonien und Ex-Kolonien eintritt, die meist in kleinbäuerlich strukturierter Produktionsweise angebaut werden. Bezeichnenderweise spielte die von NGOs erhobene Forderung nach Förderung einer sozial und ökologisch verträglichen Bananenproduktion auf beiden Seiten keine Rolle.

Keine Mitesser bitte

► Damit sind die zwei Hauptstrukturmerkmale der EU-Entwicklungspolitik genannt. Zum ersten steht sie als untergeordneter Bestandteil der gemeinsamen Außen-, und Wirtschaftspolitik im Rahmen der Globalisierung und ist damit ökonomischen Interessen,



Die weltpolitische Karte der EU: Regionalprogramme für den Mittelmeerraum (MED), Asien und Lateinamerika (ALA) sowie für Osteuropa und die ehemalige SU (PHARE/TACIS), Lomé-Vertrag mit den AKP(ACP)-Staaten. (aus: InfoFinance)

die in Konkurrenz mit den USA und Japan verfolgt werden, untergeordnet. Zum zweiten wird die EU-Entwicklungspolitik durch die nationalen Interessen und Strategien ihrer einzelnen Mitglieder bestimmt. Die Folge sind Kompromisse auf niedrigstem Niveau. Beide Momente, die Konkurrenz in der Globalisierung und die Unverbindlichkeit der Kompromisse zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, schlagen sich im Artikel 130u-y des Maastrichter Vertrages nieder.

Von dem amerikanischen Publizisten William Pfaff wurde Anfang 1995 in der Zeitschrift »Foreign Affairs« eine Re-Kolonisierung Afrikas durch die ehemaligen Kolonialländer und die EU gefordert. Die Europäer hätten ihre historische Mission nicht erfüllt und müßten nun für den Krisenkontinent Afrika in die Verantwortung genommen werden. Nun sind »die Europäer« – wenn auch nicht unbedingt aus Einsichten, die sie aus der Geschichte der Kolonisation gewonnen haben – weder willens noch in der Lage, ihre Mission in Afrika zu wiederholen. Im Gegenteil: Durch die Umorientierung der EU auf andere Regionen und die stärkere Verknüpfung von außenwirtschaftlichen, strategischen und entwicklungspolitischen Interessen wird mehr sogenannte »Entwicklungshilfe« nach Asien, Lateinamerika und Osteuropa fließen; Entwicklungshilfe allerdings, die – immer offener – den »Standort Europa« entwickeln und die »Festung Europa« vor unliebsamen Mitessern schützen soll. •

Anmerkungen:

1 Siehe dazu die Broschüre der 'Grünen im Europäischen Parlament' »Die WTO – Gefahr für Umwelt, Entwicklung und Demokratie?«, zu bestellen gegen 2.- in Briefmarken bei: Büro Wolfgang Kreissl-Dörfler, Krüner Str. 51, 81373 München.

2 vgl. Robert Kappel, Europäische Entwicklungspolitik im Wandel, Perspektiven der Kooperation zwischen der EU und den AKP-Ländern, in: INEF Report Nr. 17, Gerhard-Mercator-Universität Duisburg, 1996.

▶ **Jochen Müller** ist Mitarbeiter im **iz3w**.
Der Beitrag beruht in Teilen auf Textauszügen von Christine Parsdorfer (**iz3w**) und Robert Kappel (Universität Leipzig). Vielen Dank.

Entwicklungspolitik in der EU

▶ Zentrales exekutives Organ der EU ist die EU-Kommission. Die Arbeitsbereiche des derzeit 20-köpfigen Gremiums (20 Kommissare, ca. 15.000 Beamte), dessen Mitglieder von den Regierungen der Mitgliedsstaten ernannt werden, entsprechen prinzipiell denjenigen von Ministerien auf nationaler Ebene und sind in die sogenannten Generaldirektionen unterteilt. Diese erarbeiten auf Grundlage der im EU-Ministerrat durch die Regierungen bestimmten Vorgaben Gesetzes- und Initiativvorschläge, legen diese der Kommission vor, in deren Namen sie dann öffentlich vorgestellt werden. (Beispielsweise wurde das »Grünbuch über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten an der Schwelle zum 21. Jahrhundert – Herausforderungen und Optionen für eine neue Partnerschaft« in der Generaldirektion VIII erstellt und bildet jetzt als »Grünbuch der Kommission« die Grundlage der Debatte um die anstehenden Neuverhandlungen zum Lomé-Vertrag.) Vorsitzender der Kommission ist nach Jacques Delors derzeit Lord Leon Brittan.

Das Europäische Parlament verfügt lediglich mit der Haushaltskontrolle über eine Einflußmöglichkeit. Ansonsten kann das Parlament in der Entwicklungspolitik Vorschläge der Kommission und den Standpunkt des Ministerrates lediglich prüfen und abändern, jedoch keine eigenen Gesetzesinitiativen ergreifen. Der Ministerrat der Mitgliedsländer ist das letztlich beschließende Organ.

Die Entwicklungshilfe-Programme der EU basieren auf zwei Abkommen – dem Maastrichter Vertrag und der Lomé-Konvention – und sind institutionell in den Generaldirektionen I und VIII der EU-Kommission verankert. Der Aufgabenbereich der Generaldirektion I umfaßt laut Maastrichter Vertrag, nach Regionen unterteilt (s. Graphik), alle auswärtigen Angelegenheiten der EU mit Ausnahme der AKP-Staaten (s.u.). Die Entwicklungspolitik ist hier lediglich Querschnittsaufgabe und die für entwicklungspolitische Maßnahmen bewilligten Mittel entstammen dem Gesamthaushalt. Sie beliefen sich 1996 auf ca. 10,4 Mrd. DM. Sie verteilen sich u.a. auf die Regionalprogramme für den Mittelmeerraum (MEDA), für Asien und Lateinamerika (ALA) und für Osteuropa und ehemalige SU (PHARE/TACIS) sowie auf Maßnahmen zur NGO-Unterstützung, zum Umweltschutz oder zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Steigendes Gewicht erhält die »humanitäre Hilfe«, die mit ca. 1,3 Mrd. in 1996 den größten Einzelposten einnimmt und im Amt für humanitäre Hilfe (ECHO-European Community Humanitarian Aid Office) behandelt wird.

Vom Parlament geht keine Initiative aus

Die Lomé-Konvention regelt die Entwicklungszusammenarbeit mit den 71 AKP-Staaten (zu ihnen gehören alle 48 afrikanischen Länder südlich der Sahara, sowie 15 karibische und 8 pazifische Staaten). Zuständig ist hier die Generaldirektion VIII der Kommission, die ausschließliches Initiativrecht innehat. Ihr untersteht mit dem EEF (Europäischer Entwicklungsfond) ein gesonderter Finanztopf, in den die Mitgliedsländer direkt einzahlen und der ausschließlich der Kooperation mit den AKP-Staaten dient. Er unterliegt nicht der Kontrolle des Europäischen Parlaments. Aus den vom EEF 1996 bewilligten ca. 1,9 Mrd.DM werden die Entwicklungsprogramme – also Projekthilfe etc. – gezahlt (ca. 50%), Mittel zu Strukturanpassungsprogrammen und zur finanziellen Zusammenarbeit abgestellt sowie die Instrumente Sysmin und Stabex (s. Beitrag v. G. Lutz) finanziert. Die Höhe des EEF wird in Fünf-Jahres-Plänen bestimmt. Für die Jahre 1995-2000 sind EEF-Einzahlungen von 13 Mrd. ECU (knapp 25 Mrd. DM) vorgesehen, was trotz neuer EU-Mitglieder (Österreich, Finland, Schweden) keine Erhöhung darstellt (alle Angaben abgeleitet aus: InfoFinance 1996 Development, EU-Kommission 6/1997). Ebenfalls der DG VIII unterstellt, aber aus dem Gesamthaushalt finanziert, ist u.a. ein ca. 1 Mrd. DM umfassendes Sonderprogramm zur Nahrungsmittelhilfe (s. Beitrag von Sabine Mayer).

Die im EEF und im Gesamthaushalt 1996 für die gemeinsame Entwicklungspolitik ausgezeichneten Mittel betragen zusammen ca. 12,3 Mrd.DM (z.Vgl.: BMZ ca. 8 Mrd). Die Summe enthält allerdings vollständig die ca. 3,5 Mrd. DM für die Programme in Osteuropa und der ehemaligen SU (PHARE/TACIS).

Nichts scheint unmöglich

Das Lomé-Abkommen: Partnerschaft im WTO-Weltmarkt?



Foto: R. Maro/version

von **Georg Lutz**

Im Februar 2000 endet das vierte Lomé-Abkommen zwischen der Europäischen Union und 71 Staaten der 'Dritten Welt'. Ob und wie diese aus den 70er Jahren stammende Form der Entwicklungszusammenarbeit mit den Ex-Kolonien weitergeführt wird, ist derzeit Thema der »Entwicklungspolitischen Community« in Brüssel. Besonders deutlich wird hier der Widerspruch zwischen geforderter Weltmarktintegration, der EU-Hegemonialpolitik und den postulierten »Partnerschaftsbeziehungen«.

▶ Das von der EU-Kommission im Winter 1996/97 vorgelegte 'Grünbuch' zum Lomé-Prozeß strebt eine Modernisierung und Entschlackung des besonderen Assoziationsverhältnisses zwischen der EU und den AKP-Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raumes an. Hintergrund der Reformüberlegungen ist die Frage, in welchem Rahmen die entwicklungspolitische Zusammenarbeit nach dem Ende der bipolaren Weltordnung steht. Klassische entwicklungspolitische Konzepte einer nachholenden Industrialisierung treten offenbar immer mehr zurück.

Entwicklungspolitik verkommt zum Nischenthema. Immer weniger geht es um die Bekämpfung der Ursachen von Elend und Armut und immer mehr um effiziente Krisenbewältigung, u.a. mittels Kriseninterventionskräften. Sicherheitspolitische Interessen, die EU-Flankenschutzprogramme im Mittelmeerraum und in Osteuropa oder Marktsicherungsstrategien im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik dominieren immer unverblümter die Szenerie der entwicklungspolitischen Arbeit in Brüssel. Wie auch in der Standortdebatte, werden im entwicklungspolitischen Sektor einige Eckpfeiler der Nachkriegsära verteidigt. Was im nationalen Rahmen die sozialpolitischen Errungenschaften der 50er Jahre wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sind, ist in der Entwicklungspolitik schlicht das Einfordern des Rechts auf ein humanes Dasein, welches über das Überleben durch Katastrophen- und Armutshilfe hinausgeht.

Postkoloniale Szenerien

▶ Zwei historische Momente begründeten den Abschluß des ersten Lomé-Abkommens im Jahre 1975. Erstens unterhielt die EG seit ihrer Gründung Assoziationsabkommen mit ihren in die Unabhängigkeit entlassenen Ex-Kolonien, die sie wirtschaftlich an sich binden wollte. Zudem sollten diese Staaten im bipolaren Konkurrenzkampf in der westlichen Einflußzone verbleiben. Zweitens sah sich die EG seit Anfang der 70er Jahre mit der Forderung nach einer 'Neuen Weltwirtschaftsordnung' konfrontiert. Dies mündete in der 'Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten', die 1974 von der UNO verabschiedet wurde. Praktisch verdeutlichte sich dies am Druck von verschiedenen Rohstoffkartellen. Das wirkungsvollste war das Ölkartell der OPEC. Hier konnten die Ex-Kolonien einen politischen Hebel ansetzen, den sie heute nicht mehr haben. Die EG mußte reagieren, wobei ein vorteilhafter Konsens für beide Seiten gefunden wurde. Das erste Abkommen von Lomé bestand aus einem Mix von Systemsicherung und Konfliktvermeidung, ohne den wirtschaftlichen und politischen Interessen der EG entgegenzulaufen. Die Lomé-Abkommen umfassen seit 1975 folgende Kernelemente:

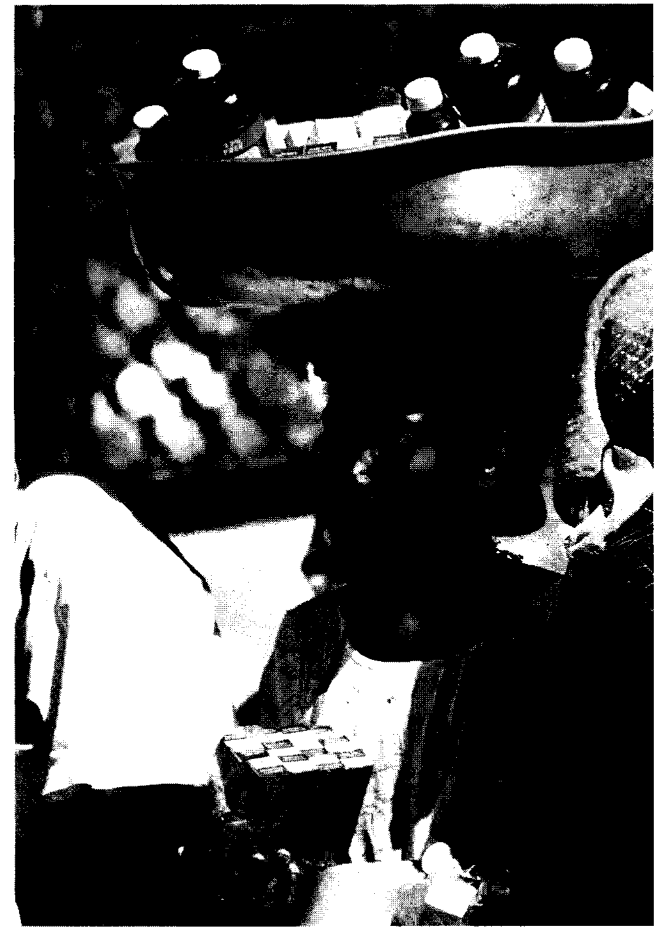
Erstens wurden die Kompensationsfonds (SYSMIN zur Aufrechterhaltung der Bergbaukapazitäten und STABEX zur Stabilisierung der Rohstoffexporte) geschaffen. Damit sollten die Preisschwankungen des Weltmarktes gedämpft werden. Die Länder könnten, so die damaligen Vorstellungen, verläßlicher den Verlauf der ökonomischen Entwicklung planen und einschätzen. Zweitens wurde im Handelsbereich das Allgemeine Präferenzsystem (APS) eingerichtet. Im Rahmen des APS werden den Staaten der 'Dritten Welt' günstige Importzölle eingeräumt, ohne daß die EU-Länder Gegenleistungen verlangen. Drittens werden in der Entwicklungshilfe die Beiträge des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) zur Verfügung gestellt.

Die AKP-Staaten hofften, mit einer möglichst engen Anbindung an die EU die

Modernisierung und Industrialisierung ihrer Gesellschaften voran zu bringen. Zentrales Kriterium war der Auf- und Ausbau ihrer nationalen Binnenmärkte. Die Landwirtschaft und die neuen industriellen Kerne sollten vor dem direkten Zugriff des Weltmarktes geschützt werden. Erst wenn die Konkurrenzfähigkeit zu den Metropolen hergestellt sei, könne man sich ausschließlich auf den Weltmarkt beziehen. Anders als heute war der Weltmarkt nicht das dominante Bestimmungsmoment. Taktisch geschickt nutzten einige Eliten der afrikanischen AKP-Staaten die bipolare Situation aus und wechselten je nach Bedarf die Seiten oder setzten das westliche oder östliche Lager mit der Drohung des Seitenwechsels unter Druck. Das Interesse der EG richtete sich erstens auf eine Sicherung ihrer Rohstoffversorgung, die damals noch eine wichtigere Rolle spielte, und zweitens auf die Marktzugänge in die AKP-Länder.

Schon zu Beginn der achtziger Jahre wurde von verschiedensten Seiten Kritik an den Lomé-Abkommen geübt: Die Handelsbeziehungen kamen aus der kolonialen Produktpalette nicht heraus. Eine Diversifizierung oder gar Regionalisierung fand kaum statt. Das Lomé-Modell fußte auf einer Partnerschaft, die klientelistischen Beziehungen Tür und Tor öffnete. Die Beziehungen Frankreichs zu den Ländern West- und Zentralafrikas sind in diesem Zusammenhang das drastischste Beispiel. Die Förderung von Diktaturen in Afrika hat man sich, egal ob es sich um eine konservative oder sozialistische Regierung handelt, in Paris auf die Trikolore geschrieben. So hielt die französische Regierung bis zum letzten Moment an Mobutu fest, der das potentiell reiche Zaire in den Ruin getrieben hatte. Im nördlichen Nachbarland Congo/Brazzaville zieht der französische Mineralölkonzern 'elf' die Fäden. Er ist mindestens mitverantwortlich für die vorläufig letzte Runde in einem lange schwelenden Bürgerkrieg, der besser mit dem Begriff Stellvertreterkrieg zu belegen ist. Wenn allerdings heute auch bundesdeutsche Politiker den Lomé-Prozeß kritisieren und etwa mehr Demokratie in den AKP-Ländern einfordern, ist Zurückhaltung angebracht. Solche Forderungen sind vor allem einer veränderten Interessenlage geschuldet. Schließlich stellte z.B. die Hanns-Seidel-Stiftung noch in den 80er Jahren Gelder für die Ausbildung einer Eliteeinheit für den Diktator in Zaire zur Verfügung.

Hinter den seit 1989 neu gesetzten Rahmenbedingungen der europäischen Außenpolitik verblaßten die alten Strukturen. Schon das Protokoll von Lomé IV, das im Juni 1990 abgeschlossen wurde, markierte den Richtungswechsel der Entwicklungspolitik der EU. Mit Artikel vier des Abkommens lehnte man sich explizit an den Art. 130u des EG-Vertrags von Maastricht an. Ausdrücklich wird dort auf das Ziel einer harmonischen Eingliederung der AKP-Räume in die Weltwirtschaft hingewiesen. Damit paßte sich Lomé IV an den gesamtpolitischen EU-Rahmen an. Das heißt u.a., daß die Kooperationspolitik der EU mit dem Mittelmeerraum, Asien, Lateinamerika und den Ex-RGW-Staaten zukünftig formal gleichberechtigt zu den AKP-EU Beziehungen behandelt wird.



Armutsbekämpfungsmaßnahme? Foto: J. Holst

Das postkoloniale Modell mit seinen spezifischen Anbindungen wird heute durch ein Modell konzentrischer Kreise ersetzt. Zentrales Kriterium ist dabei, die eigene Peripherie abzusichern. Dafür wurden auf Kosten der bisherigen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, wie der Projekthilfe, Flankenschutzprogramme für die östliche Peripherie (PHARE und TACIS) und Mittelmeerländer (MEDA) aus dem Boden gestampft (vgl. Beitrag von Christine Parsdorfer). An zweiter Stelle stehen die Märkte der Wachstumsökonomien Südostasiens und andere dynamische regionale Wirtschaftsräume, z. B. der Mercosur. Vor diesem Hintergrund haben es die AKP-Staaten mit ihrer seit Jahren fallenden Bedeutung im Weltmarkt schwer, ihre Interessen einzuklagen. Sie sitzen in der letzten Reihe oder, um im Bild zu bleiben, im äußersten Kreis.

Die AKP-Staaten sitzen in der letzten Reihe

Szenarien im grünen Buch

► Um im kommenden Lomé-Abkommen der wachsenden Differenzierung der AKP-Staaten, globalen Rahmenbedingungen wie den WTO-Regelungen, der Weltmarktintegration und dem selbstgesteckten Ziel eines kohärenten und besser koordiniertem entwicklungspolitischen Konzepts näher zu kommen, spielt das Grünbuch der EU-Kommission vier mögliche Szenarien durch.[1]

1. Das *»Status-quo-Szenario«*: Dies würde die Fortschreibung eines Globalabkommens mit kleinen Änderungen bedeuten. Die entwicklungspolitischen Instrumente würden etwas differenziert angewandt. Konkret könnte dies heißen, daß reiche AKP-Staaten wie die Bahamas mit der Aufhebung der Präferenzen zu rechnen hätten. 2. *Bilaterale Abkommen plus Globalabkommen*: Hier würde nur noch eine Rumpfkonvention für gemeinsame Entwicklungsziele fortbestehen (»löchriger umbrella«). 3. *Auflösung in regionale Abkommen*: Dies würde die Regionalisierung der Entwicklungsinstrumente, beispielsweise durchbuchstabiert in A-K-P, bedeuten. Andere arme Länder der Region könnten miteinbezogen werden. 4. *Spezifisches Abkommen mit den ärmsten AKP-Staaten*: So könnte auf deren differenzierte Bedürfnisse besser eingegangen werden.

Alle Szenarien werden im Grünbuch vorgestellt. Explizit wird offen gelassen, welche Option oder welche Kombination im Weißbuch Priorität genießen wird. Dennoch sind

Prioritäten erkennbar. Sie liegen in einer Aufspaltung nach Regionalabkommen mit einer unverbindlichen politischen Präambel, in der zwar von 'Partnerschaft' die Rede ist, die aber nicht verbergen kann, daß mit dem neoliberalen ökonomischen Trend die politischen Forderungen der 70er Jahre endgültig auf den Müllhaufen der Geschichte wandern sollen.

Was bedeuten die vier Optionen für die zukünftigen Handelsbeziehungen und was für Schwierigkeiten ergeben sich daraus? Im ersten Szenario würden die einseitigen Präferenzen und die Stabilisierungsfonds nur mit den ärmsten AKP-Ländern fortgeführt. Zunächst stellt sich die Frage, wer hier dabei wäre und wer außen vor bleibt. Vor allem aber sind vom »Status-Quo-Szenario« trotz bestehendem Reformdruck kaum positive Schritte zu erwarten. Das zweite Szenario läuft auf das zentrale Instrument der bilateralen Freihandelsabkommen hinaus. Der globale Rahmen würde hinweggefegt und die einzelnen AKP-Staaten zum Spielball einer übermächtigen EU werden. Das dritte Szenario würde den Lomé-Schirm weitgehend erhalten und gleichzeitig regionale Freihandelsabkommen mit den AKP-Räumen bedeuten. So könnte mit den Instrumenten regional angepaßter umgegangen werden. Bei dem neuesten Mitglied Südafrika (seit April 1997) wurde dies schon deutlich: Südafrika ist in die regionale und technische Zusammenarbeit eingebunden, erhält aber keine STABEX und SYSMIN-Ausgleichszahlungen.

Diese dritte Option entspricht wohl mit unterschiedlichen Schwerpunkten am ehesten der beabsichtigten Modernisierung von kapitalistischen Strukturen in Afrika unter den heutigen Weltmarktbedingungen. Allerdings würde ein reziprokes Freihandelsabkommen insbesondere die USA und Japan diskriminieren. Die EU hätte schnell ein WTO-Verfahren am Hals, das eine weitere Liberalisierungswelle auf multilateraler Ebene nach sich zöge. Eine Handelsliberalisierung würde viele afrikanische Staaten um zentrale Einkommen bringen, die sie heute noch über verschiedenste Handelsbarrieren realisieren können. Erneut stünden dann Kompensationsmaßnahmen zur Debatte, etwa zur Förderung regionaler Kooperation innerhalb der AKP-Länder sowie kleiner und mittelständischer Industriebetriebe. Im Rahmen dieses Modells müßte sich zumindest auch, wie von der WTO ohnehin auferlegt, die EU-Agrarpolitik verändern, damit landwirtschaftliche Produkte weitgehend ungehindert auf die Märkte kommen können.

Was ist also für die kommenden Papiere, insbesondere das Weißbuch zu erwarten? Nach der massiven Kritik der letzten Monate von NGO-Seite ist es wahrscheinlich, daß soziale Fragen, angelehnt an die Ergebnisse der UNO-Konferenzen von Wien, Cairo, Kopenhagen, Istanbul und Beijing optisch breiteren Raum bekommen.[2] Nicht zu erwarten ist die Auflösung des zentralen Widerspruchs zwischen sozialer Entwicklung und wirtschaftlichem Wachstum im neoliberalen Verständnis. Die im Grünbuch aufgezeigte Zielvorstellung einer weltmarktorientierten Entwicklung – durch Handel aus der Armut heraus – beruht auf dem inbrünstigen Glauben, daß Handel zu wirtschaftlichem Wachstum führe, dies soziale Entwicklung mit sich bringe, was schließlich in eine Gleichstellung der Geschlechter münde. Diese modernisierungstheoretische Glaubenskette, die sich nicht einmal die Mühe macht, alten Wein in neuen Schläuchen zu präsentieren war und ist falsch.

Frauen in der Armutsecke

▶ Genderfragen kommen im Grünbuch kaum zur Sprache. An den wenigen Stellen, an denen angedeutet wird, daß eine Hälfte der Weltbevölkerung manchmal andere Interessen haben könnte, geschieht dies nur im eingegrenzten Rahmen der Armutsbekämpfung. Das Grünbuch führt dazu aus, daß ganze Gruppen der Bevölkerung aus der strukturierten Wirtschaft ausgeschlossen seien. Das Nachsehen hätten hier insbesondere die Frauen. Dabei sei doch eine Verbesserung ihrer sozioökonomischen Situation von erheblicher Hebelwirkung für den Abbau der Armut. Dagegen wäre zum einen darauf zu verweisen, daß gerade die neoliberale Wirtschaftspolitik in den letzten 15 Jahren immer mehr Menschen aus formalen/gesicherten Arbeitsplätzen verdrängt hat, was – fast müßte man sagen »natürlich« – im Grünbuch nicht auftaucht. Politisch katastrophal ist es zum anderen aber, daß Frauen in der Sichtweise des Grünbuchs ausschließlich als Werkzeuge der Armutsbekämpfung begriffen werden. Nicht zum ersten mal in der Geschichte des Kapitalismus entdeckt man Frauen als Instrument, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen.[3]

Grundlegend prägend für die Beziehungen der EU zu den AKP-Staaten ist das WTO-Abkommen. Die Regelungen der Welthandelsorganisation zwängen die EU-AKP-Politik in ein enges Korsett. Jüngstes Beispiel ist der Schiedsspruch des WTO-Panels zur EU-Bananenordnung, welches de facto eine Aufhebung des Präferenzsystems von Lomé beinhaltet. Trotzdem verlautbart die Kommission durch den Kommissar der Generaldirektion VIII, Pinheiro, daß das Präferenzsystem zugunsten der AKP-Länder erhalten werden kann. Wie das geschehen soll, bleibt sein Geheimnis. War doch schon 1994 nach dem Urteil einer Gutachtergruppe des GATT klar, daß die Bananenmarktordung nicht mit den Regeln des sogenannten freien Welthandels übereinstimmt. Damit gefährdet die WTO massiv entwicklungspolitische Zielsetzungen der Gemeinschaft. Von EU-Kommissar Pinheiro und großen Teilen der 'Entwicklungspolitischen Community' wird dieser Zusammenhang, d.h. diese Abhängigkeit, kaum wahrgenommen.

Mit der aufgrund der WTO-Anforderungen notwendig gewordenen Neuausrichtung des EU-AKP-Vertrages wird offensichtlich, daß ein kaum lösbarer Widerspruch zwischen Entwicklungspolitik und neoliberaler Weltmarktintegration existiert. Mit der Unterschrift unter den WTO-Vertrag hat die EU einen Großteil ihrer entwicklungspolitischen Leitlinien für die Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten ad absurdum geführt.

Anmerkungen:

1 Im Grünbuch stellt die Kommission unverbindliche Positionen und Initiativen zur Diskussion. Im späteren Weißbuch wird die Position der EU verbindlich dargestellt (Grünbuch über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Herausforderungen und Optionen für eine neue Partnerschaft, Europäische Kommission, Luxembourg 1997).

2 vgl.: The Future of the Lomé Convention. European Development NGO Position Statement, Liaison Committee of Development NGOs to the EU, Brüssel 1997.

3 vgl.: The Future of EU-ACP Development Cooperation – a Gender Position, WIDE, Brüssel 1997.

▶ **Georg Lutz** ist Mitarbeiter der **iz3w**.



Im Rausch des Freihandels

Die neuen alten Handelsbeziehungen EU-Lateinamerika

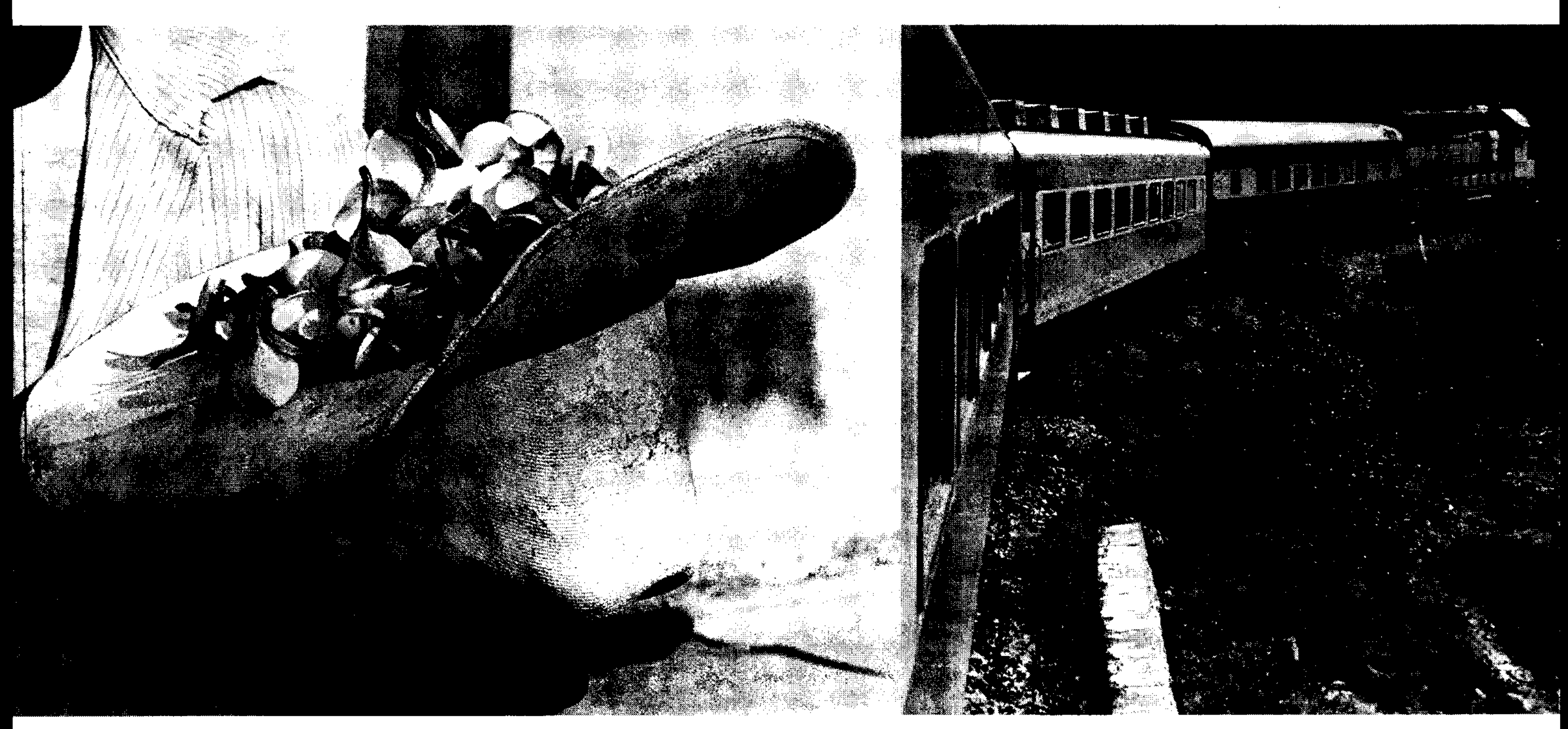
von **Gaby Küppers**

Die Handelspolitik der EU schreibt die traditionelle Rolle Lateinamerikas als Rohstofflieferanten fest. Initiativen, in denen neben der Regionalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen auch soziale Fragen stärker berücksichtigt werden sollen, bleiben vage und konzeptlos. Nur in Einzelfällen können Abgeordnete des Europäischen Parlamentes Akzente in Menschenrechtsfragen setzen.

► Sir Leon Brittan rieb sich zufrieden die Hände. »Extraprima« sei das Beziehungsklima zwischen der EU und Lateinamerika, behauptete der EU-Kommissar für Außenhandel am 1.April 1997 auf einer Konferenz der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) in Santiago de Chile. Lateinamerika mache sich großartig: Aufgrund entschlossen durchgreifender Regierungen sei die Inflation in der Region von 200% auf durchschnittlich 20% gesunken, die Haushaltsdefizite seien um zwei Drittel gefallen, die Liberalisierung lasse den Handel um jährlich 6 % wachsen. Und das Wichtigste: »Unsere Exporte haben sich in den 90er Jahren verdoppelt.« Da sind die Restprobleme des Kontinents wie z.B. ungleiche Verteilung des Reichtums, Armut und miserabler Ausbildungsstand auch noch in den Griff zu kriegen. Der glühende Anhänger der Freihandelsreligion wußte bei besagter Gelegenheit auch schon wie: nämlich Seit' an Seit' mit der Welthandelsorganisation WTO.

Dem Datum der Rede nach zu urteilen handelte es sich um einen Aprilscherz. Nimmt der EU-Handelskommissar die Probleme Lateinamerikas tatsächlich so wenig ernst? Man spaßt offenbar gern in den Brüsseler Institutionen. So auch bei einer Vorbereitungssitzung für die XIII. Interparlamentarische Konferenz EU-Lateinamerika im Mai 1997 in Caracas/ Venezuela. Hier stand Brittans Kommissarskollege Manuel Marín, zuständig für die EU-Entwicklungspolitik, interessierten EU-Abgeordneten Rede und Antwort. Es ging um das Thema Diversifizierung der Wirtschaft. »Wußten Sie«, fragte er pikanterweise kurz nach Verkündigung des für die EU negativen WTO-Urteils im Bananenstreit, »daß Bananen in vielen Ländern Lateinamerikas gar nicht mehr das Exportprodukt Nummer eins sind? Wußten Sie, daß es längst abgelöst ist von... von...?« Keiner wußte es. »...von Shrimps », schloß er und blickte triumphierend in die Runde. Niemand war entsetzt.

Kommissar Marín schreibt sich diese zweifelhafte »Diversifizierung« als Erfolg der EU-Kooperationspolitik auf die Fahnen. Das ist nicht verkehrt und sicher nicht zu Unrecht im Sinne des Erfinders. Denn an der Festlegung Lateinamerikas auf die Rolle des Rohstofflieferanten wird nicht gerührt. Die ungleiche Handelspartnerschaft besteht seit der Formalisierung der Beziehungen zwischen der EWG und Lateinamerika durch die Eröffnung des ersten lateinamerikanischen EWG-Delegationsbüros in Santiago de Chile im Jahre 1967 ungebrochen. Bis heute setzt sich das Gros der lateinamerikanischen Exporte in die EU aus Roh- und Brennstoffen sowie Lebensmitteln zusammen, deren Produktion überdies teilweise zu verheerenden ökologischen Schäden führt – wie im Falle der Shrimps. Nur 23 % der Ausfuhren Lateinamerikas sind Fertigwaren. Umgekehrt sind 90 % der EU-Ausfuhren nach Lateinamerika Industrieerzeugnisse. Nachdem die Handelsbilanz nach Kolonialmuster in den ersten Jahrzehnten positiv für Lateinamerika war, wendete sich das Blatt in den 90er



Neue Exportprodukte aus dem Hut gezaubert — Foto: H. Sachs/version — Foto: J. Holst

Jahren. Die EU führt wertmäßig inzwischen mehr aus als sie einführt. Mit steigender Tendenz: Die Exporte aus Deutschland kletterten beispielsweise allein im ersten Halbjahr 1997 um 26 %.

Entwicklungspolitisch ist das nicht zu rechtfertigen. Genau deswegen setzen wohlmeinende EntwicklungspolitikerInnen seit Jahr und Tag auf die Diversifizierung der Exporte. Eines der wichtigsten Instrumente hierfür ist das Allgemeine Präferenzsystem (APS), mit dem Entwicklungsländern Zollerleichterungen gewährt werden. Die Andenländer genießen im Rahmen des APS Zollbefreiung für industrielle und landwirtschaftliche Produkte – deklariert als europäischer Beitrag zum Kampf dieser Länder gegen die Drogen. Die Gruppe der zentralamerikanischen Länder dagegen erhält die gleiche Zollbefreiung lediglich für landwirtschaftliche Produkte – und genau da liegt der Hase im Pfeffer bzw. der Shrimp in der europäischen Tiefkühltruhe.

Parlamente auf dem Abstellgleis

▶ Diese fragwürdige Handelspolitik, zu der paradoxerweise auch das »Entwicklungsinstrument« APS zählt, ist EU-Gemeinschaftsaufgabe. Das bedeutet, daß die EU-Kommission Handelsverträge schließt, der EU-Rat diese absegnet und das EU-Parlament in die Röhre guckt. Artikel 113 des Maastrichter Vertrags, der die Handelspolitik regelt, sieht die Befassung des Parlaments ausdrücklich nicht vor. Es gibt sie dennoch in Maßen und von Rates Gnaden: die feierliche Erklärung des Stuttgarter Gipfels von 1993 verspricht eine Anhörung des EP bei »besonders wichtigen internationalen Verträgen«. Nachträglich natürlich...

Die Opposition gegen diese Aushebelung parlamentarischer Rechte im extrem wichtigen Bereich internationaler Wirtschaftsbeziehungen ist bemerkenswert verhalten, zumal auch nationale Parlamente nach Maastricht nicht mehr damit befaßt werden. Daß die prinzipielle Ausschaltung parlamentarischer Mitwirkung durch die Konferenz von Amsterdam im Juni dieses Jahres bestätigt wurde, war den EP-Abgeordneten gerade mal einen kritisierenden Paragraphen in der betreffenden Resolution wert.

Das Beispiel USA zeigt, daß Parlamente die handelspolitische Entmündigung nicht hinnehmen müssen: Dort findet derzeit ein heißer Kampf um den sogenannten »Fast Track«, d.h. die »schnelle« Aushandlung von internationalen Handelsabkommen durch die Clinton-Administration ohne Änderungsrecht des Kongresses, statt. Der neue »Fast Track«-Auftrag soll Umwelt- und Arbeitsrechte einschließen. Das wollten die ansonsten bekanntlich wenig demokratisch gesinnten Republikaner nicht mitmachen und blockierten das Projekt vorerst erfolgreich.

Eines der ersten »Fast Track«-Projekte soll die Aushandlung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone von Alaska bis Feuerland (AFTA) sein. Die »Initiative for the Americas«, ursprünglich von der Bush-Administration angeregt und auf dem Amerikagipfel im Dezember 1994 in Miami (also ohne Cuba) großtönend beschlossen, soll bis zum Jahr 2005 vollendet werden – im Einklang mit der WTO, das wird immer wieder betont. Auf 765 Millionen KonsumentInnen sollen sich dann ungehindert die Warenströme ergießen (es fragt sich nur, wie kaufkräftig diese im Durchschnitt sind). Im Jahre 2010, meint die US-Handelsbeauftragte Charlene Barshefsky, sei Lateinamerika für US-Exporte wichtiger als die EU und Japan zusammen.

Der umkämpfte Hinterhof...

▶ Diese Aussicht läßt EU-Handelsstrategen erblassen. Die EU-Exporte nach Lateinamerika haben in den 90er Jahren an Marktanteilen verloren. Zwar nahmen im gleichen Zeitraum ausländische Direktinvestitionen in die Region zu – die Privatisierungswut der meisten lateinamerikanischen Regierungen brachte den Ausverkauf der Schlüsselsektoren Transport, Energie und Telekommunikation auf volle Touren – nur: Die Europäer pokern kaum mit. Ein »Wachstumsmarkt« droht flöten zu gehen, jammerte kürzlich selbst das Europäische Parlament anläßlich zweier Kommissionsmitteilungen zur Zukunft der Lateinamerikabeziehungen.

Um dem entgegenzuwirken, wartete die Bundesregierung schon 1994 mit einem eigenen »Lateinamerika-Konzept« auf und schickte Politiker mit einem Troß Unternehmer im Schlepptau in die Region. Der Essener Gipfel während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1994 erklärte Lateinamerika zur Schwerpunktregion. Die Devise lautete nun: mehr Wirtschaft und »offener Regionalismus«. An die Stelle bilateraler Abkommen sollen Beziehungen mit Regionalblöcken treten. Das ist an sich gescheit, wenn sie denn dem ausgewogenen Ausbau der jeweiligen Regional- und Binnenmärkte dienen.

Überdies bekräftigte der Madrider Gipfel im Dezember 1995 in Bezug auf Lateinamerika, die wirtschaftliche Entwicklung solle an sozialen Fortschritt geknüpft sein. Angesichts der seither abgeschlossenen oder anvisierten Kooperationsabkommen ist dies aber nicht mehr als seichtes Wortgeklingel. Die beiden schon 1987 in Kraft getretenen Kooperationsabkommen mit dem Andenpakt und den Zentralamerikanischen Ländern haben nicht zur Änderung der Sozial- und Wirtschaftsstruktur dieser Länder beigetragen. Das im Dezember 1995 abgeschlossene Rahmenkooperationsabkommen mit dem Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) mit Anschlußoptionen für Chile und Bolivien soll als »Pilotprojekt« den Weg in die größte Freihandelszone der Welt ebnen. Doch zuallererst ist es ein Konkurrenzunternehmen zur »Initiative for the Americas« ganz nach dem Gusto der hiesigen Auto- und Maschinenindustrie.

Der nächste Schritt im Freihandelsrausch sollte das im Juni diesen Jahres abgeschlossene Rahmenabkommen mit Mexico sein – ein willkommenes Sprungbrett für den US-Markt. Schon redet die EU-Kommission jedoch nicht mehr von der versprochenen Freihandelszone, sondern nur noch von sektoraler Aushandlung von Präferenzabkommen. 1999 beginnen die Verhandlungen in der WTO über weitere Liberalisierungen im Agrarhandel. Da will sich die EU durch schnelle Zugeständnisse beim abgeschotteten eigenen Agrarmarkt im Vorfeld keine Laus in den Pelz setzen und wartet erst einmal ab.

... braucht eine Fassadenreinigung

► Aber rhetorisch ist eben doch etwas Politur nötig. »Offener Regionalismus« braucht »offenen Dialog«. Die deklamatorische Fassadenreinigung fand ihren Niederschlag in zwei Mitteilungen der Kommission zur Zentral- und zur Lateinamerikapolitik, die im Januar dieses Jahres im EP-Plenum diskutiert wurden. Die dort verabschiedeten Resolutionen haben keinerlei legislativen Charakter, jedoch war die gemäßigte Abgeordnetenschelte so etwas wie ein europäisches Stimmungsbarometer.

Der Inhalt der kritisierten Mitteilungen ist in der Tat bescheiden und strategielos, oder wie es das EP formulierte: »vage und wenig innovativ«. Sie konzentrieren sich auf die Beziehungen zwischen Regierungen. Statt sie auf die Ebene der gemeinsamen Außenpolitik zu heben – und damit adäquate politische Instrumente zu institutionalisieren – dümpeln die Beziehungen weiterhin zwischen Entwicklungspolitik (mit jährlich fallendem Haushalt) und Handelspolitik. Finanzprotokolle gibt es bei keinem der Abkommen und die Mehrjahrespläne der Kommission sind undurchsichtig. Vorgeschlagen wird nur ein ministerieller Rahmen zur Verbesserung der Beziehungen, ein parlamentarischer oder ein zivilgesellschaftlicher (man gestatte mir das abgenutzte Wort) hingegen nicht.

Besonders der Berichterstatter für die Kommissions-Mitteilung zu Zentralamerika, der spanische EU-Abgeordnete Carlos Carnero von der Vereinigten Linken (Izquierda Unida), zeigte sich enttäuscht. Er hält den sog. San-José-Dialog, mit dem die EU seit 1984 gegen die Militärinterventionen der USA eine »Befriedung der Region« zustande brachte, für einen der größten Erfolge der EU-Außenpolitik, auch wenn dabei die Ursachen der Aufstandsbewegungen wie soziales Elend und Landlosigkeit für die Mehrheiten der Bevölkerung nicht behoben wurden. Deswegen würde er den San-José-Prozeß gerne zum Modell erheben und dabei der Verknüpfung der makroökonomischen Dimension mit der Armutsbekämpfung nachgehen (etwa durch die Ablehnung der IWF-Weltbank-IDB-Politik in Sachen Verschuldung und Strukturanpassung).

Doch der San-José-Prozeß hat sich derweil anderweitig erneuert. Die Außenministerkonferenzen wurden in den vergangenen Jahren mangels anwesender europäischer Ministermasse auf eine »gemischte Kommission« und ein »Handelsforum« zusammengestaucht. Ein »human face« fehlt weiterhin: Weder ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft vorgesehen noch eine parlamentarische Zusammenarbeit gewährleistet.

Kratzer im Menschenrechts-Lack

► Eine der wichtigsten Neuerungen des San-José-Prozesses war seinerzeit die Einführung des Menschenrechts-und Demokratiekapitels in die internationalen Beziehungen. In der Folge wurde die Aufnahme einer entsprechenden Klausel in alle Abkommen der EU mit Drittländern obligatorisch. Allerdings ist deren Anwendung, und insbesondere die Modalitäten ihrer Aussetzung, weiterhin von Unklarheiten gezeichnet. Dennoch ist hier ein Hebel geschaffen worden, den kritische Abgeordnete in Abstimmung mit Menschenrechtsorganisationen gleichsam parainstitutionell nutzen können.

Als etwa die brasilianische Regierung im Januar 1996 beschloß, die Indianerreservate durch das Dekret 1775/96 grundsätzlich in Frage zu stellen, starteten EuropaparlamentarierInnen eine Protestbriefkampagne und setzten eine verurteilende Resolution in Straßburg durch. Der Entrüstungssturm mit erheblicher NGO- und Presseresonanz in Brasilien störte die Kreise der Regierung so sehr, daß Präsident Cardoso den damaligen Justizminister Jobim gar ins Europaparlament schickte, um abzuwiegeln. Überzeugen konnte er dort nicht, was zumindest politisch ein großer Mißerfolg war. Jobim ist inzwischen zurückgetreten, und das EP hat immerhin mit an seinem Lack gekratzt.

Auch die mexicanische Regierung bekam kalte Füße, als der Grüne EP-Abgeordnete Wilfried Telkämper Anfang 1997 öffentlich machte, daß Mexico sich weigere, in das neue Rahmenabkommen mit der EU eine Menschenrechtsklausel aufzunehmen, und die EU-Kommission gedenke, klein beizugeben, weil sie sich die Mexico-Eintrittskarte nicht verscherzen wolle. Präsident Zedillo geriet nach Deklarationen von EP-Abgeordneten in der mexikanischen Presse erheblich unter Druck, desgleichen die EU-Kommission. Außenminister Gurria flog nach Brüssel ins EP, die Kommission beeilte sich, zu dementieren. Nachdem sich auch die in den Institutionen zirkulierenden Presseagenturen für das Thema interessierten, kam es auf die Straßburger Tagesordnung für dringende Menschenrechtsfragen. Nach zähem Ringen und manchem Zähneknirschen setzten die Abgeordneten – auf außerparlamentarischem Parkett – im Juni 1997 durch, daß die Menschenrechtsklausel Bestandteil sowohl des Interims- wie des Gesamtabkommens mit Mexico wird. Hätten sie, wie üblich, die Abkommen erst nach ihrer Unterzeichnung zu Gesicht bekommen, wäre es für jedwede Änderung zu spät gewesen.

Lateinamerikanische Botschafter sind inzwischen dem Europaparlament gegenüber vorsichtig geworden. Rege Kontakte zu EP-Abgeordneten sind ein absolutes »Muß« geworden. Nicht nur die großen Fraktionen im EP sind davon betroffen, sondern insbesondere auch die Grünen. Dies geht nicht zuletzt auf den unrühmlichen Abgang des umstrittenen EU-Botschafters von Kolumbien, Carlos Arturo Marulanda, im Oktober 1996 zurück, an dem kritische EP-Abgeordnete nicht ganz unbeteiligt waren.

Doch nicht alle EP-Abgeordneten haben bei Lateinamerika das Interesse, soziale und politische Probleme der beiderseitigen Beziehungen in den Vordergrund zu stellen. Am 15. Oktober 1997 war Ecuadors Präsident Fabián Alarcón im Kreise von Außenministern und Botschaftern der Mitgliedsländer des Andenpaktes auf Goodwilltour im Brüsseler Parlament. Leonie van Bladel, niederländische Abgeordnete der rechten UPE-Fraktion und Vizevorsitzende des Unterausschusses Menschenrechte, ergriff als erste das Wort. Sie wolle keine großen Reden schwingen, meinte sie, sondern hätte nur eine persönliche Frage. Alarcóns Gesicht spannte sich an. »Mitglieder meiner Familie«, sagte van Bladel, » wollen in Ecuador Pferde züchten. Wie sehen Sie die Bedingungen dazu?« Der Präsident atmete erleichtert auf – es hätte ja auch das vom Obersten Gerichtshof gegen ihn eingeleitete Korruptionsverfahren thematisiert werden können. Er antwortete unverbindlich, aber höflich. Man führt eben einen offenen Dialog.

► **Gaby Küppers** ist langjähriges Mitglied der **ila**-Redaktion und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin der grünen EP-Fraktion.



Foto: H. Sachs/version

Mehr Marktmacht im Maghreb

Die Mittelmeerpolitik der EU

von **Christine Parsdorfer**

Die Europäische Union nimmt staatliche Konturen an. Das zeigt sich einmal mehr an ihrer Mittelmeerpolitik. Die gemeinsame Außenpolitik festigt die innere Struktur der EU, nach außen hin »schützt« sie sich militärisch und ökonomisch vor vermeintlich neuen Bedrohungen: Migration, Drogen und Islamismus. Die Mittelmeerregion stellt dabei eine Art Pilotprojekt für zukünftige europäische Entwicklungs- und Außenpolitik dar.

► Auf dem Essener EU-Ratsgipfel im Dezember 1994 wurde das neue Mittelmeer-Konzept abgesegnet. Die mediterrane Region firmiert darin als »Raum von strategischer Bedeutung«, dessen Frieden und Stabilität von »höchster Priorität« für Europa seien. Frieden und Stabilität in der Mittelmeerregion sollen »mit allen der Union zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgt werden, einschließlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« (GASP).

Seit dem Frühjahr 1995 betreibt auch die NATO auf Initiative von Frankreich, Spanien und Italien in Abstimmung mit der EU eine neue Politik gegenüber den Mittelmeeranrainerstaaten, die gegen »den Islam« und die Gefahr einer Weiterverbreitung moderner Waffen, insbesondere von Atomwaffen gerichtet ist. Dazu leiteten die NATO Konsultationen mit Marokko, Tunesien, Mauretanien, Ägypten und Israel ein, die diesen Gefahren begegnen sollten. Auch die WEU blieb angesichts dieser neuen »Bedrohungen« nicht tatenlos: Im Mai 1995 gründeten Frankreich, Italien, Spanien und Portugal bei der regulären Frühjahrstagung der WEU in Lissabon zwei multinationale Truppenverbände: Die 12.000 Mann starke Interventionstruppe EUROFOR sowie der gemeinsame Marineverband EUROMARFOR. Diese Einheiten geben dem Drängen von Italien und Spanien nach, die seit Jahren militärische Mittel gegen die »Einwanderungsströme« aus dem Süden verlangen. In diesem Zusammenhang steht auch die verstärkte militärische Kooperation zwischen Italien und Spanien seit Ende der 80er Jahre, was zu dem gemeinsamen Satellitenprojekt 'Helios' führte, dessen Aufgabe in der militärischen Überwachung des Mittelmeerraumes liegt[1].

Mit diesen Entwicklungen gingen neue Feindbildkonstruktionen einher. Ähnlich wie EU-Kommissar Marin erklärte der frühere NATO-Generalsekretär Willy Claes Anfang 1995: »Der islamische Fundamentalismus ist ebenso eine Gefahr für den Westen, wie es der Kommunismus war.« So wird versucht, die weitere militärische Ausrichtung westlicher Sicherheitspolitik zu legitimieren. Nicht beachtet wird, daß Rüstungswettläufe in den meisten Regionen der Dritten Welt eher durch intra-regionale Rivalitäten als durch eine systematische Feindschaft gegenüber dem Norden bedingt werden. »Von daher wäre es ein politischer Selbstbetrug, wenn militärische Bedrohung aus dem Süden als Vorwand für neue westliche und europäische Sicherheitsdoktrinen genommen würde. Schlimmer noch, es bestünde die Gefahr, daß eine vom Westen herbeigeredete Bedrohung aus dem Süden zu einer 'self-fulfilling prophecy' würde, von der in erster Linie Südeuropa betroffen wäre.«[2]

Dabei hat die neu inszenierte »Bedrohung aus dem Süden« eine vollkommen andere Struktur als die zu Zeiten des Kalten Kriegs herrschende »Bedrohung aus dem Osten«: Wurde bis 1989 von einem gleichstarken Gegner ausgegangen, vor dessen militärischem Arsenal man sich schützen mußte, so werden die »Gefahren aus dem Süden« eher diffus gezeichnet. In Anlehnung an Samuel Huntingtons 'Clash of Civilizations' wird der Mittelmeerraum als Konfliktraum zwischen

unterschiedlichen »Zivilisationen« interpretiert. Das »Mittelmeer« und seine südlichen Anrainer werden in diesem Verständnis zu einem »Schutzgürtel«, der das »zivilisierte« Europa vor religiösem Fanatismus, Drogenhandel und Zuwanderung schützen soll. Diese neuen Feindbilder haben jedoch nicht nur die militärischen Sicherheitskonzeptionen inspiriert, sondern auch das zivil-reformerische Programm der EU.

Sicherheit mit neoliberalen Mitteln?

▶ Die von der EU neu entwickelte Mittelmeerpolitik betont auch die sozialen und ökonomischen Aspekte der Sicherheit, d.h. es wird versucht, die vermeintlichen Ursachen für die neu ausgemachten Gefahren aus dem Süden zu bekämpfen. Dahinter steht die Erkenntnis, die sich inzwischen schon in die Chefetagen der EU herumgesprochen hat, daß für den erstarkenden islamischen Fundamentalismus weniger eine neu erwachte Religiosität verantwortlich ist, als vielmehr die sozialen und ökonomischen Zumutungen des westlich orientierten Modernisierungsprozesses. Dieser hat bisher wenig Entwicklung, dafür umso mehr Armut und soziale Polarisierung gebracht.

Konsequenzen sind logischerweise Fluchtbewegungen in den reichen Norden, die die EU nun wiederum mit wirtschaftsfördernden, im Sinne von Arbeitsplätze schaffenden Mitteln, stoppen will. Zwar hat die EU schon 1990 ein Hilfspaket von 4,4 Millionen Ecu angekündigt, das den »menschlichen Faktor« in die Entwicklungsprozesse miteinbeziehen soll und Umweltprojekte, Universitäten, lokale Behörden und landwirtschaftliche Ausbildung fördern soll. Die meisten Maßnahmen jedoch setzen sich aus einem Potpourri neoliberaler Glaubenssätze zusammen: Mit der Freisetzung der Marktkräfte soll der Wohlstand der gesamten Mittelmeerregion gemehrt werden. Mißlingt aber das ökonomische Aufbauprogramm, so wird die Migration zunehmen, islamistische Bewegungen werden Aufwind erhalten und das Konfliktpotential in der Region wird erhöht. Kurz: An den künftigen Auswirkungen der europäischen Mittelmeerpolitik wird sich zeigen, ob neoliberale Wirtschaftspolitik – wie propagiert – die Ursachen für Armut, Bürgerkrieg und Flucht beheben kann oder – so die Antithese – eben jene Ursache selbst darstellt.

Auf der Konferenz von Barcelona 1995 wurden neben der Eindämmung der Migration die Ausweitung des Marktes für die europäische Industrie und eine bessere Versorgung Europas mit bestimmten Produkten formuliert. Dazu plant die EU im Jahre 2010 eine Freihandelszone einzurichten. Sie soll 600-800 Millionen Einwohner in 30 bis 40 Ländern umfassen. Dadurch sollen die Handelsbeziehungen sowohl zwischen den mediterranen Nicht-EU-Mitgliedsländern als auch mit der EU gefördert werden. Für landwirtschaftliche Produkte sollen gesonderte Abkommen geschlossen werden. Die Kommission schlägt Bedingungen für die Einrichtung einer Freihandelszone vor:

1. Standardisierung der gesetzlichen und administrativen Normen, Schutz des geistigen Eigentums, Öffnung der Märkte der mediterranen Nicht-EU-Mitgliedsländer, Förderung des Exports;
2. Dynamisierung des privaten Sektors, Modernisierung und Restrukturierung der Industrie und des administrativen und politischen Rahmens, Reorganisation von Verbänden der Geschäftsleute und Handelskammern;
3. Förderung der europäischen Direktinvestitionen und der industriellen Zusammenarbeit, besonders auf dem Energiesektor, Privatisierung und allgemeine Deregulation;
4. Anpassungen in wirtschaftlicher und sozialer Infrastruktur (Transport, Energie, Telekommunikation, Wasser), hauptsächlich durch Privatinvestitionen.

Modernisierung der Fluchtursachen

▶ 4,685 Milliarden ECU (rund neun Milliarden DM) wurden dabei für die Laufzeit von 1996 bis 1999 bewilligt. Dazu kommen noch weitreichende Sonderkredite der Europäischen Investitionsbank in etwa gleicher Höhe. Dabei handelt es sich um langfristige zinsbegünstigte Darlehen, die vom EU-Haushalt garantiert werden. Die Probleme der neuen »euro-mediterranen Partnerschaft« zeichnen sich jedoch heute schon ab: So wird in den Mittelmeerländern eine wirtschaftliche Spezialisierung gefördert, die ganz an den Bedürfnissen der EU nach spezifischen Produkten oder Wirtschaftszweigen ausgerichtet ist (Fischereiwesen, Tourismus, Früchte etc.). Die geplanten Infrastrukturmaßnahmen begünstigen die Verbindung der großen Handelszentren und behindern die regionale Integration. Der Anbau von Monokulturen wird gefördert, Verstädterung und Landflucht werden in Kauf genommen. Schließlich bedeutet der Transfer von schädlichen und umweltverschmutzenden Industriesystemen in südliche Länder (Ölraffinerien, Müllverbrennungsanlagen, Kraftwerke) die Unterordnung umweltpolitischer Aspekte unter die wirtschaftliche Investitionspolitik.

Dieser Prozeß ist an den Interessen europäischer Unternehmen und Finanzinstitutionen ausgerichtet. Dabei ist die Ausgrenzung der Menschen in nichtanpassungs- und nicht wettbewerbsfähigen Sektoren voraussehbar. Nach Voraussagen wird nach der Liberalisierung in Tunesien der Export von Fertigwaren um 40 Prozent zurückgehen, in Marokko um 22 Prozent. Die vorgeschlagenen Sozialprogramme wirken eher wie eine Art Puffer, als daß sie tatsächlich zur Armutsbekämpfung beitragen. Sie sind ein Eingeständnis der sozialen Kosten, die durch die selektive Einbindung der Mittelmeerökonomien zum Vorteil der europäischen Handelsambitionen zu erwarten sind.

Die Probleme des vom Norden vorgegebenen Entwicklungswegs liegen auf der Hand. Freihandelszonen tendieren dazu, Monokulturen auszuweiten, die zu Bodenerschöpfung und hohem Pestitzidverbrauch führen, und Kleinbauern sowie Landarbeiter zu marginalisieren und zu vertreiben. Exporteure von Rohstoffen sind in hohem Maße von Weltmarktpreisen abhängig. Eine schnell durchgeführte Handelsliberalisierung läßt einen langsamen Übergang von reiner Rohstoffexportation zu verarbeiteten oder industriellen Produkten nicht zu. Gleichzeitig erschwert die gegenwärtige EU-Politik den Zugang von bestimmten, vor allem landwirtschaftlichen Produkten auf den EU-Markt. Erfahrungen aus anderen Freihandelszonen (NAFTA) haben gezeigt, daß die dort angesiedelten transnationalen Konzerne rein exportorientiert produzieren und Arbeitsbedingungen aus dem 19. Jahrhundert durchsetzen: niedrige Löhne, keine Sozialversicherung, Kurzzeit- bzw. gar keine Verträge und die Anstellung junger Frauen, die sofort entlassen werden, wenn sie schwanger sind.

Damit führt die Umorientierung der Südpolitik der EU nicht nur zu einer Unterwerfung von Entwicklungspolitik unter kommerzielle und außenpolitische Kriterien. Darüberhinaus verschärft die neoliberale Ausrichtung letztlich die soziale Situation in den Entwicklungsländern und führt damit zu einer Polarisierung zwischen Nord und Süd. Gleichzeitig ist zu erwarten, daß ein Scheitern der sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen – wie es das neue Mittelmeerprogramm in seiner bisherigen Ausrichtung erwarten läßt – zu einer Dominanz militärstrategischer Optionen führen wird. Denn die militärische Sicherheitskonzeption steht keineswegs in Widerspruch zu der reformpolitischen. Sie ist vielmehr Notnagel, falls die zivilen Mittel doch nicht ausreichen und Krisenentwicklungen in angrenzenden Regionen unmittelbare Auswirkungen auf die EU haben sollten.

Anmerkungen:

1 Werner Weidenfeld/Josef Janning: Challenges in the Mediterranean: Strateggy Options für Europe, in dies.(eds): Europe in Global Change, Gütersloh 1993, S. 251f.

2 Ulrike Borchardt: Die Mittelmeerpolitik der Südländer der EU gegenüber den Maghreb-Staaten, Hamburg 1994, S. 5.

Literatur:

Wiemann, Jürgen, Die Mittelmeerpolitik, in: Nuscheler, Franz/Schmuck Otto (Hg.): Die Südpolitik der EG, Bonn 1992.

Joachim Schuster/Klaus-Peter Weiner (Hg.): Maastricht neu verhandeln, Reformperspektiven in der Europäischen Union, Köln 1996.

▶ **Christine Parsdorfer** ist Mitarbeiterin der **iz3w**.

Neue Dynamik, alte Mächte

Die EU-Politik im Wirtschaftsraum Asien

von **Gerd Rieger**

▶ Den Eintritt in eine neue Ära verkündeten europäische Tageszeitungen Anfang März 1996 zum Bangkoker ASEM, dem *1. Asia-Europe-Meeting.* Endlich, so wurde kommentiert, reagiert auch Europa auf das neue Machtzentrum Asien und droht nicht mehr, ins Abseits zu geraten. Doch die vorher groß angekündigte Intensivierung des politischen Dialogs blieb hehre Erwartung. Es dominierten einzelstaatliche Handels-, Wettbewerbs- und Investitionsinteressen. Die politischen Eliten Europas sind von der wirtschaftlichen Dynamik des pazifischen Asiens völlig gefesselt. Außen- bzw. entwicklungspolitische Auseinandersetzungen um Menschenrechte und Sozialreformen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Umweltschutz und Ressourcenverbrauch, Frieden und Abrüstung, Bildung und Gesundheit wurden bereitwillig ausgeklammert oder verschwanden im Nebel der Diplomatie.

Dreikampf der Pole

▶ Die ASEM-Initiative geht direkt auf die Gründung der APEC (*asiatisch-pazifischer Wirtschaftszusammenschluß*) zurück, aus der die EU-Staaten ohne wenn und aber ausgegrenzt wurden. Nicht einmal ein Beobachterstatus wurde ihnen gewährt. Außerdem machte die hegemoniale Dominanz der USA innerhalb der APEC die ASEM-Initiative für die ost-/südostasiatischen Regierungen interessant.

Die Asienambitionen der Europäischen Union, beruhen auf der außergewöhnlichen ökonomischen Dynamik des pazifischen Asiens. Das Handelsvolumen zwischen den EU-Staaten und den südost- und ostasiatischen Staaten des ASEM belief sich 1996 auf 247,7 Mrd. ECU. Damit übertraf es, wie schon 1995, das zwischen der NAFTA (*North American Free Trade Association* zwischen Kanada, Mexiko und den USA) und den EU-Staaten. Wird das Handelsvolumen zwischen der EU und Taiwan bzw. Hongkong noch dazu addiert, so wird ein Viertel des gesamten EU-Außenhandels mit Süd- und Südostasien abgedeckt, und der Waren- und Güterhandel zwischen der NAFTA und der EU fällt schon 1994 auf Platz zwei zurück. An die ost-/südostasiatische Wirtschaftsdynamik gekoppelt ist der Absatz europäischer Produkte, Dienstleistungen und Direktinvestitionen. Schließlich wächst in der Region ein gigantischer Bedarf an Auslandskapital, Technologie und an Waren und Gütern. Die Weltbank geht wie in den letzten Jahren auch in ihrem 97er-Bericht davon aus, daß China und die ASEAN-Staaten im Laufe der nächsten Dekade zwischen 1,2 und 1,5 Billionen Dollar in Verkehr, Energie und Telekommunikation investieren werden. Während die Handelsbilanz zur NAFTA oder zum Mercosur allerdings durchgehend positiv ist, ist sie für die EU-Staaten gegenüber den ASEM-Staaten seit Jahren negativ. Im Vergleich mit den Vereinigten Staaten und Japan exportieren und investieren die Europäer sehr verhalten. In erster Linie ist es Japan, das den Kapital- und Warenbedarf in der Region ausgleicht. Das unterstreicht, daß Ost- und Südostasien ein hochgradig vernetzter Wirtschaftsraum ist, der vor allem für Japan komplementäre Funktionen einnimmt.

Hieraus erwächst das Modell einer dreipoligen Weltwirtschaft. Demnach ist neben der NAFTA und dem westeuropäischen Binnenmarkt Ost-/Südostasien ein geschlossener Wirtschaftsraum, dessen Regierungen rund ein Drittel der Weltbevölkerung vertreten. Der Vergleich der industriellen Wertschöpfung zwischen Nordamerika, Westeuropa sowie Ost- und Südostasiens vervollständigt dieses Bild. Nordamerika stellte 1995 25 Prozent der Weltindustriegüter her, während Westeuropa 33 Prozent und Ost-/Südostasien 28 Prozent bereitstellte.

In ihrer Studie »Auf dem Weg zu einer neuen Asien-Strategie« erwartet die EU-Kommission folgende Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung der Region:

1. Das dynamische Wirtschaftswachstum führt dazu, daß das Volumen der Volkswirtschaften das der Vereinigten Staaten und bald der Europäischen Union übertreffen wird;

2. die Volkswirtschaften werden aufgrund des hohen Sparniveaus und der hohen Investitionen in der Lage sein, die weltweit größte Kapitalmenge zur Verfügung zu stellen;

3. die rasch steigenden Exporte aus den asiatischen Ländern werden die Nachfrage nach Importen von Zwischenprodukten steigern;

4. mit dem raschen Produktivitätswachstum wird die Nachfrage nach leistungsorientierten Investitionsgütern steigen;

5. in einigen Wirtschaftssektoren wird die dynamische Verlagerung zu den Dienstleistungen den wachsenden Import kommerzieller Dienstleistungen anregen;

6. mit der Einkommensangleichung in den asiatischen Staaten auf hohem Niveau wird der Import von Konsumgütern stimuliert (vgl. EU-Kommission: Com (94)341 final).

Im Mittelpunkt der Strategieüberlegungen der Kommission steht vor dem Hintergrund dieser Erwartungen die Konkurrenz gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan. So fordert die Kommission politische Strategien, um die weltweite Wettbewerbsfähigkeit europäischer Firmen auf dem Weg über die asiatischen Boomregionen zu verbessern.

En passant empfiehlt die Kommission im außen- und entwicklungspolitischen Bereich die Vertiefung der asiatisch-europäischen Beziehungen zur politischen Stabilisierung dieser Länder, um rechtsstaatliche und demokratische Strukturen zu fördern und um wirtschaftlich ärmere Regionen zu unterstützen. Auch die Wahrung der Menschenrechte ist seit dem Ratsbeschluss von 1995 bindender Bestandteil aller neuen EU-Verträge. Es zeigt sich jedoch, daß im Rahmen der skizzierten Marktmechanismen und der Herauskristallisierung der ökonomischen Triade ökonomische Grundsicherung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als entwicklungspolitische Ziele auch im kommenden Jahrhundert nur schwache Bedeutung besitzen, während die strukturelle Konkurrenz im internationalen System an Einfluß gewinnt.

▶ **Gerd Rieger** ist Mitarbeiter der **iz3w**.


Foto: R. Maro/version

Fisch für die Welt

EU – Fischereipolitik und Ernährungssicherheit in Westafrika

von **Katja Hansen**

Ernährungssicherheit, Ressourcenschutz oder die Förderung nachhaltigen Wirtschaftens sind Stichworte auf internationalen Konferenzen, in Abschlußkommuniques und entwicklungspolitischen Konzepten. Zwischen diesen – auch in der EU-Entwicklungspolitik formulierten – Postulaten und der realen Agrar- bzw. Fischereipolitik der EU bestehen krasse Widersprüche. Der Senegal ist ein Beispiel für die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Fischereiabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten.

► Für die Ernährungssicherung in Westafrika stellt Fisch eine äußerst wichtige Proteinquelle dar. Im Senegal deckt er den Proteinbedarf der Bevölkerung fast überall zu drei Vierteln. Dabei ist es vor allem der handwerkliche Fischereisektor, welcher eine zentrale Rolle für die Ernährung der Bevölkerung spielt: Er leistet 70% aller senegalesischen Anlandungen und liefert den Großteil des lokal konsumierten Fischs. Die traditionelle Fischerei nimmt damit nicht nur einen großen Stellenwert bei der Nahrungsversorgung ein, sondern ist auch eine wichtige Einkommens- und Beschäftigungsquelle. Über die Hälfte der senegalesischen Küstenbevölkerungen verdienen sich ihr Einkommen im Fischereisektor, in einigen Dörfern über 80%. Insgesamt gibt es im Senegal 50.000 handwerkliche Fischer und 200.000 indirekt Beschäftigte, die meisten davon sind Frauen. Fisch und Fischprodukte sind zur wichtigsten Devisenquelle Senegals avanciert (Hauptabnehmer: die EU-Staaten) – im Gegensatz zum industriellen Sektor hat sich die traditionelle Fischerei zu einem sehr dynamischen Wirtschaftszweig entwickelt.

40% der weltweiten Fischproduktion gehen im Vergleich zu nur 2% der Reisproduktion in den internationalen Handel. 55% des Fischangebotes innerhalb der EU – des größten Marktes für Fischereierzeugnisse weltweit – stammen aus Fanggründen von Drittländern, Deutschland importiert gar drei Viertel seines Fischbedarfs. Fisch ist zu einem der wichtigsten Exportartikel von Entwicklungsländern geworden. Dieser Fisch landet nicht unbedingt direkt auf europäischen Tellern, ein Drittel der weltweiten Fischproduktion wird zu Fischmehl verarbeitet und verfüttert. 80% des Fischs, welcher aus Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten) in die EU importiert wird, stammen dabei aus dem Senegal.

Einige westafrikanische Länder sind stark vom Export ihrer Meeresprodukte in EU-Länder abhängig, gleichzeitig häufig zum Import des Grundnahrungsmittels Fisch gezwungen – zu einem wesentlichen Teil wiederum aus der EU. Nur der Senegal und Mauretanien weisen eine eindeutig positive Handelsbilanz mit Fisch auf. Die wirtschaftliche Krise in vielen Ländern ließ jedoch auch die Fischimporte zurückgehen. Im Gegensatz dazu ist der Fischverbrauch z.B. im Senegal und Mauretanien im letzten Jahrzehnt erheblich angestiegen, was u.a. auf veränderte Ernährungsgewohnheiten, in Mauretanien insbesondere infolge zunehmender Dürre und Desertifikation, zurückzuführen ist.

Arbeitsplätze in Europa ...

► Die Fischereiabkommen der EU mit 15 AKP-Staaten räumen ihr nun das Recht ein, gegen finanzielle Entschädigungen (siehe Kasten) mit ihren hochmodernen Trawlern in

den Hoheitsgewässern (200-Meilen-Zone) dieser Staaten zu fischen. 1995-96 wurden von der EU knapp 300 Fanglizenzen für den Fischfang im Senegal, in Mauretanien, Guinea-Bissau und Gambia vergeben, Fangrechte in AKP-Gewässern erhielten vorwiegend spanische, französische und portugiesische Schiffe. Europäische Industrieschiffe versuchen mit ihren Fängen in AKP-Gewässern den steigenden Fischkonsum der EU-Bevölkerung zu decken, die 40%-ige Flottenüberkapazität der EU auszulasten und die Bestände in den eigenen Gewässern zu schützen. Außerdem sollen die Fischverarbeitungsindustrien versorgt und Arbeitsplätze vor allem in Südeuropa erhalten werden. So führte Spanien 1996 knapp 60% seiner Fernfänge vor Westafrika durch, die Regionen Galizien und die südatlantische Küste hängen regelrecht von der Fernfischerei vor Westafrika ab, ähnlich die südliche Bretagne und die Region Pas-de-Calais in Frankreich.

Ganze Regionen in Südeuropa hängen von der Fernfischerei ab

Die EU stellt mit Abstand die wichtigste ausländische Flotte in Westafrika, insgesamt geht die Hälfte aller ausländischen Fänge vor den Küsten Westafrikas auf ihr Konto. Allein die Spanier decken knapp 20% der Gesamtfänge in westafrikanischen Gewässern ab. Deutschland ist vor allem beim Fang kleiner pelagischer Fische (Schwarmfische, z.B. Sardinen, Makrelen) in mauretanischen Gewässern erheblich beteiligt: 22% der deutschen Hochseefänge werden dort gefangen. Da die europäischen Gewässer überfischt sind und z.T. starke Quotenkürzungen bestehen, sehen viele europäische Reedereien ihre einzige Chance in der Ausdehnung des Fischfangs in westafrikanische Gewässer.

Der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN) zufolge sind jedoch die wichtigsten Bestände in den ehemals fischreichen Fangregionen Westafrikas ebenfalls bereits völlig ausgebeutet oder überfischt – was vor allem die lokale Fischerei hart trifft. Inzwischen klagen Kleinfischer über abnehmende Fänge und knapper werdende Fischressourcen in dieser Region, die zu den fischreichsten Fanggründen der Welt zählt. Der damit verbundene Preisansteig auf dem einheimischen Markt macht den Fisch für die Bevölkerung häufig unerschwinglich, was die Ernährungssicherheit der westafrikanischen Küstenbevölkerungen stark gefährdet: Laut FAO sind etwa 30% der senegalesischen Bevölkerung unterernährt. Von den Fängen der Europäer in westafrikanischen Gewässern könnten 25 bis 50 Mio. Menschen zusätzlich ihren Fisch- bzw. Eiweißbedarf decken. Gerade die kleinen pelagischen Fischarten sind eine unentbehrliche Grundnahrungsquelle für ansässige Küstenbevölkerungen. Mengenmäßig stehen die kleinen pelagischen Fische auf Platz eins, doch wertmäßig nehmen sie den letzten Rang ein. Der geringe relative Wert dieser Fische verschleiert die Unmengen, welche dafür gefangen werden müssen. Darüberhinaus nutzen europäische Flotten fehlende Kontrollen und unzureichende Grundlagenforschung in den Entwicklungsländern für illegale Praktiken; Schutzzonen der lokalen Kleinfischer werden ignoriert, Mengenbeschränkungen und empfohlene Fangquoten nicht eingehalten.

... statt Nahrungsicherung für Westafrika

▶ Anstatt nun angesichts der gefährdeten Ressourcenbestände ihren Fangaufwand zu reduzieren, ist es der EU 1997 gelungen, ihre Fangmöglichkeiten in den westafrikanischen Gewässern im Rahmen der neuparaphierten Protokolle wesentlich zu erhöhen. Neben den Fischereiabkommen werden zahlreiche Lizenz- und Charterverträge abgeschlossen, wie z.B. für die pelagische Fischerei in Mauretanien.

Die westafrikanischen Fischer sind nicht nur bei ihrem Kampf um Fischressourcen die Verlierer. Durch die Präsenz ausländischer Flotten wird auch die Entwicklung des einheimischen industriellen Fischereisektors gehemmt. In Mauretanien z.B. wird Kraftstoff in erster Linie an ausländische Schiffe ausgegeben. Dadurch gehen der einheimischen Flotte jährlich etwa 20 Mio US$ in Form von »verlorener Fischfangzeit« aufgrund von Wartezeiten verloren. Einheimische Fischer müssen erheblich höhere Preise bezahlen, um ihre Schiffe betreiben zu können.

Mit ihrer Fischereipolitik ignoriert die EU nicht nur die zentrale Forderung der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) nach einer nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung. Die EU mißachtet ebenso die grundlegenden Ziele der Armutsbekämpfung sowie der sozialen und nachhaltigen Entwicklung, wie sie in Artikel 130u im Maastricht-Vertrag festgelegt sind. Auch das Kohärenzgebot (Art. 130v) wird ignoriert, welches die Übereinstimmung zwischen Agrar- und Entwicklungspolitik gebietet – de facto besteht hier ein krasser Widerspruch. So existieren allein im Senegal 21 Entwicklungsprojekte der EU im Fischereisektor. Von deutscher Seite betreibt die GTZ z.B. Projekte zur Fischereikontrolle in Mauretanien und fischereiwirtschaftlichen Beratung in Namibia. Zwischen 1959 und 1989 gingen 42% der gesamten Unterstützung aus dem Europäischen Entwicklungsfond in den westafrikanischen Fischereisektor. Derlei Bemühungen können angesichts der gegenläufigen Fischereipolitik der EU nur als Farce bezeichnet werden.

▶ **Katja Hansen** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der europaweiten Kampagne für faire Fischereiabkommen bei der Nord-Süd-Initiative GERMANWATCH in Bonn, wo auch ihre Studie »*Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von EU-AKP-Fischereiabkommen*« (ca. 20.- DM) bestellt werden kann: GERMANWATCH e.V., Berliner Platz 23, 53111 Bonn, Tel. 0228-60492-0, Fax 0228-60492-19



Fisch gegen Devisen

▶ Die EU wandte im Jahr 1996 als Folge der Fischereiabkommen für Ausgleichszahlungen an AKP-Staaten etwa 95 Mio ECU auf. Außerdem sind Nachzahlungen für höhere Fänge als die verhandelten Fangmöglichkeiten an der Tagesordnung. Die Kompensationszahlungen bzw. Subventionen für die AKP-Fischereiabkommen übersteigen deren Wert erheblich. Im weltweiten Durchschnitt wird jedes Kilogramm Fisch für den Konsum mit 1$ subventioniert. So erhält z.B. Spanien von 1994-99 für die »Erneuerung und Modernisierung« seiner Fangflotte 334 Mio ECU; etwa die gleiche Summe fließt als Ausgleich für die Reduzierung des »Fischereiaufwandes«, also der Flottengröße. Damit reduziert sich die Anzahl der Schiffe, die Fangkapazitäten bleiben gleich – ein teures Nullsummenspiel. Während also die EU ihre Fischerei subventioniert, versuchen die leergefischten AKP-Staaten mit den Ausgleichsgeldern ihre Schuldenberge abzutragen.

Foto: H. Sachs/version



Rinder mit Pferdefüßen
Nahrungsmittelhilfe nährt Versorgungskrisen

von **Sabine Mayer**

Foto: G. Huber

Infolge des Welthandelsabkommen (WTO) stehen auf dem Weltagrarmarkt enorme Veränderungen an. Statt mit Überschußdumping sehen sich die ärmsten Entwicklungsländer mit einer Verknappung der Nahrungsmittelvorräte konfrontiert. Vor dem Hintergrund drohender Hungersnöte müßte die EU ihre Nahrungshilfepolitik radikal in Richtung Erhalt und Wiederaufbau von Subsistenzwirtschaft und lokalen Märkten lenken. Dem steht die EU-Agrarpolitik entgegen.

▶ Die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer sind seit 1994 der weltgrößte Nahrungsmittelhilfelieferant. 20% des Weltanteils entfallen auf die Gemeinschaft und ihre Mitglieder. Insgesamt gehen 20% der EU-Entwicklungshilfe auf das Konto Nahrungsmittelhilfe (NMH). Die Entwicklungsländer beziehen etwa 16% ihrer Nahrungsmittelimporte über die NMH – und der Bedarf steigt weiter, denn insgesamt haben sich die Importe von Nahrungsmitteln der Trikontländer in den letzten 15 Jahren verdoppelt. Trotzdem oder gerade deswegen stagniert die Zahl der chronisch Unterernährten (mindestens 800 Millionen nach Schätzung der FAO).

Am Beginn der Geschichte der Nahrungsmittelhilfe steht die Überproduktion. Als Europa nach dem zweiten Weltkrieg nur 60% seines Nahrungsmittelbedarfs decken konnte, sprangen die US-Amerikaner ein, die zwischen 1938 und 1946 ihre Getreideproduktionskapazitäten extrem ausgeweitet hatten. Die Europäer ihrerseits kurbelten in der Folgezeit mit massiven Preisstützungen für Grundnahrungsmittel, Modernisierungshilfen und Importschutz die eigene Produktion an.

Milchfluten und Fleischlawinen

▶ 1954 reagierten die US-Amerikaner auf die sich abzeichnende Absatzkrise: Mit Public Law 480 sollten Überschüsse in Form von Nahrungsmittelhilfe entsorgt werden. Schon 1957 gingen ein Drittel der amerikanischen Exporte auf dieses Konto. Von 1975 bis 1985 hat sich dann das Volumen der internationalen Nahrungsmittelhilfe verfünfzehnfacht. Dieser Trend setzte sich bis Mitte der 90er Jahre fort.[1] Bei der kostengünstigen Beseitigung von Überschüssen und der Erschliessung von Märkten für Agrarprodukte durch NMH wurde die Zerstörung der Produktion und die Umkrempelung der Ernährungsgewohnheiten in den Empfängerländern absichtlich und billigend in Kauf genommen.

Ab 1970 häuften sich unter der gemeinsamen Agrarpolitik auch die europäischen Überschußberge, die subventioniert auf dem Weltmarkt abgesetzt wurden – und damit stieg die Konkurrenz zwischen der EG und den USA. 1994/95 machten die Überschüsse der EU 23,5% der Fleischverkäufe auf dem Weltmarkt aus, die der Milchprodukte 32,4%. Die EU ist der weltweit größte Produzent an Nahrungs- und Genußmitteln, was es für die USA umso dringlicher erscheinen ließ, diesen Sektor den Regeln des Weltmarktes zu unterwerfen. Mit dem neuen Welthandelsabkommen (WTO) ist ihnen das 1995 gelungen.[2]

Seitdem erleben wir die beschleunigte Reduktion der NMH bei gleichzeitig abnehmender Nahrungsmittelselbstversorgung in etlichen Ländern. Die USA, zweitgrößter Geber, hatte Anfang 1995 angekündigt, ihre NMH um 45% zu kürzen. Seit 1995 wird auch der EU-Haushalt für Nahrungsmittelhilfe gekürzt. Vereinbart worden war zudem, ab 1995 durch Kappung der internen Preisstützungen und Exportsubventionen das Volumen der subventionierten Agrarexporte in den nächsten 6 Jahren um 21% zu reduzieren. Auf kurze Sicht, da sind sich alle Beteiligten einig, wird sich die Liberalisierung des Agrarhandels negativ auf die Trikont-Importländer auswirken. Schon 1995 hat sich der Weltmarktpreis für Weizen mehr als verdoppelt. Massive Preissteigerungen sind auch bei anderen Agrarprodukten bemerkbar. In Erwartung dieses Effekts war den am wenigsten entwickelten Nettonahrungsmittelimportländern bei den WTO-Verhandlungen deshalb als Ausgleich »ausreichende Nahrungsmittelhilfe« zugesichert worden.

Längerfristig aber setzen die Strategen à la Weltbank höchst optimistisch auf dieses Szenario: Die Liberalisierung bewirkt, daß der Preisverfall auf dem Weltmarkt gestoppt wird und sich daraus ein Anreiz zu erhöhter Produktion ergibt. Diese beiden gegenläufigen Faktoren sollen eine Stabilisierung der Weltmarktpreise auf dem Niveau von 1993 bewirken. Selbst die Kommission gibt zu, daß sich das nur erreichen läßt, wenn die höheren Preise auch den Bauern selbst zugute kommen und wenn zusätzliche Maßnahmen die Attraktivität der Produktion für die Bauern erhöhen.

Zwischen Überschußabbau und Knappheit

▶ Gleichzeitig gehen die Getreideernten zurück. Nach FAO Angaben ist die Weltgetreideernte nach einer Verdreifachung zwischen 1950 und 1990 seit 1995 rückläufig. Vor allem für die afrikanischen Länder der Subsahara und für Südasien wird eine Verschärfung der Probleme vorausgesehen. Subsahara-Afrika, das während der 60er Jahre in der Lebensmittelversorgung noch weitgehend autark war, ist die einzige Region, in der die Nahrungsmittelproduktion in den letzten drei Jahrzehnten schrumpft; und das bei über 3% Bevölkerungswachstum.

Nun stehen Analysen, die eine dramatische Verknappung der Lebensmittel einschließlich der Wasserversorgung in den Mittelpunkt stellen (FAO, Reisforschungsinstitut), Theorien gegenüber, die Versorgungsnotstände weiterhin an der ungerechten Verteilung vorhandener Ressourcen festma-

chen (verfügungsrechtliche Ansätze). Für die Verknappungsthese werden v.a. technisch-biologische Gründe angeführt: die Grenzen der produktionstechnischen Innovationen (Biotechnologie, Bewässerung, etc.); die Grenze der Wasserressourcen (heute schon wird 70% des Wassers für die Landwirtschaft verbraucht und 30-40% der Weltnahrungsmittel stammen aus bewässertem Anbau, Tendenz steigend); der Verlust an Erträgen (Überweidung, Überfischung, Versalzung und Verödung der Böden durch Bewässerung, Einsatz von Düngern, Herbiziden, Pestiziden); der Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche (Industrialisierung, Bodenerosion, Umweltdegradation, Besiedelung) und die Bevölkerungszunahme. Politische Gründe wie das WTO-Abkommen, die systematische Zerstörung lokaler Agrarstrukturen und die Auswirkungen des Klimawandels klingen dabei nur sehr verhalten an, obwohl es sich dabei um die Knackpunkte der zukünftigen Weichenstellung handelt.

In dieser historischen Situation zwischen Überschußabbau auf den Weltmärkten und akutem Versorgungsnotstand kommt der Reform der Nahrungsmittelhilfe eine nicht unbedeutende Rolle zu: Nur wenn es gelingt, der lokalen Produktion und Vermarktung absolute Priorität einzuräumen, kann eine solche Reform gelingen – und das auch nur unter der Bedingung, daß die EU-Landwirtschaft zu einem gewissen Minimum mit der Entwicklungspolitik harmonisiert wird (s. Kasten).

Der große Pferdefuß bleibt also die nirgendwo schriftlich fixierte aber umso eingehender angewandte Regel der absoluten Priorität von EU-Produkten. Der heimliche Prozentsatz betrug maximal 10% aus Nicht-EU-Beständen. Der für die Entwicklung zuständigen Generaldirektion (GD VIII) gelang es erst in den letzten Jahren, diesen Prozentsatz gegen den Widerstand der Agrarabteilung (GD VI) auf inzwischen fast 50% lokale und trianguläre Käufe auszuweiten. Letzteres ist die größte Neuerung einer Verordnung zur »Nahrungsmittelpolitik und -verwaltung sowie über spezifische Aktionen zur Erhöhung der Ernährungssicherheit«, die 1996 in Kraft trat. Artikel 11 legt fest: »Die Erzeugnisse werden auf dem Markt der Gemeinschaft, im Empfängerland oder in einem der (...) aufgeführten Entwicklungsländer bereitgestellt.«

Mit der neuen Verordnung bietet sich – auch mangels Masse – die Möglichkeit, Agrarhaushalt und Nahrungsmittelhilfe völlig zu entkoppeln. Sie verspricht einen wirklichen Fortschritt, wenn ihr erklärtes Ziel »Nahrungsmittelsicherheit« im Sinne des Wiederaufbaus zerstörter Agrarstrukturen in die Tat umgesetzt würde. Außerdem werden die Möglichkeiten direkter Finanzhilfen ausgeweitet, so daß Begleitprogramme etwa zum Aufbau lokaler Marktstrukturen, Vorratsspeicher und Frühwarnsysteme finanziert werden können.

Die Verordnung wurde mit breiter Beteiligung der NGOs und des Europäischen Parlaments in ungewohntem Konsens verabschiedet.[3] Bei ihren genauen Auswirkungen wird die Gestaltung der internen Ausführungsbestimmungen, etwa den Beschaffungsregeln, eine entscheidende Rolle spielen. Diese sind jedoch noch nicht verabschiedet worden. Das neue Regelwerk wird seit Monaten zwischen den Verwaltungsabteilungen der DG VIII und dem juristischen Dienst hin- und hergeschoben. In Reaktion auf eine Kritik des Europäischen Rechnungshofs hat die Kommission schon eine rigidere Praxis für Beschaffungskäufe initiiert, die vom Welternährungsprogramm bis zur kleinsten bäuerlichen Kooperative alle Akteure denselben Ausschreibungsregeln verpflichtet. Das gibt Anlaß zu Befürchtungen, als Sieger könnten, im Gegensatz zu aller Aufmerksamkeit, die die Verordnung lokalen Erzeugern, Kleinbauern und -bäuerinnen, Fischern etc. widmet, vor allem national und international operierende Agrounternehmen sein.

Zwei unterschiedliche Tendenzen zeichnen sich ab: Einerseits bricht die Verordnung offen mit der alten Philosophie der Nahrungsmittelhilfe als Entsorgungsinstrument von Agrarüberschüssen. Die Kommission legt im öffentlichen Diskurs den Akzent eindeutig auf Ernährungssicherheit in den Empfängerländern. Gleichzeitig läßt sich in der Praxis eine starke Betonung der Verwaltungseffizienz nicht übersehen, bei der unter Umständen die Interessen der lokalen ErzeugerInnen weiter auf der Strecke bleiben.

Sollte der kleine Schritt zu einer Reform der NMH gelingen, bleibt der viel entscheidendere Schritt zur Reform der EU-Landwirtschaft doch weiterhin zu tun. Die gemeinsame Agrarpolitik trägt wesentlich mehr zur Unterernährung von Millionen von Menschen bei, als alle Entwicklungshilfemaßnahmen zu ihrer Bekämpfung. Die Forderungen nach Favorisierung extensiver Landwirtschaft und nach dem Stop der Verfütterung von Futtermittelsubstituten (produziert in den Trikont-Ländern) sind nach wie vor ebenso aktuell wie eine obligatorische Abgleichung zwischen Agrarexporten und Entwicklungspolitik.

Anmerkungen:

1 In Haiti z.B. stieg die Nahrungsmittelsoforthilfe zwischen 1991 und 1995 von 10,7 auf 56 Millionen US-$. Mit »Food for Work« Programmen bauten die Bauern die Straßen, über die anschließend amerikanische Lastwagen die hintersten Ecken des Landes mit Getreide beliefern konnten, um damit der einheimischen Produktion nachhaltig den Garaus zu machen. Auch hat die Nahrungsmittelhilfe zur Verwestlichung und Vereinheitlichung des Geschmacks beigetragen, und mit der angestrebten Herausbildung urbaner Mittelschichten wird eine verstärkte Nachfrage nach Nahrungsmitteln auf der Basis von Getreide, Fleisch, Milch und Fertigprodukten prognostiziert.

2 Die europäischen Agrar«fabriken«, denen 80% aller EU-Subventionen zugutekommen, können es verkraften. Die Kleinbauern schlittern weiter in die Existenzkrise – vergleichbar mit ihren Kollegen in der südlichen Hemisphäre. So schafft das inzwischen verfestigte Welternährungssystem Sicherheit für die Reichen, die sich die Weltmarktpreise leisten können, auf Kosten der Armen. Die Kontrolle hat sich von den Bauern zum Agrobusiness verlagert. Ein Viertel bis zur Hälfte der Nahrungsmittelproduktion geht inzwischen in die Futtermittelerzeugung, hauptsächlich für den Fleischbedarf der Industrienationen.

3 Diskussionen entzündeten sich u.a. an der Tatsache, daß für die Liste der infrage kommenden Länder auch das BSP herangezogen wurde. Brasilien oder Indien scheiden deshalb aus, obwohl diese Länder politisch bedingte, massive Verteilungsmängel aufweisen. Es ist in der Tat nicht einzusehen, warum in großen Agrarexportländern die armen Bevölkerungsschichten mit NMH abgespeist werden sollten. Nur, diese »Bekehrung« der EU schafft natürlich noch keine konkreten Verbesserungen in den indischen und brasilianischen Slums.

▶ **Sabine Mayer** ist Mitarbeiterin der Grünen im EP.

Agrarbusiness und Entwicklungspolitik

▶ Krassestes Beispiel für Kontraproduktivität von Landwirtschafts- und Entwicklungspolitik ist das Rindfleischdumping in Westafrika. Während 1981 gerade mal 8.000 Tonnen europäisches Rindfleisch in diese Gegend gingen, waren es 1991 67.000 Tonnen. Sahelländer wie Niger, Burkina Faso und Mali verloren derweil als Konsequenz fast die Hälfte ihres Exportmarktes, dank der etwa 400 Millionen ECU an Subventionen, die gleichzeitig an europäische Exporteure flossen. Die EU zerstört mit der einen Hand, was sie mit der anderen aufgebaut hat: In ein Rinderzuchtprogramm in Marahoué, Elfenbeinküste, wurden über 15 Jahre 18,3 Millionen ECU an Entwicklungshilfegeldern gesteckt, während allein im Jahr 1990 33 Millionen ECU an Exportsubventionen auf Rindfleisch für dieses Land geflossen sind. Erst die massiven Abwertungen der Franc-Zone konnten die Tendenz stoppen. Neuester Problemfall ist das südliche Afrika. Nach Wegfall der Importschranken in Südafrika 1994 stiegen die europäischen Exporte innerhalb von drei Jahren von 7.000 auf 47.000 Tonnen. Die betroffenen Berufsverbände schätzen den Verlust, der Südafrika und seinen Nachbarländern Namibia, Botswana und Swasiland entstanden ist, auf über 100 Millionen ECU. Rindfleisch spielt aufgrund der besonders hohen europäischen Subventionen eine herausragende Rolle im internationalen Dumping-«Krieg«, in geringerem Maße sind jedoch auch andere Produkte wie z.B. Geflügel, Milchprodukte oder Tomatenmark von Belang.

»Mit blauem Band und goldenen Sternen...«

Interview mit Wilfried Telkämper, MdEP, Fraktion der Grünen im Europaparlament

Wilfried Telkämper war bis 1984 Mitarbeiter des iz3w. Seit 1987 ist er Abgeordneter des Europäischen Parlamentes (EP) in Strasbourg und war von 1989 bis 1992 dessen Vizepräsident. Seitdem ist er Vizepräsident der Paritätischen Versammlung EU-AKP, in der je zur Hälfte Parlamentarier aus dem EP und aus den AKP-Mitgliedsstaaten vertreten sind.

Was war dein größter politischer Erfolg während deiner Arbeit für das EP?

► Daß es möglich war, auf der Menschenrechtsebene individuelle Erfolge zu erzielen. Zum Beispiel ist ein zu Tode verurteilter ehemaliger Guerilla-Führer in Thailand mittlerweile aus dem Gefängnis entlassen worden. Auf der Ebene der parlamentarischen Entwicklungspolitik ist unser jährlicher Kampf um die Erhaltung der Mittel für die Nichtregierungsorganisationen insofern erfolgreich, als daß diese Mittel nicht noch weiter gekürzt werden. Ein anderes Beispiel ist die Anti-Minenkampagne von medico international. Anfangs sollte diese Initiative keine Unterstützung von der EU erhalten, weil das Auswärtige Amt dies aufgrund der engagierten Kurdistan-Arbeit von medico verhindern wollte. Es ist uns gelungen, mit einem Fürspruch für medico den Widerspruch des AA zurückzuweisen. Ich habe damals noch zwei Haushaltslinien geschaffen für die Rehabilitation von Minenopfern und für Minensuche. Medico hat jetzt neben anderen Gruppen den Friedensnobelpreis bekommen und alle finden dieses Projekt gut. Auch das Verbot, toxische Abfälle aus der EU in die AKP-Staaten zu exportieren, geht auf meine Initiative zurück.

Was war die größte Niederlage während deiner Abgeordnetentätigkeit?

► Daß die EU den Vertrag von Maastricht und das WTO-Abkommen unterzeichnet hat. Damit werden Strukturen der Weltmarktintegration gefestigt, die die Ausbeutung im Nord-Süd-Verhältnis erhärten und verschärfen, und deren Linderung bei der täglichen Kleinarbeit eine Sisyphusarbeit erfordert.

Hat 1993/94 denn überhaupt eine Aussicht bestanden, daß die EU den WTO-Vertrag nicht unterzeichnet?

► Nur wenn es einen breiten gesellschaftlichen Widerstand und ein Bewußtsein gegeben hätte, was in der WTO passieren soll. Beides gab es nicht, ebensowenig wie große politische Parteien, die Widerstand geleistet hätten. Heute muß man deutlich machen, daß im Grunde nur drei Leute innerhalb der WTO bestimmen, was weltwirtschaftlich geschieht. Über die Verbindung von parlamentarischer Arbeit mit verschiedenen Bewegungen oder zivilgesellschaftlichen Formationen müssen wir dafür eintreten, entweder diese Unterschrift zurückzunehmen oder einen Reformprozeß bezüglich demokratischer Kontrollen im WTO-Rahmen und beim Maastrichter Vertrag durchzusetzen.

Eigentlich ist die demokratische Kontrolle die Aufgabe des Europaparlamentes. Aber selbst von bürgerlicher Seite wird kritisiert, daß aufgrund der Demokratiedefizite und der mangelnden Legitimierung des EP diese Kontrolle überhaupt nicht gegeben ist. Wo siehst du die Möglichkeiten dazu?

»Es ist wichtig, daß aus dem EU-Apparat heraus Alternativen und neue Strategien kommen«

► Das EP kann den Haushalt der EU mitbestimmen. Hier haben auch kleine Parteien wie z.B. die Grünen mehr Gestaltungsmöglichkeiten als in nationalen Parlamenten. Wir haben z.B. neue Haushaltslinien in die Haushaltsdebatte eingebracht oder mit Budgetvorgaben eingreifen können. Die andere Möglichkeit ist, politische Debatten zu gestalten. Hierbei fehlt aber innerhalb der EU noch immer die Gewaltenteilung. Wenn Kohl und die anderen Regierungschefs von Brüssel nach Hause fahren, setzen sie als nationale Exekutive das um, was sie vorher als EU-Legislative beschlossen haben. In diesem Punkt haben wir uns vom Maastrichter Vertrag mehr erhofft. Gleichzeitig werden immer mehr Kompetenzen von den nationalen Parlamenten nach Brüssel an das undemokratische Institutionengefüge – wie z. B. den EU-Rat – abgegeben. Um das zu ändern, muß man zum einen die real existierenden EU-Institutionen demokratisieren, zum anderen in einer jeweils nationalstaatlichen Diskussion klarmachen, daß die Veränderung zur Zeit vor allem über die nationalen Regierungen stattfinden kann. Im Sinne von Kontrolle oder gesetzgeberischen Verfahren können wir ansonsten im EP nichts ausrichten, außer Debatten zu gestalten.

Derzeit gibt es zumindest in Fachkreisen eine Diskussion über die Neuauflage der Lomé-Verträge. Wie schätzt du die bisherigen Verträge ein?

► Für mich hat der alte Vertrag einen januskopfartigen Charakter: Auf der einen Seite bestand der Anspruch, die ehemaligen Kolonien in ein Stück Eigenständigkeit hineinwachsen zu lassen. Ich glaube, das war von vielen auch ernsthaft intendiert. Man schuf Instrumente wie das Stabex-Programm, um die Länder von den Schwankungen auf dem Weltmarkt unabhängig zu machen, und Institutionen wie die Paritätische Versammlung, die zwar keine politische Macht hat, aber ein einzigartiges Forum ist, um den Nord-Süd-Dialog voranzutreiben. Allerdings konnten in der Gründungszeit dieses Lomé-Vertrages die ehemaligen Kolonien als Blockfreie die beiden großen Pole des Kalten Krieges gegeneinander ausspielen. Es gab in den Industrieländern eine starke Bewegung der solidarischen Unterstützung oder des Internationalismus, die erhoffen ließ, daß es einen eigenständigen Weg der Entwicklung in den ehemaligen Kolonien gibt. Dies hat aber nicht stattgefunden, und Lomé hat auch zuwenig dazu beigetragen.

Kann man, wenn man emanzipatorische Absichten hat, sich einer Struktur wie der Lomé-Verträge bedienen, um Gerechtigkeit zu schaffen? Sollte man in der Diskussion um Lomé V nicht einfach sagen, wir ziehen einen Schlußstrich und wir machen etwas ganz Neues, weil sich Lomé einfach nicht trennen läßt von der kolonialen Geschichte? Bis heute sind es Klientelbeziehungen zwischen ehemaligen Kolonialmächten und ehemaligen Kolonien.

► Richtig. Trotzdem hat die machtlose, aber politisch gestalterische Paritätische Versammlung Zeichen z.B. für den Unabhängigkeitsprozeß im südlichen Afrika gesetzt. Sie hat Mandela auf die Bühne gebracht und die Auseinandersetzung mit der Apartheid immer wieder vorangetrieben. Im Kampf gegen die Apartheid war diese Struktur nicht unwichtig. Steter Tropfen höhlt den Stein.

Muß es für solche Initiativen Lomé-Verträge geben?

► Nein. Wenn es andere Strukturen gäbe, könnten sie unter Umständen viel sinnvoller sein. Die Frage ist nur, wie die Machtverhältnisse sind. Im Augenblick sehe ich die Tendenz dahingehend, daß die EU mit ihrer neuen hegemonialen Außenpolitik und dem militärischen Pfeiler Lomé die Zukunft nimmt. Die Strategie ist, den Süden dreizuteilen in jeweils kontinentale Regionen. Damit ist der Süden nochmal zusätzlich geschwächt, so daß er etwa in der Paritätischen Versammlung nicht gemeinsam agieren kann, und das ist für mich eine Politik des divide et impera. Die Frage ist, was kann der Süden und was können wir als Solidaritätsbewegung oder als Entwicklungspolitiker gegen den Trend zur Hegemonialpolitik stellen. Da schätze ich uns als schwach ein.

Entwicklungspolitik ist auf der nationalen Ebene in der BRD eine Marginalie, auch wenn es dort zumindest keine formalen Demokratiedefizite gibt. Wie siehst du die Bedeutung von Entwicklungspolitik im Rahmen der gesamten EU-Politik?

► Der Vertrag von Maastricht hat kleine Fortschritte gebracht, weil es jetzt parlamentarische Mitentscheidungsverfahren gibt, was die Entwicklungspolitik betrifft. Da aber auf der parlamentarischen wie auf der gesellschaftlichen Ebene Entwicklungspolitik kein Thema ist, das die Debatte bestimmt, sind es selbst bei den Grünen nur Einzelkämpfer, die versuchen, noch etwas zu erhalten. Auch die anderen Parteien haben keine durchsetzungsfähigen Leute mehr in den Ausschüssen.

Auf der EU-Ebene sind wir jährlich damit konfrontiert, daß der Haushalt für die NGOs erheblich gekürzt werden soll. Wir schaffen es in der Regel, ihn auf dem Vorjahresstand zu halten. Über den Personalabbau bei der EU-Kommission wird allerdings ein solcher Druck ausgeübt, daß viele Projekte nicht mehr bearbeitet werden können – mit der Folge, daß die großen Organisationen ihr Geld oft bekommen, die kleinen Projekte aber unter den Tisch fallen. In der Bundesrepublik gibt es dafür einige Beispiele, sei es die Pharmakampagne des BUKO, sei es die Mocambique-Gruppe, die sich über Wasser halten müssen und die über ein halbes Jahr einfach keine Antwort bekommen. Das ist eine strukturelle Verschiebung, bei der kleine NGOs ausgeblutet werden.

Außerdem gibt es eine institutionelle Verlagerung der Gelder hin zu neuen Programmen wie dem Katastrophen- und Nothilfeprogramm ECHO.

Was bedeutet dies im einzelnen?

► Die ECHO-Projekte gelten nur für ein halbes Jahr zur schnellen Hilfe bei Katastrophen. Diese kann in bestimmten Situation auch sinnvoll sein, sie führt aber strukturell nicht zu einer eigenständigen Entwicklung. Wenn irgendwo ein Konflikt ausbricht, dann kommen die ECHO-Formationen – um nicht zu sagen Truppen – an mit blauem Band und goldenen Sternen und verteilen Care-Pakete. Eine Nachkriegssituation ist aber auch immer wieder eine Vorkriegssituation, und wenn die Hilfe nach einem halben Jahr wieder aufhört und nicht eine Infrastruktur geschaffen wird, die für einen sozialen und ökonomischen Frieden die Basis bietet, gibt es womöglich bald wieder Konflikte.

Vor kurzem wurde 5 Jahre ECHO gefeiert, und da gab es Äußerungen, die mich sehr aufmerksam machen. Es hieß, es gäbe Situationen, in denen man die ECHO-Formationen schützen muß. In der Schlußfolgerung kann das heißen: Damit ECHO seinen Auftrag durchführen kann, muß militärisch interveniert werden. Das wäre wirklich eine ganz neue Form der EU-Politik, weil es in eine präventive Kriegsführung hineingeht. Das ECHO-Programm ist ein Stück Ideologie der EU im Veränderungsprozeß von einer eher zivil und handelspolitisch orientierten Währungs- und Wirtschaftsunion hin zu einer neuen Hegemonialmacht. Mit der großen Koalition der christdemokratischen und sozialdemokratischen Fraktionen im EP wurden zum ersten Mal mit dem EU-Haushalt 1998 Linien geschaffen, mit denen mensch militärische Projekte unterstützen kann, wie zum Beispiel das Future Large Aircraft (FLA). Dies ist ein neuer Großraumtransporter, der für zivile Nothilfe geeignet ist, der aber auch Truppen über große Distanzen nach Afrika oder Asien transportieren kann. Hier geht es um die zukünftige Waffengeneration des Jahres 2020.

»Nur drei Leute innerhalb der WTO bestimmen, was weltwirtschaftlich geschieht«

Du hast vor drei Jahren im Zusammenhang mit den GATT-Verhandlungen geschrieben, daß die EU-Handelspolitik gewaltförmig ist, weil sie z.B. Kleinbauern im Süden ihrer Existenz beraubt. Ist die aktuelle Strategie der Militarisierung nicht einfach eine Fortsetzung der Handelspolitik mit anderen Mitteln?

► Diese gewaltförmige Struktur gibt es. Aber diese läßt sich durch Politik immer in zwei Richtungen formen. Derzeit geht sie in eine sich militaristisch formierende EU. Wenn wir in den Mitgliedsstaaten eine stärkere zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung um ein ziviles, defensives Europa hätten, dann könnte die Politik das auch in die andere Richtung drehen.

Das setzt voraus, daß die Struktur an sich neutral ist, daß man sie in beide Richtungen steuern kann. Die Grünen waren hinsichtlich der Einschätzung der EU immer etwas unentschieden. Inwieweit hat sich deine Einstellung zur EU geändert? Bist du von einem »Anti-Europäer« im Sinne der Ablehnung des Apparates EU zu einem »kritischen Europäer« geworden, der bereit ist, innerhalb dieses Rahmens etwas zu verändern?

► Nein, die Grünen waren ganz entschieden. 1984 bei der Europawahl war klar: Die EG ist ist nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, sondern sie ist ein Wirtschaftsraum, in dem das Kapital schnellere und größere Profite erwirtschaftet. Wenn es machtpolitisch möglich gewesen wäre, hätte man damals ganz andere Zustände schaffen können, etwa in der Friedenspolitik über die OSZE. 1997 ist Europa in einem ökonomischen und sozialen Umbruch. Die EU hat zusammen mit der NATO ihre Machtposition ausgebaut, hat sich institutionell verfestigt und ist ein Faktor geworden, den man nicht mehr einfach auflösen kann. Deshalb hab' ich meine Position dahingehend verändert, daß ich sage, es ist wichtig, daß aus dem EU-Apparat heraus Alternativen und neue Strategien kommen. Denn die Hegemonialpolitik kommt nicht mehr nur aus den Nationalstaaten und kann nicht mehr nur in den Nationalstaaten verhindert werden, und das ist historisch eine ganz neue Situation. Es ist ein dialektischer Prozeß, der von beiden Seiten her verändert werden muß.

Die EU ist also charakterisiert durch hegemoniale Ambitionen, das Schengener Abkommen zur Flüchtlingsabwehr, den WTO-Beitritt zur Liberalisierung des Welthandels und durch Demokratiedefizite. Hat die Mitarbeit in dieser Institution und der Einsatz einiger Parlamentarier für Menschenrechte sowie für ökologische und soziale Reformen vor diesem Hintergrund nicht eine lediglich legitimatorische Funktion für die EU-Politik? Wäre es, abgesehen vom Zugang zu materiellen Ressourcen, nicht sinnvoller, andernorts Politik zu machen?

► Die kleinen Schritte etwa im Menschenrechtsbereich sind für mich Legitimation meiner Arbeit. Die Revolution steht eben nicht vor der Haustür. Gesellschaftliche Bewegungen, die grundsätzliche Kurswechsel erzwingen könnten, sind nicht in Sicht. Die angesprochenen Widersprüche liegen im parlamentarischen System. Wenn ich mich darauf einlasse, muß ich sie offenlegen und hier Weichen stellen. Das sind oft nur ganz kleine Sachen. Wenn wir es mit unser Politik nicht machen würden, würde unter Umständen gar nichts geschehen. Wie gesagt: Steter Tropfen höhlt den Stein.

Das Interview führten Jochen Müller und Christian Stock

In between

Die antirassistische Bewegung und hybride Identitäten

von **Sabine Hess** und **Andreas Linder**

Wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm und verspürt in der Regel nicht den inneren Zwang, die eigenen Privilegien zu begründen. Anders AntirassistInnen, die im direkten Kontakt mit Flüchtlingen und MigrantInnen stehen. Für sie scheint es in der gemeinsamen politischen Praxis nicht so einfach zu sein, mit der Erfahrung von Unterschiedlichkeit umzugehen, ohne in ausgrenzende Muster zu verfallen. Angesichts der Reflexionsprozesse, die in den antirassistischen Bewegungen in den letzten Jahren stattfanden, stellt sich die Frage nach Veränderungen in der Qualität antirassistischer Identitäten und politischer Praxis.

▶ In der autonomen antirassistischen Bewegung scheint sich ein Wandel zu vollziehen. Nach jahrelangen Erfahrungen von Marginalität und politischen Niederlagen entdeckt sie das Kulturelle. Heute lautet die Forderung nicht mehr »Offene Grenzen« oder »Bleiberecht für alle«, sondern »Kein Mensch ist illegal«. Im Vergleich zu den früheren Parolen drückt dieser Titel keine 'harte' politische Forderung, sondern einen symbolischen Utopismus aus. Im Vordergrund steht die Dekonstruktion der Feindbildanalogie »MigrantInnen gleich Kriminelle«, während die Unterstützung von Projekten, die sich für Illegalisierte einsetzen, im Hintergrund bleibt. Daneben (oder vor allem?) verknüpften die OrganisatorInnen der Kampagne die kulturelle Praxis stärker mit der politischen: Musik-CDs und Konzerte als Soli- und PR-Beiträge für die Kampagne sind in Vorbereitung. Als Ort für den offiziellen Start der Kampagne wurde die documenta X in Kassel gewählt – ein »Hoch«kulturereignis ersten Ranges. Und statt des althergebrachten Infostandes machte ein »hybrid workspace« die documenta-BesucherInnen auf die Kampagne aufmerksam. Auffällig ist hierbei nicht nur die Multimedia-Sprache, sondern vor allem der aus dem postkolonialen Diskurs stammende Begriff »hybrid«, der sich insbesondere auf MigrantInnen bezieht, die sich in unterschiedlichen kulturellen Kontexten verorten. Entdeckt die antirassistische Bewegung »Hybridität« als politische Perspektive?

In unserer Forschungsarbeit »Antirassistische Identitäten in Bewegung« haben wir ausgehend von der Identitätstheorie von Stuart Hall untersucht, inwieweit das postkoloniale Konzept hybrider Identitäten auf AntirassistInnen in der weißen BRD-Dominanzkultur übertragbar ist. Stuart Hall, neomarxistischer Kulturwissenschaftler und in den 50er Jahren von der Karibik nach Großbritannien immigriert, ist einer der wichtigsten Vertreter der postcolonial cultural studies (vgl. die Beiträge von Sabine Grimm in *iz3w 223* und *224*) und prägt bis heute die anglophone Debatte über neue linke Politik, vor allem über Identität und Widerstand, Kultur und Hegemonie entscheidend mit.

Von postkolonialen Kulturen zum weißen Antirassismus

▶ Die Auseinandersetzung mit Identität ist für ihn v.a. aus der Perspektive emanzipatorischer Politik zentral. Denn der Kampf um individuelle und gesellschaftliche Emanzipation zwinge die einzelnen AkteurInnen dazu, einen Standpunkt zu beziehen, einen Ort zu bestimmen, von dem aus sie sprechen, in anderen Worten: sich mit etwas zu identifizie-

Cultural und Postcolonial Studies

▶ Interessierten LeserInnen wird unsere lose Reihe zu Cultural und Postcolonial Studies nicht entgangen sein, die wir auf diesen Seiten fortführen.

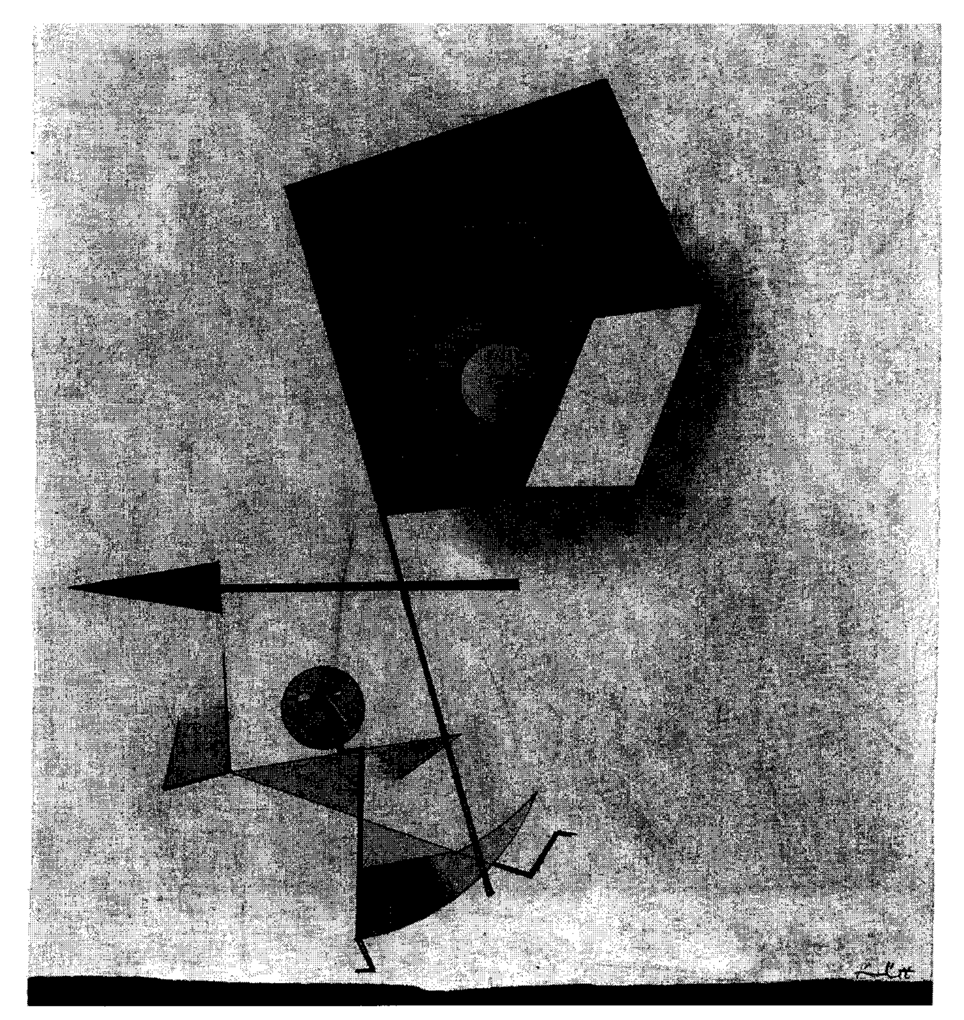
Der mittlerweile auch hierzulande gebräuchlich werdende Begriff Cultural Studies kommt aus Großbritannien und ist mit dem Begriff »Kulturwissenschaften« nur unzureichend übersetzt. Von Anfang an begriffen ihre Vertreter das Projekt als ein politisches. Ausgehend von der Kritik am elitären und statischen britischen Kulturverständnis sollte eine neue Kulturtheorie die sozialen Beziehungen innerhalb eines umfassenden Lebenszusammenhangs miteinschließen. Gegenstand der Cultural Studies waren deshalb zunächst kulturelle Formen und Praktiken wie Kino, Werbung, Erziehung, Mode, Einkaufen, Sport etc. Man ging davon aus, daß sich das Subjekt dabei wohlüberlegt, selektiv und sogar subversiv entfalten könne.

Die in der Linken bis dahin alleine auf der Kategorie »Klasse« beruhende Kulturanalyse wurde Ende der siebziger Jahre kräftig durcheinandergewirbelt. Man entdeckte Frauen, rassifizierte Minderheiten und Jugendsubkulturen als neue unterdrückte Subjekte, die sich gegen die männliche, heterosexuelle und weiße Dominanzkultur zur Wehr setzten. Identität und Differenz wurden zu den zentralen Kategorien der Cultural Studies. Inzwischen begreifen einige ihrer Vertreter das Subjekt nicht mehr im Dreieck von Klasse, Rasse und Geschlecht, sondern beschreiben ein »nomadisches Subjekt«, das sich widerständig, ohne feste Identität und ohne festen Ort durch die postmoderne Welt des Konsums bewegt.

Eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Cultural Studies findet sich in der *iz3w Nr. 225*. Eine Unterabteilung der Cultural Studies bilden die Postcolonial Studies. Im weiteren Sinne beschäftigen sie sich mit Geschichte und Fortwirken des Kolonialismus und bewegen sich dabei zwischen literaturwissenschaftlichen und kulturtheoretischen Ansätzen. In *iz3w Nr. 223* und *224* setzte sich Sabine Grimm kritisch mit den Arbeiten ihrer Hauptvertreter Edward Said, Gayatri Spivak und Homi K. Bhaba auseinander, insbesondere mit den darin vertretenen Konzepten von Identität und dem Verhältnis zu Nation. Frank Schulze-Engler wies in seinen beiden Artikeln (*iz3w Nr. 221*) nach, daß postkoloniale Theorien entgegen ihren ausgesprochenen Intentionen Vorstellungen vom »kulturell Anderen« verfestigen und stellte dem die Werke Salman Rushdies und Ken Saro-Wiwas gegenüber.

Der Umgang mit dem »Anderen« spielt auch in der antirassistischen Bewegung eine wesentliche Rolle, um die es auf diesen Seiten geht. Wir werden unsere Reihe zu Cultural und Postcolonial Studies fortsetzen, demnächst mit einer Kritik an den Konzepten zu hybrider Identität. Über Beiträge von LeserInnen würden wir uns freuen.

Konstruktion der politischen Kategorie »Schwarze« als Politik gegen die rassistische Realität. Der Prozeß der Identifikation selbst rückte ins umkämpfte Terrain um kulturelle Hegemonie.



Der Eroberer (Paul Klee 1930)

ren. Hall bezeichnet diesen Prozeß als »Akt des Positionierens«. Identität meint also nicht einen uns innewohnenden innersten Kern, das Subjekt ist vielmehr Differenzierungs- und Fragmentierungsprozessen unterworfen, denn »nothing bloody stands still«.

Im Mittelpunkt Halls 1994 erschienenen Essaybands *Rassismus und kulturelle Identität* stehen Überlegungen über widerständige Identitäten einer emanzipatorischen, antirassistischen Politik. Hierbei spricht er von der Entwicklung neuer Ethnizitäten, die durch die Vermischung kultureller Einflüsse entstehen. Diese bezeichnet er als »hybride Identitäten«. In diesem Sinne ist jede/r ethnisch verortet, was die Vorstellung von hybrider Identität zum politischen Projekt macht, das nicht ausschließlich von MigrantInnen, sondern auch von progressiven Kräften der weißen Gesellschaft ausgehen kann. Diese Politik dekonstruiert sowohl aggressive Formen nationaler und kultureller Identität als auch defensive Selbstethnisierungen entlang rassistischer Herrschaftsdifferenzierungen. Sie konterkariert das statische Kulturverständnis des gängigen Multikulturalismus und auch die vereinheitlichenden Identitätskonzepte entlang Klasse, Nation und Geschichte.

Hall sieht darin ein fortschrittliches antirassistisches Potential im Entstehen begriffen. Das macht ihn so interessant für eine Auseinandersetzung mit der bundesdeutschen antirassistischen Bewegung, für die in den neunziger Jahren die »Orientierung in Widerspüchen« zur Parole wurde. Mit Stuart Halls Konzept haben wir gefragt, inwiefern sich im Feld antirassistischer Praxen, die sich auf den ersten Blick ausschließlich auf den staatlichen Rassismus in Form einer Gegenpolitik beziehen, neue widerständige Identitäten jenseits nationaler und ethnisch-kultureller Bezüge entwickeln. Ergeben sich aus den Begegnungen und Kontakten mit MigrantInnen hybride Identitäten oder sind dabei für weiße Deutsche Hindernisse zu überwinden?

Zwei Aspekte des Hallschen Ansatzes sind unseres Erachtens für die Auseinandersetzung mit dem bundesdeutschen Antirassismus zentral: zum einen die Strategien der Identifikation als oppositionelle Politik, zum anderen die Dezentrierung des Subjekts durch die Globalisierung. Der Antirassismus wurde nicht zuletzt durch zwei bedeutende politische Bewegungen der vergangenen Jahrzehnte ausgelöst. So wurde die westliche und männliche Narration vom Subjekt und der Welt durch das Hervortreten anderer Kulturen infolge der antikolonialen Befreiungskämpfe im Trikont sowie durch den Feminismus empfindlich gestört und »dekonstruiert«. Allgemein haben die sozialen Bewegungen der 60er und 70er Jahre wesentlich zur Erosion der herrschenden Identitäten beigetragen. Durch sie wurden zum ersten Mal Strategien der Identifikation zum Gegenstand der Politik, in dem jede Bewegung an die Identitäten ihrer UnterstützerInnen appellierte und eine Politik gegen die herrschenden Zuweisungen entwickelte. In diesem Zusammenhang verortet Hall auch die

Identität und Differenz

► Leider verlegte sich dieser Ansatz einer »Politik der Differenz« , so Hall kritisch, immer wieder auf ein einziges gültiges Identitätskonzept innerhalb einer Bewegung. Identität wird damit wieder zu einem Essentialismus, der blind ist für andere Dimensionen der Unterdrückung. Die negativen Wirkungen dieser Positionalität seien zu überwinden und innere Differenzen und Fragmentierungen zu berücksichtigen. Die Diskussionen über die triple oppression, die »Durchkreuzungsansätze« in der feministischen Theorie sowie das Konzept der Mehrdimensionalität von Machtverhältnissen und Identitäten von Birgit Rommelspacher (um nur einige zu nennen) sind das theoretische Resultat dieser Differenzierungsprozesse in hiesigen Diskursen.

Neben den neuen sozialen Bewegungen hat aber auch der neue Globalisierungsschub, durch den die globalen Interdependenzen intensiviert wurden und die internationale Migration eine neue Dimension erlangte, die traditionellen Fundamente von Identität ins Wanken gebracht. Vor allem die nationalen Identitäten seien von der relativen Erosion der nationalstaatlichen ökonomischen, politischen und kulturellen Macht im Zuge der Internationalisierung des Kapitals betroffen. Die 'Nation' wird nicht nur für Kapital und Waren, sondern auch für Menschen und kulturelle Einflüsse durchlässiger. Diese These wird durch die zunehmend restriktive und militärische Migrationspolitik nicht widerlegt, sondern eher erhärtet. Durch die Globalisierungsprozesse würden auch zunehmend kollektive Identitäten wie 'Rasse', Klasse und Geschlecht fragmentiert. Diese seien zwar im sozialen Leben noch erfahrbar, doch sie hätten nicht länger die verbindliche und stabilisierende Kraft. Denn: »In dem Maße, indem sich die Systeme der Bedeutung und der kulturellen Repräsentation vervielfältigen, werden wir mit einer verwirrenden, fließenden Vielfalt möglicher Identitäten konfrontiert, von denen wir uns zeitweilig mit jeder identifizieren können.« Hierin sieht Hall das »postmoderne Subjekt« im Entstehen begriffen, welches ohne eine gesicherte und dauerhafte Identität konzipiert ist.

Doch im Gegensatz zu bundesdeutschen SozialwissenschaftlerInnen, die das Ende des Sozialen bzw. den Anfang einer Erlebnisgesellschaft einläuten, bewertet Hall die Globalisierungsprozesse für eine emanzipatorische Politik auch positiv. Denn sie eröffne die Möglichkeiten neuer Artikulationen und die Erfindung neuer Identitäten. Es wird auf die sozialen Bewegungen, die »Politik des Loka-

len« ankommen, welche Entwicklungen hegemonial werden. Die Erosion des Nationalstaats und der nationalen Identitäten stellt auch ein gefährliches Moment dar: Überall in Europa sei eine Regression zu agressiven Formen der nationalen Identität, ein Neuaufleben von Rassismen, Sexismen etc. und die ideologische und materielle Aufrüstung des nationalen Standorts feststellbar. Darüberhinaus habe das Kapital gelernt, mit einer Vielfalt von Differenzen zu leben und betreibe aktiv deren Ausbreitung mit. Ein passendes ideologisches Rüstzeug stellt hierbei der Multikulturalismus dar, ob als Vielfalt in einer Konsumkultur oder als ökonomische Kosten-Nutzen-Rechnung: »Ausländische« Kulturen sollen toleriert werden, solange sie goutierbar sind.

Die Ideologie des Multikulturalismus basiert auf einem statischen und Grenzen ziehenden Verständnis von Kultur. Die nach ethnischen Merkmalen eingeteilten Gruppen werden verfestigt und die Individuen auf ihr Anderssein festgeschrieben, in ihrer »Herkunftskultur« fixiert. Der Multikulturalimus befindet sich somit in direkter Nachbarschaft zum herrschenden kulturalistischen Differenzrassismus und paßt sich gut in eine globalisierte Ökonomie ein. Angesichts dieser Entwicklungen meint Hall, müsse eine Politik konzipiert werden, »die anerkennt, daß wir alle aus vielen sozialen Identitäten, nicht aus einer einzigen zusammengesetzt sind. Daß wir aus verschiedenen Kategorien, durch verschiedene Antagonismen komplex strukturiert sind.« Identitäten in der Differenz zu leben sei die politische Herausforderung.

Hybride Identitäten und die antirassistische Bewegung

► Hybride Kulturen sind für Hall etwas anderes als Multi-Kulturen, auch transzendieren sie die älteren Differenzansätze: Sie sind nicht fixiert, sondern greifen zur gleichen Zeit auf verschiedene kulturelle Traditionen zurück und befinden sich in-between, im Übergang zwischen verschiedenen Positionen. Sie bilden eine Melange aus mehreren ineinandergreifenden Geschichten und Erfahrungen und stellen ein Resultat von kulturellen Verbindungen dar, welche im wachsenden Maße in einer globalisierten Welt üblich werden. Hybride Kulturen, so Hall, sind eindeutig neue Typen der Identität, die der Spätmoderne angemessener sind als die alten umkämpften Identitäten der Vergangenheit. Lassen sich die Erfahrungen von MigrantInnen aus Ex-Kolonien nun auch auf den bundesdeutschen Kontext übertragen? Hall nennt als Voraussetzungen die Entwurzelung, die Diaspora, die durch die postkoloniale Migration geschaffen wurde. Dennoch gäbe es hier Anknüpfungspunkte, auch wenn die spezifischen Voraussetzungen des postkolonialen Kontexts unter umgekehrten Vorzeichen gegeben sind: im Kontakt mit Flüchtlingen und MigrantInnen bzw. in der Auseinandersetzung mit der nationalen Identität und Vergesellschaftung.

Allerdings hat sich die Linke hierzulande in der Vergangenheit immer gerne losgesagt von ihrer eigenen Verortung. In diesem Leugnen der nationalen Herkunft und ethnisch-kultureller Bezüge sehen TheoretikerInnen wie Birgit Rommelspacher oder bell hooks ein wesentliches Defizit weißer linker Politik. Weißsein als historisches Konstrukt, als Standort von Subjektbildungsprozessen sowie als Position struktureller Dominanz müsse erkannt und bearbeitet werden. Weiße AntirassistInnen müßten letztlich erst durch die eigene dominanzkulturelle Identität hindurch, um über sie hinaus zu kommen.



Drei junge Exoten (Paul Klee 1938)

An unserer empirischen Forschung nahmen AntirassistInnen aus humanistischen, autonomen sowie feministischen Gruppen teil. Dies entsprach grob den drei gegenwärtigen Hauptströmungen der antirassistischen Bewegung: einer radikal-menschenrechtlichen, einer linksradikalen sowie einer feministischen Strömung. Bezüglich der biografischen Prozesse, die zu antirassistischer Praxis führten sowie bezüglich der Formen gab es nicht nur Unterschiede zwischen den Strömungen, sondern auch zahlreiche Überschneidungen. Als Ergebnis kann festgehalten werden, daß sich die Praxis der HumanistInnen aufgrund der politischen Entwicklungen der letzten Jahre radikalisierte, aber hinter den verbalen Positionen zurückbleibt. Die Praxis der Autonomen dagegen wurde aufgrund von Niederlagen und Marginalität humanistischer.

Am deutlichsten stechen die Differenzen zwischen den Strömungen jedoch in den verschiedenen Betrachtungweisen von Kontakten zu MigrantInnen hervor. Das Verhältnis zu Flüchtlingen wird entlang identitärer Selbstpositionierungen unterschiedlich gelebt und reflektiert. Während die Autonomen Kontakte zu Flüchtlingen im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen über ihre eigene Positionierung als weiße MetropolenbürgerInnen diskutierten, thematisierten die HumanistInnen vor allem Kontakte als Erfahrung kultureller Differenz. Die Kontakte wurden weitgehend auf ihren kulturellen Gehalt reduziert und bewirkten eher »Fremdheitserfahrungen« sowie Distanz auf Seiten der AkteurInnen. Als zentrales Moment dieses Interpretationsmusters kristallisierte sich heraus, daß die Flüchtlinge hinter ihrer vermeintlichen Herkunftskultur verschwanden, auf sie festgelegt und als Träger der Herkunftskultur und damit von »Andersartigkeit« betrachtet wurden. Als Menschen mit einer je indiviuellen Geschichte, als soziale Akteure erschienen sie nur im Rahmen ihres Schicksals als Flüchtlinge. Als Bezugspunkt der Selbst- und Fremdsicht blieb der eigene kulturelle Wertmaßstab erhalten. Daneben gab es auch eine positivistische Wendung der »Andersartigkeit«. Die Begegnung mit dem »Fremden« wurde als ein gewünschter und lehrreicher Prozeß betrachtet, was letztendlich auch auf eine Ethnisierung der 'Anderen' hinausläuft. Hier werden sie zur Projektionsfläche der eigenen Identitätsbildung. So oder so werden die herrschenden Differenzlinien nachgezeichnet und man selbst bleibt im deutschen Kollektiv verfangen.

In den beiden anderen Gruppen (Autonome und Frauen) bildete die Infragestellung der eigenen Identität und strukturellen Position im rassistischen Machtverhältnis als weiße/r Deutsche/r den Fokus der Diskussion. Infolge der Beschäftigung mit Rassismen und vor allem der Kritik von MigrantInnen wurde die eigene Person und Position hinterfragt: Es ging darum, den »eigenen Rassismus« und »eurozentristische Politikmuster« abzubauen sowie »Privilegien abzugeben«. Diese Auseinandersetzungen wurden dann auch als stark verunsichernd beschrieben – die bisherigen identitären und politischen Positionen zogen Erschütterungen nach sich –, doch auch als bewußt gesuchte Auseinandersetzungen. Der Kontakt zu Flüchtlingen und MigrantInnen entwikkelte sich zu einem wesentlichen Bestandteil der autonomen Praxis: Ohne Flüchtlinge keine antirassistische Politik!

Jedoch läßt sich hier zum Teil eine erhebliche Kluft zwischen praktischem politischen Alltag und diskursiver Auseinandersetzung feststellen: Einige erlebten die Unterschiede zu Flüchtlingen doch als nur unter Mühe zu überwindende Differenzen. Das Verlassen

der gewohnten Normalität, sei es im Alltag oder der weißen politischen Praxis gestaltete sich als schwer verwirklichbares und meist gescheitertes Projekt. Auch in der selbstkritischen Diskussion wurden Differenzen fixiert und es fand eine merkwürdige Identifikation mit dem weißen deutschen Kollektiv statt. Die Zuschreibungen von »Weißsein« und nationaler Verortung wurden so stark verinnerlicht, daß sie wieder zur faktischen Differenz führten. Nur wenige hielten das Spannungsverhältnis zwischen Herkunftskultur, der eigenen historischen Verwobenheit und dem Aufbruch durch den Kontakt/Konfrontation mit MigrantInnen zu neuen Ufern aus. Aus den Differenzerfahrungen entstanden eher erneute Fixierungen als »Übersetzungen«.

So dominiert bei den autonomen und feministischen AntirassistInnen zwar ein Denken der Differenz und eine triple-oppression-Politik, aber die Frage, wie zu »hybriden« Identitäten zu kommen sei, wurde nur vereinzelt aufgeworfen. Antirassistische Identitäten entwickeln sich eher im Versuch des Zusammendenkens von Rassismus und Sexismus, im Abbau von Rassismen und dementsprechend einer komplizierten Arbeit am eigenen Selbst und weniger in einer Herausbildung von Hybridität. Dennoch nahmen einige den Standpunkt ein, daß sie die Erfahrungen von MigrantInnen als Bereicherung und Korrektiv ihrer eigenen Praxis suchten. Hierbei würden sie danach streben, die Unterschiede in der Anerkennung produktiv werden zu lassen bzw. sie anerkennend zu überwinden und eine gemeinsame politische Alltagspraxis zu leben – eine Andeutung, wie es zu hybridisierten politischen Praxen kommen könnte.

Anti-Politik-Falle Nation

► Auch hinsichtlich der Bezogenheit zum Nationalen zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen Autonomen und HumanistInnen. Während bei den HumanistInnen eine Distanzierung zum Nationalen und zu staatlicher Politik erst im Laufe ihrer antirassistischen Praxis entstanden zu sein scheint, blieb ihr Verhältnis ambivalent und widersprüchlich. Von den Autonomen wird die Rolle des Staates explizit angegriffen und eine antinationale Position eingenommen. Andererseits beschrieben sie sich als Weiße und Angehörige der nationalen Dominanzkultur. Dieses Nicht-Leugnen der eigenen ethnischen Identität (vgl. B. Rommelspacher) ist zweifellos ein Fortschritt identitärer Positionierung in der radikalen Linken. Es läßt aber auch einen eindeutigen Trennungsstrich zwischen dem Feind – der rassistischen Gesellschaft – und den antirassistischen AkteurInnen nicht mehr zu. Das eigene Verortet-Sein wird widersprüchlich und uneindeutig.
Positive Gegenidentitäten hält die antirassistische Bewegung bisher jedoch nicht parat, zumindestens wurden solche in unseren Diskussionsgruppen nicht skizziert. In der antirassistischen Diaspora BRD scheinen keine dementsprechend utopischen Entwürfe »in between« entwickelt worden zu sein. Der Antirassismus bleibt bis auf weiteres eine Anti-Politik, deren solidarisches Verhältnis zu MigrantInnen sich ex-negativo aus der rassistischen Migrationspolitik ergibt. Für die meisten unserer Interviewten tritt die Schwierigkeit, politische Identitäten im alltäglichen Versuch der Anerkennung und Überwindung von Differenzen zu entwickeln, sehr widersprüchlich zutage. Für strukturell privilegierte Angehörige der dominanten Kultur scheint eine Hybridisierung also weit schwieriger zu sein, als für Betroffene herrschaftlicher Zuschreibungen. Offenbar sind in einer Dominanz- und Monokultur deutscher Facon hartnäckigere kulturelle Blockaden und Behinderungen, die ja auch als machtvolle Privilegien locken, zu überwinden. Allerdings wollen wir hier nicht der Unmöglichkeit das Wort reden, darüber hinauszukommen. Der theoretische Diskurs der »Hybridisierung« eröffnet Perspektiven für eine Linke, die nicht länger in Anti-Politikmuster verfangen bleiben will. Andererseits ist die Theorie, nach Hall, auch immer der Umweg zu etwas Wichtigeren und zu fragen bleibt, wie »hybrid workspaces« nicht nur Cyberspaceprojekte, sondern zu einer politischen Alltagspraxis werden können, deren Ziel der Abbau von staatlichen und gesellschaftlichen Rassismen ist.

Ohne Flüchtlinge kein Antirassismus

Literatur:

Cornelia Eichhorn: Frauen sind die Neger aller Völker. Überlegungen zu Feminismus, Sexismus und Rassismus. In: Redaktion diskus (Hg.): Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland. Edition ID-Archiv, Berlin, 1992.

Paul Gilroy: Das Ende des Antirassismus. In: Diedrich Diedrichsen (Hg.): Yo! Hermeneutics! Schwarze Kulturkritik, Pop, Medien, Feminismus. Edition ID-Archiv, Berlin, 1993.

Stuart Hall: Rassismus und kulturelle Identität. Argument Verlag, Hamburg, 1994.

bell hooks: black looks. Popkultur, Medien, Rassismus. Orlanda Frauenverlag, Berlin, 1994.

Claudia Koppert: Identität und Befreiung. Eine politische Zwischenbilanz. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, 19.Jg., 1996, Heft 42.

Off Limits / ZAG: Deutscher Antirassismus? Antirassistische Gruppen ziehen Bilanz. Hamburg, 1995.

Birgit Rommelspacher: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Orlanda Frauenverlag, Berlin, 1995.

► **Sabine Hess** und **Andreas Linder** sind Kultur- und Politikwissenschaftler und arbeiten in lokalen und überregionalen Antirassismusgruppen. Soeben ist im Verlag edition diskord ihr Buch *Antirassistische Identitäten in Bewegung,* erschienen.



Die Süße (Hannah Höch)

Das Spektakel der Andersheit

Die Präsentation außereuropäischer Kunst

von **Christian Kravagna**

Ein schier unstillbares Verlangen nach anderen Ästhetiken und kulturellen Regionen hat die europäischen Kunstinstitutionen und Medien erfaßt. Sie konkurrieren in der Definition eines globalen Kunstbegriffs. An der Spitze dieser derzeit »entdeckten« Kunstregionen steht zweifellos Afrika.

► Im Zug der Erörterung dessen, was sie »Das Problem des Visuellen in afro-amerikanischen Kulturen« nennt, zitiert Michelle Wallace eine auf den ersten Blick absurde Studie. Ein in den fünfziger Jahren durchgeführtes sozial-psychologisches Experiment hatte u.a. ergeben, daß »schwarze Kinder weiße Puppen schwarzen vorzogen und daß die schwarzen Kinder dazu neigten, mit einem weißen oder gelben Buntstift sowohl eine gleichgeschlechtliche Gestalt auszumalen, die sie selbst darstellen sollte, als auch eine andersgeschlechtliche auszumalen, die einen Freund darstellen sollte.«[1]

Als Hintergrund solch erstaunlichen Verhaltens, so Wallace, seien nicht nur negative schwarze Stereotypien in Schulbüchern und Medien usw. ausschlaggebend, sondern vor allem das weitgehende Fehlen von Darstellungen Schwarzer im allgemeinen. Das Problem der Afro-Amerikaner in bezug auf ihre kulturelle und politische Präsenz sei das Problem ihrer traditionellen »Unsichtbarkeit«. Vielleicht ist der Zustand der Unsichtbarkeit das Problem aller diskriminierten und marginalisierter Gruppen. Das Andere ist das Unsichtbare, sofern es nicht in Gestalt seines fetischhaften Komplementären auftritt, als begehrliches oder bedrohliches Objekt. Die eurozentrische Moderne und das ihr entsprechende euro-amerikanische Kunstsystem dieses Jahrhunderts sind geprägt von der Ausgrenzung nicht-westlicher Kulturen. Der systematischen Verweigerung ihrer Sichtbarkeit stand lediglich zu Beginn der Moderne das fetischistische Aneignen als Inspirationsquelle der früheren Avantgarden gegenüber. Die emanzipatorischen Kämpfe jener außereuropäischen KünstlerInnen, die nach dem Zusammenbruch der Kolonialmächte in den ehemaligen »Mutterländern« zu arbeiten begannen, waren demnach Kämpfe um Sichtbarkeit: »Die Unsichtbarkeit des schwarzen historischen Objekts ist der Grund dafür, daß wir unsere Sichtbarkeit als Teil des Herstellungsprozesses von Dingen konstruieren müssen.«[2] »Making Myself Visible« als individuelles wie kollektives Programm von Identitätspolitik innerhalb des restriktiven ästhetischen Kanons der westlichen Moderne und ihrer legitimierenden Institutionen hatte immer wenigstens zwei Ansprüche: Zuerst Wahrnehmbarkeit herzustellen (making visible), Schranken der Ausgrenzung zu überwinden, um überhaupt am kulturellen Diskurs teilnehmen zu können; immer aber auch ein Spezifisches (myself) sichtbar zu machen, sowohl mit dem Status der Differenz umzugehen als auch diese Differenz als kritisches Moment gegen die Parameter der hegemonialen Ästhetik zu wenden.

Von »Ost-« zu »Dritte-Welt-Kunst«

► Europa verzeichnet seit einigen Jahren einen Boom von Ausstellungen zur Kunst abseits der hegemonialen Achse des euro-amerikanischen Internationalismus, der seinen Höhepunkt noch nicht erreicht zu haben scheint. Ein schier unstillbares Verlangen nach anderen Ästhetiken und kulturellen Regionen hat die Institutionen und Medien erfaßt, und sie konkurrieren in der Definition eines globalen Kunstbegriffs. Es ist keine Frage, daß diese Unternehmungen vieles von dem sichtbar machen, was eine eurozentrische Geschichtsschreibung jahrzehntelang systematisch ausgeblendet hatte. Statistiken, die belegen, daß Ausstellungen außereuropäischer Kunst den Institutionen mehr Besucher bringen als das reguläre Programm, zeigen

außerdem, daß die hergestellte Sichtbarkeit auch angenommen wird. Die Ausweitung des westlichen Blicks auf kulturelle Produktion vor allem ostasiatischer und afrikanischer Regionen ließe sich nun als weitere Folge eines postmodernen Bewußtseins für die innere Diversität von Kultur erklären, das den Universalismus des weißen (und männlichen) Modernismus als ein Produkt eines rassistischen und sexistischen Ausschlußunternehmens kenntlich machte. Demzufolge wäre das Anerkennen nicht-westlicher Kulturen die globale Variante jenes Anerkennungsprozesses marginalisierter Stimmen, der sich zunächst auf nationaler (v.a. US-amerikanischer) Ebene vollzog. Eine weitere gängige Erklärung deutet das Interesse des Zentrums für die sogenannten Peripherien als quasi logische Begleiterscheinung eines weltweiten Abbaus von Distanzen aufgrund kommunikationstechnischer Entwicklungen und des weltweiten Warenverkehrs. Beide Interpretationen mögen teilweise zutreffende Argumente enthalten, sie reichen jedoch keineswegs aus. Man erfaßt die Problemlage möglicherweise besser, wenn man danach fragt, was denn durch den Dritte-Welt-Boom abgelöst wurde.

In den achtziger Jahren, als die politische Weltordnung noch entlang einer klar definierten Grenze verlief und die Welt in zwei Hemisphären zerfiel, hatte das westliche Hauptinteresse am Anderen der russischen und anderer »Ostkunst« gegolten. Der ideologische Hauptfeind, die noch bestehende Sowjetunion und ihre Satelliten, war zugleich Hauptbezugsquelle mehr oder weniger unverständlicher, immer aber spannender, weil fremdartiger künstlerischer Produkte. Politisch konnte der Westen in diesen – unter kaum bekannten oder phantasierten Bedingungen produzierten Werken – entweder die Widerspiegelung eines dekadenten sozialistischen Gesellschaftssystems sehen oder sie mit dem Widerstandspotential innerhalb eines totalitären Systems identifizieren. Obwohl man im Westen nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten mit der adäquaten Einschätzung dieser anderen Kunst hatte, war mit ihrer zeitweise massiven Präsenz kaum ein Infragestellen der eigenen Kriterien verbunden. Vielmehr konnten sowohl (zugeschriebene) Dekadenz wie auch Dissidenz in gewisser Weise die ideologische Arbeit am Zusammenbruch des gegnerischen Systems unterstützen.

Die seit dem Golfkrieg etablierte »Neue Weltordnung« der neunziger Jahren ersetzt das bipolare System zweier Machtsphären durch eine einzige Weltmacht und einen vielgestaltigen »Rest«. Die klar territorial definierte Ost-West-Grenze wird ersetzt durch eine phantasmatische gegenüber dem Anderen der westlichen Zivilisation. Auch wenn sie sich mit dem islamischen »Fundamentalismus« wieder einen ideologischen Hauptfeind geschaffen hat, orientiert sich die neue Weltordnung weit stärker an einem Gegensatz von Eigenem und Anderen als an der konkreten Gegnerschaft benennbarer politischer Systeme. Erstmals seit 1945 gibt es damit tatsächlich ein Zentrum und dessen Peripherien. Da diese peripheren Zonen nicht auf eine politisch-ideologische Einheit reduzierbar sind, werden Gegensätze fortan als vornehmlich kulturelle bestimmt. Dieser Wandel zeigt sich auch an den europäischen Bedrohungsszenarien, die sich vom Osten in den Süden, von der Sicherheits- zur Einwanderungspolitik verlagern.

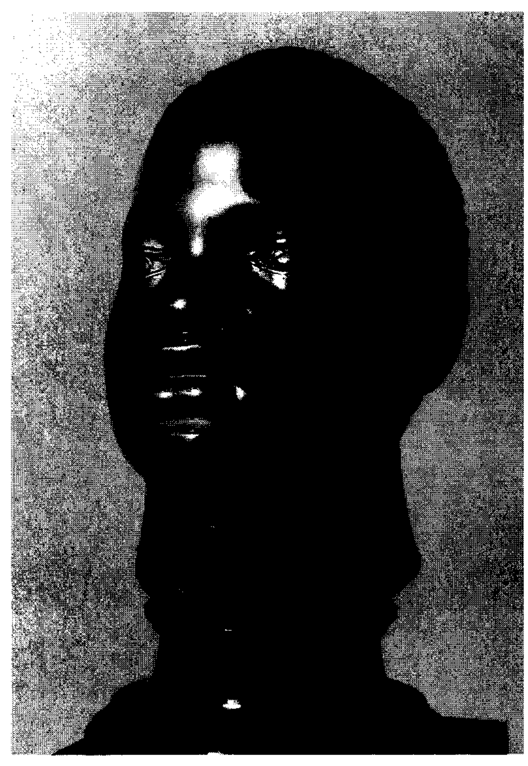
Es kann nicht darum gehen, simple Kausalketten zu konstruieren und eine direkte Übersetzung geopolitischer Verschiebungen in kunstbetriebliche Aktivitäten zu behaupten. Dennoch spricht einiges dafür, daß sich die Interessensverlagerung von »Ostkunst« zu »Dritte-Welt-Kunst« davon nicht losgelöst vollzieht. Manchmal läßt sich die Erschliessung neuer Märkte an einzelnen Institutionen oder Individualpolitiken nachvollziehen. So hatte »Flash Art« in den späten achtziger Jahren mit russischen und polnischen Ausgaben einiges Prestige gewonnen. Mittlerweile sind es die regelmäßigen Flash-Asia- und Global-Art-Features, die für weltumspannende Informiertheit bürgen und zugleich das (asiatische) Anzeigenaufkommen steigern. Sowohl die Interessen als auch die Effekte solcher Globalität für die neu eroberten Regionen müssen gewiß gesondert betrachtet werden, sind doch etwa die ökonomischen Voraussetzungen in ostasiatischen Zentren anders als in afrikanischen.

An der Spitze der derzeit »entdeckten« Kunstregionen steht zweifellos Afrika. Während westliche Medien in blutigen Bildern (neo-)barbarische »Stammeskriege« ausmalen, deren reale Grundlage in den willkürlichen Grenzziehungen der europäischen Kolonialisierung kaum einmal aufscheinen, folgt eine Afrika-Ausstellung auf die andere. Der offensichtliche Widerspruch zwischen einer europäischen Ausgrenzungspolitik auf der Grundlage des Begriffs der kulturellen »Andersartigkeit«, wie ihn entsprechende Medienberichte noch drastisch unterstreichen, und dem Interesse am künstlerischen Anderen muß irgendwie aufgelöst werden. Meist geschieht dies durch die Konzeption eines afrikanischen Künstlerbildes, das in einem Zwischenraum angesiedelt ist – zwischen dem alten, naturalisierenden »Primitivismus«-Bild und dem westlichen Internationalismus.

Der Suchbegriff »Authentizität« ist ungebrochen aktuell, und nicht zufällig verbinden Kuratoren ihre Präsentation afrikanischer Kunst mit Klagen über Intellektualismus und Freudlosigkeit westlicher Gegenwartskunst. Allerdings wird »Authentizität« nicht mehr unbedingt mit ahistorischer Ursprünglichkeit gleichgesetzt, sondern aus der Schnittmenge von überlieferten Traditionen und westlichen Einflüssen begriffen. »Afrikanität« ist in diesem Konzept nicht mehr naturgegeben, dennoch ist sie Produkt eines ethnographischen Blicks, der fiktive Identitäten um so mehr dann hervorbringt, wenn er sie in ihren »kontaminierten« Formen entdeckt. Zwischen der »Forderung nach einer Identität, nach Symbolen der Unterschiedlichkeit, nach kultureller Distanz«[3] und dem komplementären Vorwurf der Imitation westlicher Standards spannt sich ein Projektionsraum, der afrikanische Kunst für wechselnde Fremdbestimmungen offen läßt. Gerade weil er sie von kultischen und rituellen Determinationen nicht emanzipiert, aber von Spuren westlicher Zivilisation gezeichnet (und sei es nur im Materialgebrauch) sieht, entwirft sich der Westen diese »Afrikanität« als eine Inferiore. Die beiden Quoten-Afrikaner der letzten documenta belegen die Rollen, die für sie reserviert sind. Die muskulösen Kämpferfiguren von Ousmane Sow »erinnern natürlich an Rodin«, während Mo Edoga mit seiner Schwemmholz-Bastelarbeit als »Botschafter« wirkt, der sagt, es geht um das Machen. Die Zeit des Denkens (...) ist vorbei.«[4] Während im Westen, trotz aller Kritik, das individuelle Künstler-Subjekt zentral bleibt, werden »der exotisierte Künstler, die exotisierte Künstlerin (...) als Träger vorbestimmter und homogenisierter kultureller Zeichen und Bedeutungen dargestellt.«[5]

Exzessive Sichtbarkeit

▶ Das geo-ethnische Kartographieren der entsprechenden Austellungen hält die Trennung von europäischer und nicht-europäi-



»Bildniskopf eines Negers« (unbekannter flämischer Künstler)

scher Kunst aufrecht und präsentiert Andersheit als Spektakel rassisch-ethnischer Typologien. Für Jean Fisher läßt sich aus dieser Entwicklung schließen, daß »kulturelle Marginalität nicht mehr ein Problem der Unsichtbarkeit ist, sondern ein Problem exzessiver Sichtbarkeit auf einer bestimmten Ebene.«[6] Was früher in eurozentrischer Arroganz ignoriert wurde, wird nun in ebensolcher Arroganz kategorisiert und segregiert. Diese rigiden Grenzziehungen entsprechen durchaus den Grenzziehungen und Kontingentierungen europäischer Einwanderungspolitik. Wenn daher KünstlerInnen und AutorInnen der »Peripherien« immer wieder feststellen, daß von einem neuen Internationalismus, der über die alte imperialistische Variante hinausginge, solange keine Rede sein könne, als sich nicht die ökonomischen und politischen Gewichtungen verschieben würden,«[7] dann spiegelt sich darin auch die Tatsache, daß das Kuratieren außereuropäischer Kunst immer noch weitgehend in westlichen Händen liegt.

Die Ansicht, daß »die derzeitige akademische Konzentration auf ´Postkolonialität´ (...) verdächtig an eine Alibihandlung erinnert, mit der die Gegebenheiten der globalen Politik verschleiert werden sollen«,[8] ist nicht unbegründet. Der Neokolonialismus transnationaler Konzerne, die an ihren Standorten in der Dritten Welt soziale Systeme nachhaltig verändern, indem sie autoritäre Systeme stützen, die ihnen Oppositionen und Gewerkschaften vom Leib halten und so massenhafte Arbeitslosigkeit produzieren, bringt als Gegenreaktion nicht nur in diesen Regionen Neo-Ethnizismen hervor: für die die westlichen Medien »barbarische Auseinandersetzungen«. Auch die europäischen Wiederbelebungen kultureller Identitätsmythen als Kompensation realer Machtverluste der Nationalstaaten stehen damit im unmittelbaren Zusammenhang. Daß auf dem Boden solcher Essentialismen kulturelle Spektakel gedeihen, die Kunst unter den Kriterien der Herkunft betrachten, erklärt vielleicht mehr als die These des Eurozentrismus.

In »postkolonialen« Zeiten sollte nicht ganz unbeachtet bleiben, daß auch in westlicher Kunstpraxis kolonialistische Haltungen nie ganz ausgestorben sind. 1971 kommt El Loko aus der ehemals deutschen Kolonie Togo nach Düsseldorf in die Beuys-Klasse in der Absicht, »dort etwas zu lernen«. Statt dessen wird er als Afrikaner ermahnt, sich seiner eigenen Wurzeln zu besinnen. Der Zivilisationsschamane findet in El Loko den Repräsentanten des Anderen der rationalistischen Gesellschaft und macht ihn, »ohne daß ich erwähnt wurde«, zum »Bestandteil einiger seiner Happenings und Aktionen.«[9] 1985 läßt Werner Büttner die deutsche Fußballweltmeister-Mannschaft nach eigenen Skizzen auf den Marquesas-Inseln in Holz schnitzen. Alighiero Boetti läßt seine Tapisserien nach wie vor von »traditionellen Knüpfern« in Afghanistan anfertigen. Kippenberger kehrt Beuys gewissermaßen um und schickt seinen Schüler, dem »seine Intelligenz im Weg steht«, auf einen Fußmarsch durch Afrika. Nam June Paik macht in seinen Installationen seit einigen Jahren extensiven Gebrauch von den Werken des ghanaischen Künstlers Kane Kwei. Und Peter Nagy beschreibt das alltägliche Indien als »riesiges Open Air Museum moderner Kunst«, wo man auf Schritt und Tritt über »Faksimiles« von Arte Povera und Scatter Art stößt, während die Galerien und Museen nur »äußerst arme ästhetische Erfahrungen« zu bieten hätten.[10]

Wer präsentiert wen?

► Sicher wird die Stellung der Peripherien künftig nicht nur davon abhängen, wie sie im Westen repräsentiert wird, sondern auch davon, wer hier wen präsentiert. Die Frage »Wer darf was kuratieren?« wird manchmal zwar rhetorisch gestellt, um sie schließlich doch mit dem Verweis auf die letztlich ausschlaggebende »Neugier« und »Offenheit« auszuräumen. Daß sich hinter dieser Unschuld immer wieder rassistische Stereotypen verbergen, wird speziell an den Südafrika-Ausstellungen evident, die sich seit dem Ende der Apartheid besonderer Beliebtheit erfreuen. Diese perpetuieren eine Trennung schwarzer und weißer Kunst, indem sie unter den schwarzen Produzenten jene auswählen, die sofort als »schwarz« identifizierbar sind, sei es aufgrund ihrer traditionellen Handwerklichkeit und »afrikanischen« Formen und Symbolsprache oder wegen ihrer Behandlung »schwarzer« Themen. Zur Tendenz, reale Klassengegensätze zu ethnisieren, gibt es noch eine Steigerungsstufe, nämlich die imaginäre Umkehrung der Machtverhältnisse.

So vertritt die Kuratorin der Berliner Ausstellung »Colours« in ihrem Katalogtext die These, daß im Südafrika nach der Apartheid Weiß nun »die falsche Farbe« für KünstlerInnen wäre. Kollektivschuld, Affirmative Action usw. stellten die Weißen heute vor ungeheure Probleme. Tatsächlich weiterhin unterprivilegierte schwarze KünstlerInnen werden dagegen in ihren (privaten) Lebenszusammenhängen und Erwerbsbeschäftigungen romantisiert. Höhepunkt der rassistischen Projektion ist die Behauptung, sogar »Farbige könnten heute das Gefühl bekommen, nicht schwarz genug für das Programm der umgekehrten Diskriminierung zu sein.«[11] Gegen derartige Projektionen kann hier mit keiner »Wahrheit« aufgefahren werden. Tatsache ist aber, daß es weiße SüdafrikanerInnen sind, die im internationalen Kunstbetrieb Erfolg haben, was angesichts von ökonomischen und Bildungsunterschieden nicht verwundert. Tatsache ist aber auch, daß sich eine äußerst heftige Debatte darüber entwickelt hat, wie Arbeiten weißer KünstlerInnen schwarze Gedichte und schwarze Körper für ein vornehmlich weißes Publikum thematisieren. Fälle wie die Ausstellung einer weißen Künstlerin über »Die Identität der Buschmänner«, wo unter 15 Katalogbeiträgen keine schwarze Stimme war, aber auch die symbolische Zerstückelung schwarzer Frauen in Candice Breitz´ Fotomontagen oder Minette Váris Plakate mit computergenerierten Selbsttransformationen zu schwarzen Akten haben die südafrikanische Kunstdiskussion zu einer »Schlacht um die Kontrolle des schwarzen Körpers« (Okwui Enwezor) werden lassen. Auch hier also wird die notwendige Diskussion darüber geführt, wer wen repräsentieren darf.

Weil die schärfsten Kritiker dieser Praktiken aus anderen afrikanischen Regionen stammen, wird das zum Teil wieder gegen ihre Position verwandt. Und weil zweitens männliche schwarze Kritiker gegen weiße Künstlerinnen für schwarze Frauen sprechen, verkompliziert sich die Situation weiter. Der Versuch, außereuropäische Kunst angemessen zu repräsentieren, bleibt kuratorische Phantasie.

Anmerkungen:

1. Michelle Wallace: Modernismus, Postmodernismus und das Problem des Visuellen in afro-amerikanischen Kulturen, in: Texte zur Kunst, 3 (1991), S. 59-75.
2. Eddie Champers/Rasheed Araeen: Black Art. A Diskussion. In: Third Text 5 (1988/89). Zit. nach Clementine Deliss: Lotte oder die Transformation des Objekts. In: Durch, 8/9 (1990), S. 175.
3. Olu Ogulbe: Kunst, Identität, Grenzen. Postmodernismus und zeitgenössische afrikanische Kunst. In: Peter Weibel (Hg.): Inklusion: Exklusion. Kunst im Zeitalter von Postkolonialismus und globaler Migration. Köln (DuMont) 1997, S. 96.
4. Jan Hoet: documenta als Motor. In: Kunstforum, 119 (1992), S. 228 u, S. 499.
5. Jean Fisher: Some Thoughts on »Contaminations«. In: Third Text, 37 (2995), S.5.
6. Ebd.
7. Siehe u.a. Jean Fisher (Hg.): Global Visions. Towards a new internationalism in the Visual Arts. London (Kala Press) 1994.
8. Masao Miyoshi: Eine Welt ohne Grenzen? Vom Kolonialismus zum Transnationalismus und zum Niedergang des Nationalstaates. In: Inklusion: Exklusion, S. 47.
9. El Loko, zit. nach Al Imfeld, El Loko- Beuys, Kunstforum, 122 (1993), S.330.
10. Peter Nagy: Notes on the Aesthetics on India. In: Flash Art, 186 (1996), S. 61/62
11. Sabine Vogel: Die falsche Farbe. Colours. Kunst aus Südafrika. Berlin, Haus der Kulturen, 1996

► *Der Artikel von **Christian Kravagna** wurde der Zeitschrift **springer – Hefte für Gegenwartskunst 2/97** entnommen und leicht gekürzt. Von ihm erschien zum selben Thema in der Zeitschrift **Die Beute 2/97** der Artikel Curatorial Globe-Trotting – Wie stellt man »periphere Kulturen« aus?*

Netze aus Seifenblasen

Die Verstrickungen internationaler Solidarität



Foto: I. C. Hendel

von der **Gruppe 2828**

Zauberwort Vernetzung: Die einen verstehen unter Netz schlicht das Internet, andere sehen in eben diesem Netz – entgegen allen Argumenten und Erfahrungen – den Schlüssel für hierarchielose und emanzipatorische Politik am Ende des 20. Jahrhunderts. Basta, keine weitere Diskussion, das Netz ist, weil es ist. Und es ist gut.

▶ Auf dem 2. Interkontinentalen Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft im vergangenen Sommer in Spanien standen diese beiden Positionen nebeneinander. Bereits 1996, am Ende des 1. Treffens in Chiapas, rief die EZLN zur Gründung eines »Netzes aller Widerständigen dieses Planeten« auf: »Wir erklären, daß wir erstens ein gemeinsames Netz all unserer spezifischen Kämpfe und Widerstände schaffen werden. Ein interkontinentales Netz des Widerstandes gegen den Neoliberalismus, ein interkontinentales Netz des Widerstandes für eine menschliche Gesellschaft. Dieses interkontinentale Netz ist keine Organisationsstruktur, es besitzt weder ein Leitungs- noch ein Entscheidungszentrum, noch hat es hierarchische Strukturen. Das Netz sind wir alle, die widerständig sind. Daß wir zweitens ein Kommunikationsnetz zwischen allen unseren Kämpfen und Widerständen schaffen werden. Ein interkontinentales Netz alternativer Kommunikation gegen den Neoliberalismus, ein interkontinentales Netz alternativer Kommunikation für eine menschliche Gesellschaft.(...) Das Netz sind wir alle, die miteinander sprechen und zuhören (...)« (Aus der 2. Erklärung von La Realidad, August 1996).

Seitdem wird in einer diffusen Linken, die sich auf »Chiapas« bezieht, eifrig an diesem Netz gestrickt. Vernetzung scheint zum Schlüsselbegriff widerständiger Politik zu werden. Dabei ist nicht klar, wer sich eigentlich warum und wie vernetzen soll. Geht es um das Netz als das Mittel globaler gegenseitiger Unterstützung? Bis zur politisch-praktischen Beantwortung dieser Frage dürften wohl noch einige Megabytes die intergalaktische Datenautobahn hinauf- und hinabfließen. Das »Wir«, mit dem eine einheitliche Identität suggeriert wird, ist vor allem über eine »Widerständigkeit« gegen Neoliberalismus definiert. Dazu zählen sich viele – da sind Sozialistinnen, Kommunisten, Anarchisten, Studentinnen (manchmal), Obdachlose (selten, aber wahr), Gewerkschafter, Grüne... »Widerständig« gegen Neoliberalismus sind jedoch auch Teile des rechten und vor allem rechtsextremen politischen Spektrums, wenn diese etwa für einen starken Staat oder für eine »nationale Identität« in unübersichtlichen neoliberalen Zeiten kämpfen. Die postulierte Gemeinsamkeit der »Widerständigkeit« als kleinstem gemeinsamen Nenner ist offensichtlich zu allgemein. Aber nicht nur die Subjekte, auch die politischen Inhalte bleiben diffus. Das Label »gegen Neoliberalismus« kann man kaum als Ziel, sondern eher als eine grobe Orientierung bezeichnen. Dabei ist weitgehend ungeklärt, welche Vorstellungen eigentlich mit dem schillernden Schlagwort vom Neoliberalismus und der diesbezüglichen Widerstände und Alternativen verbunden sind. Die beschworene Vernetzung ist also durch eine große Unbestimmtheit charakterisiert. Es gilt daher, einen Suchprozeß nach Ansatzpunkten für zeitgemäße widerständige und emanzipatorische Politik zu beginnen. Darunter fällt auch die Frage, was denn das eigentlich Neue (und emanzipatorische) der Vernetzung ist.

Realitätsmächtige Vernetzung

▶ Vernetzung avanciert nicht nur zum Schlagwort einer internationalistischen Linken. Sehr viel realitätsmächtiger wird in anderen gesellschaftlichen Bereichen darüber diskutiert. Neben hierarchischer Steuerung (vor allem durch den Staat und innerhalb von Unternehmen) und völlig dezentraler Marktsteuerung ist das Netzwerk ein weiteres Koordinationsprinzip. Als Selbstorganisation formal autonomer Akteure soll es kooperativ gemeinsame Ergebnisse erreichen. Außerdem werden Netzwerke im Vergleich zu Organisationen als weniger formalisiert

charakterisiert und sind durch eine gewisse »Freiwilligkeit« und Gegenseitigkeit gekennzeichnet. In vier Bereichen wird Vernetzung als Organsiationsprinzip heute diskutiert und praktiziert. Die dominante politische und politikwissenschaftliche Debatte um die »Entgrenzung des Staates« geht von der Annahme aus, daß im Zuge der funktionalen Ausdifferenzierung von Gesellschaft diese immer komplexer wird. Mit der traditionellen hierarchischen Steuerung durch den Staat findet keine effiziente Problemlösung mehr statt. Deshalb entstehen Kooperationen und Netzwerke auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Innerhalb des Staatsapparates nennt man das »Politikverflechtung« z.B. zwischen lokaler und nationaler Verwaltung, sie besteht aber auch mit nichtstaatlichen Akteuren und auf internationaler Ebene. Auch als Organisationsform von Unternehmen spielt die Vernetzung – vor dem Hintergrund globaler Expansion – eine große Rolle. In Zeiten, in denen sich Produktivitätszuwächse in straff organisierten Unternehmen erschöpft haben, werden Flexibilisierung (u.a. mittels Produktionsverlagerungen), Dezentralisierung und kontinuierliche Rationalisierung zu Leitbildern hoher Produktivität und Profite. Die in Netzwerken organisierten dezentralen Unternehmenseinheiten – wie auch die Vernetzung eigenständiger Unternehmen – sollen sich schneller und kontinuierlicher an (neue) Wettbewerbsbedingungen anpassen, um Kosten zu minimieren und die Absatzchancen zu erhöhen.

Emanzipation oder Wettbewerb

► Demgegenüber hat die erst am Anfang stehende Diskussion um die Vernetzung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wesentlich weniger Gewicht. Teilweise werden NGOs als »gesellschaftliche Produktivkraft« gefaßt, teilweise als »neue Akteure« bei der Bearbeitung globaler Problemlagen. Entscheidend ist jeweils das Argument, daß NGOs ihren politischen Einfluß vor allem über ihre Vernetzung erhalten. Im Unterschied zu Staat und Unternehmen sind ihre Netzwerke in der Regel wesentlich informeller. Schließlich beginnt zur Zeit eine Debatte über governance und global governance. Hier geht es nicht nur um Vernetzung innerhalb eines bestimmten »Bereiches« (z.B. verschiedener Unternehmenseinheiten oder NGOs), sondern um die Vernetzung zwischen ihnen. Staatliche, privatkapitalistische und andere Akteure sollen zusammen bei den Problemlösungen agieren (vgl. den Themenschwerpunkt im vorletzten Heft).

Das all diesen Entwicklungen und Diskussionen zugrundeliegende Element ist der Abbau staatlicher Hierarchien. Doch der Rückbau des Staates und entsprechender paternalistischer Politiken geht keineswegs mit emanzipatorischen Entwicklungen einher, sondern wird unter dem Diktum neoliberaler Strukturanpassung und Wettbewerbsorientierung vorangetrieben. Die technokratischen Debatten um Vernetzung haben Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse kaum im Blick, sondern fragen nach dem besseren Funktionieren von kapitalistischen Gesellschaften. Staat wird affirmativ als politisches Institutionensystem gefaßt, das doch noch irgendwie das »Gemeinwohl« im Auge hat, und unter »Wirtschaft« wird unter Ausblendung von strukturellen Grundlagen und Machtfragen die Sphäre der Produktion und Distribution von Gütern und Dienstleistungen verstanden. Globalisierung wird dabei zum irreversiblen, alles dominierenden Trend, die »Probleme« (welche und wessen?) müssen irgendwie gelöst werden. Es geht angeblich um gesellschaftliche Steuerung, die eben nicht mehr zentral durch den Staat erfolgt (was ohnehin nie der Fall war...), sondern nunmehr durch verschiedene Akteure. Daß dabei die Interessen vieler Menschen unter die Räder kommen, bleibt außen vor.

Abbau staatlicher Hierarchien heißt nicht gleichzeitig Emanzipation

Dennoch sind einige Aspekte der Vernetzung auch für eine Debatte um emanzipatorische Politik(formen) und die Zusammenarbeit formal unabhängiger Gruppen und Organisationen fruchtbar und sollen im folgenden kurz skizziert werden: Aus der »dominanten« auf die »linke« Vernetzungsdebatte zu übertragen ist sicherlich die These, daß in komplexeren Gesellschaften und angesichts der vielfältigen Problemebenen deren Bearbeitung in vielen Fällen nicht mehr mit »top down«-Ansätzen zu gewährleisten ist, sondern eher mit horizontalen Organisationsmustern von formal relativ unabhängigen Akteuren. Wohlgemerkt: Es handelt sich um so unterschiedliche Probleme wie staatliche Ordnungspolitik und Widerstandsformen gegen dieselbe. Im Unterschied zu formalen Organisationen mit definierten Zielen und formalen internen Regeln und Normen, in denen Hierarchien und Entscheidungsbefugnisse mehr oder weniger festgelegt sind, spielt bei Netzwerken »Informalität« eine größere Rolle. Zum Zusammenhalt und Funktionieren des Netzes erhalten dann geteilte Gemeinsamkeiten und der in der Vernetzung gesehene Sinn größere Bedeutung. So bilden sich Netzwerke in den allermeisten Fällen aufgrund bestimmter Probleme in spezifischen Feldern (z.B. Unternehmensallianzen zur Technologieentwicklung, Bauernorganisationen in Landfragen oder Umweltverbände im Bereich Klimapolitik) und seltener mit Prozeßcharakter und unbestimmtem Ziel.

Politik als happening

► Bei der äußerst heterogenen »internationalen zapatistischen Bewegung handelt es sich bislang eher um eine Netzwerkmetapher als um eine sichtbare Netzwerkstruktur. Formen alternativer Kommunikation bestehen längst, und an Möglichkeiten, Informationen zu erhalten, mangelt es gerade hier keineswegs. Es stellt sich also die Frage: Wer nutzt die vorhandenen Kommunikationsmöglichkeiten und wie lassen sie sich noch sinnvoll nutzen, ohne mit einem Computerbildschirm zu debattieren? Wie wird mit der Informationsüberflutung hierzulande umgegangen, während an anderen Orten der Welt an Internet-Vernetzung gar nicht zu denken ist. Natürlich ist es wichtig und motivierend, mittels Diskussionen, Erfahrungsaustausch oder punktuellen Aktionen vernetzt zu sein. Dies meinen wir, wenn wir von einer Netzwerkmetapher sprechen. Für eine stärkere Formalisierung von Netzwerken, was mit Struktur gemeint ist, spricht zunächst einmal der Anspruch auf transparente und demokratische Verfahren. Um Mißverständnisse zu vermeiden: Wir argumentieren nicht per se für den Aufbau formaler Netzwerkstrukturen, denn in vielen Fällen sind lose Zusammenschlüsse durchaus sinnvoll. Wenn aber internationale soziale Bewegungen politisch stärker werden, sollte die Frage der Struktur nicht ausgeblendet werden.

Damit entstehen aber zwei Probleme, die wir abschließend anreißen möchten. Wenn Netzwerke eine gewisse Struktur annehmen, sind sie erstens damit konfrontiert, sich intensiver über Inhalte und Ziele des gemeinsamen Politikmachens Klarheit zu verschaffen. Es bestehen zweitens a priori Machtasymmetrien zwischen den einzelnen vernetzten Akteuren, womit Veto-Positionen einzelner Mitglieder entstehen können. Dasselbe gilt für ungleich verteilte Informationen und Ressourcen. Insofern muß auch die idealistische Prämisse der EZLN, das Netz beinhalte weder Hierarchie noch Leitungszentrum, relativiert werden, denn die individuellen oder kollektiven Inputs in das Netz (z.B. Internet) basieren von vornherein auf ungleich verteilten Ressourcen. Netzwerke sind keineswegs unmittelbar hierarchiefrei – auch und gerade nicht per Internet. Im Gegenteil: Tendenziell verlängern sie zunächst eine gegebene Hierarchie selbst. Schon ein Austausch auf regionaler Ebene erweist sich als schwierig. Gruppen treffen zunehmend nur im Rahmen einzelner Aktionen aufeinander. Während sich im Wendland also 10.000 gegen den Castor stellen, zeichnet sich in langfristig arbeitenden Initiativen kein Zuwachs ab – das einmalige Happening scheint genug. Wie soll da »Vernetzung« Abhilfe schaffen?

► *Dies ist die von den AutorInnen (Ulrich Brand, Marlis Gensler, Veronika Sievers, Jens Winter) stark überarbeitete Fassung eines Beitrages für eine AG des 2. Interkontinentalen Treffens in Spanien. Alle vier sind MitherausgeberInnen von* ***REDaktion, Chiapas und die Internationale der Hoffnung*** *(Neuer ISP-Verlag 1997).*

Vernetzt und verstrickt

▸ Gäbe es eine Hitliste des linken Jargons, unter den Rangersten wäre sicherlich »NGO« oder »Vernetzung« zu finden. Mit kaum einem anderen Schlagwort lassen sich Gelder vom BMZ locker machen oder akademische Lorbeeren verdienen. NGO – die institutionalisierte Nachfolgerin sozialer Bewegung – klingt zwar gut und gewichtig, gegen Vernetzung hat erst mal auch niemand etwas. Ob sich hinter dem Begriff aber nun Quasi-Konzerne wie Greenpeace verbergen oder welche politische Zielrichtung die Vernetzung haben soll, bleibt meist im Dunkeln.

Licht in den NGO-Dschungel zu bringen, hat sich ein Berliner Forschungsprojekt über die Vernetzung von NGOs zur Aufgabe gemacht. Herausgekommen ist der Sammelband »*Vernetzt und Verstrickt – Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft*«, in dem sich 11 AutorInnen über Entstehung, politisches Gestaltungspotential und Zukunft der neuen globalen Akteure Gedanken machen.

Im Mittelpunkt der Analysen steht die internationale Umweltpolitik. Weitgehend einig sind sich die AutorInnen, wenn es um die Frage geht, woher der Bedeutungszuwachs der NGOs kommt. Sie werden als Ausdruck der Globalisierung gefaßt: zum einen sind sie nicht wie Parteien an ein Territorium oder an nationalstaatliche Interessen gebunden; zum anderen haben die traditionellen 'global players', die Nationalstaaten, angesichts der Grenzenlosigkeit des Weltmarkts und der ökologischen Krise ausgespielt.

Interessant sind vor allem die Binnenanalysen, die kenntnisreich zeigen, wie sich Machtasymmetrien zwischen den unterschiedlichen Akteuren im internationalen Verhandlungspoker durchsetzen. Die großen Nationalstaaten der G-7 und transnationale Unternehmen spielen immer noch die erste Geige, da sie im Gegensatz zu NGOs über weitaus größere politische und finanzielle Machtmittel verfügen. Problematisch ist auch die Tatsache, daß viele NGOs angesichts der Verlagerung ihres Aktionsfeldes auf die internationale Ebene von ehemaligen Essentials ihrer politischen Arbeit – nämlich Protest und Mobilisierung von Gegenmacht – verabschieden. Lobbying, Networking und Monitoring haben in der NGO-Szene direkte, basisdemokratische Aktionsformen gänzlich ersetzt. Hinzu kommt noch das traditionelle Gefälle zwischen Nord-NGOs und Süd-NGOs: trotz aller Partnerschaftsrhetorik sind es vorwiegend die Nord-NGOs, die Themen vorgeben, Strategien festlegen und für die notwendigen Finanzen sorgen.

Es ist deshalb nicht besonders erstaunlich, daß in den meisten Beiträgen eine eher ernüchternde Bilanz gezogen wird: das Buch leistet einen Abgesang auf die NGOs als Vorboten einer internationalen Zivilgesellschaft. Nach Peter Wahl sind sie die am meisten überschätzen Akteure auf der politischen Bühne der 90er Jahre. Und selbst wenn Elmar Altvater noch das »gemeinsame Lebensinteresse der Menschheit« gegenüber dem früheren »'fordistischen' Porduktionsinteresse« bemüht,das sich mit den neuen internationalen Akteuren Ausdruck verschaffen soll, tendiert die Erfolgskurve der NGOs wohl schon wieder nach unten. *cp.*

▸ *Elmar Altvater, Achim Brunnengräber, Markus Haake, Heike Walk (Hrsg): Vernetzt und Verstrickt – Nicht-Regierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster 1997, 350 Seiten.*

Drogen und Dritte Welt

▸ Die Befürworter einer knallharten repressiven Anti-Drogenpolitik geraten weltweit zunehmend in Argumentationsnöte. Zu offensichtlich ist das Scheitern der Verbots- und Ausrottungsstrategien, in Nord wie in Süd. Entkriminalisierung und kontrollierte Abgabe von Drogen werden mittlerweile selbst von Teilen der etablierten Politik als sinnvolle Maßnahmen gegen Drogenelend und illegale Drogenökonomie erkannt. In der Bevölkerung ist das law-and-order-Denken ohnehin nicht so verbreitet, wie konservative Politiker gerne glauben machen: So lehnte z.B. in der Schweiz im September 1997 eine breite Mehrheit die in einer Volksabstimmung zur Wahl gestellte repressive Anti-Drogenpolitik unter dem Motto »Jugend ohne Drogen« glattweg ab.

Die positiven Ansätze der jüngsten Zeit dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß der war on drugs gerade in vielen Dritte-Welt-Ländern anhält. Dieser teilweise blutige Krieg richtet sich vor allem gegen die ProduzentInnen der Drogenrohstoffe, die das schwächste Glied in der langen Kette der Drogenökonomie sind. Der Sammelband *Drogen und Dritte Welt* von Bruno Rütsche und Peter Stirnimann zeigt am Beispiel verschiedener Länder in Lateinamerika, weshalb viele KleinbäuerInnen kaum Alternativen zum Drogenrohstoffanbau haben und stellt die Problematik in weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Manche der zahlreichen Beiträge sind etwas kurz geraten, und auch die Reihenfolge ist nicht immer nachvollziehbar. Insgesamt aber gibt der Band ein weitgefächertes Bild des »Drogenproblems«, von dem Günter Amendt zu Recht sagt, es gäbe »keine Lösung«, weil eine drogenfreie Gesellschaft nicht realisierbar ist.

Ohnehin ist die Bekämpfung der Drogen nur Mittel zum Zweck. Noam Chomsky bemerkt in seinem Beitrag treffend: »...der Krieg gegen die Drogen (hat) praktisch nichts mit den Drogen selber zu tun, sehr viel jedoch mit sozialer und politischer Kontrolle«. Diese Einsicht argumentativ zu untermauern, gelingt dem Buch im wesentlichen. Aber gerade weil der hegemoniale Charakter internationaler Drogenpolitik so gut herausgearbeitet wird, bleiben die politischen Forderungen der Herausgeber etwa an die UNO blaß und wenig realitätsnah. Die proklamierte »globale Vernetzung« einer alternativen Drogenpolitik alleine wird herzlich wenig ausrichten können, solange es der »Zivilgesellschaft« an Durchsetzungsmacht gegen die vitalen Interessen der legalen und illegalen Drogenökonomie fehlt. Über deren enge Verquickung mit dem Großkapital informiert immer noch am eindrücklichsten der Klassiker von Günter Amendt (»Profit Sucht Profit«). *cst.*

▸ *Bruno Rütsche/ Peter Stirnimann (Hg.), Drogen und Dritte Welt, Plädoyer für eine neue Nord-Süd-Drogenpolitik, Edition Exodus, Luzern 1997, 192 Seiten, 36.- DM/ 33 SFr.*

Spinnweben

▸ Die Ghanaerin Amma Darko schreibt ihre Geschichten aus Afrika nicht für AfrikanerInnen. Wie *Der verkaufte Traum* ist auch ihr zweiter Roman *Spinnweben* nur in deutscher Übersetzung erschienen.

Sie erzählt die Lebensgeschichte einer ghanaischen Frau aus der städtischen Mittelschicht, die ins Internat und zur Universität geht, bevor sie aus ihrem Land fliehen muß und als Asylbewerberin nach Deutschland kommt. Sefa verbringt ihre Kindheit bei Onkel und Tante in der Bergbaustadt Tarkwa, geht dann in der Hauptstadt Accra zur Schule. Dort lernt sie ihren ersten Freund kennen, hat aber anders als viele ihrer Freundinnen keinen »Sugar-Daddy«. Der Roman ist voller autobiographischer Züge Amma Darkos, die in der Figur der Sefa zum Ausdruck kommen. Mehr noch: Beim Lesen hat man immer das Gefühl, einer mündlich erzählten Geschichte zuzuhören.

Der Roman ist locker erzählt, abwechslungsreich, voller unerwarteter Episoden. Und die Autorin ist offensichtlich bemüht, ihre Leser nicht zu sehr auf die Folter zu spannen. Ausführliche Personenbeschreibungen spart sie sich. Wenn Sefa einen neuen Freund kennenlernt, reicht der Hinweis, »der Junge sah gut aus«. Das muß reichen. Sie will die Geschichte, die Anekdote, die kleinen und großen Abenteuer loswerden. Auch daran zeigt sich, wie sehr sie sich auf den Publikumsgeschmack ihrer deutschsprachigen Leser eingestellt hat. Sie kennt deren Ungeduld. Fast immer schwingt in den Geschichten ein bißchen ironische Distanz mit, fast immer ein Augenzwinkern. Egal, ob es um den Geisterglauben der Großmutter oder die 'vernünftigen' Ratschläge der Tante geht. So bleibt offen, ob die Autorin eine aufgeklärte, vom westlichen Rationalismus geprägte Ghanaerin ist oder eher im traditionellen Glauben verwurzelt. In einer Parabel am Ende des Romans wird deutlich, daß sie ohnehin nicht an diese klischierte Trennung glaubt: Als Sefa auf ihrem Weg nach Deutschland von einem Schlepper und Zuhälter in eine nahezu ausweglose Situation gebracht wird, weiß auch ihre sonst so vernünftige deutsche Freundin keinen Rat mehr. Sie muß erst das Horoskop befragen.

Spinnweben ist ein unterhaltsames, vielschichtiges und facettenreiches Buch. Einer der Romane, die in der deutschen Literaturkritik leicht unterschätzt werden.

Einhard Schmidt-Kallert

▸ *Amma Darko: Spinnweben. Schmetterling-Verlag, Stuttgart 1996, 282 Seiten, gebunden, 38 Mark.*

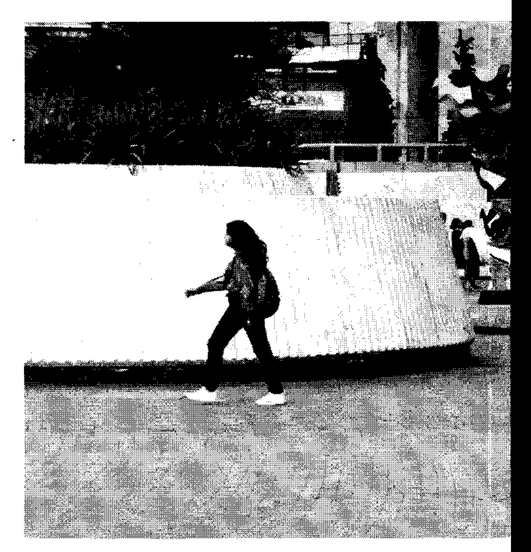
Doppelte Übersetzung

▸ Exotisch oder fremd wirkt sie auf viele. Die afrikanische oder lateinamerikanische Literatur wird oft deshalb nicht verstanden, weil fundierte Informationen zur Geschichte und Kultur der Länder der »Dritten Welt« fehlen. Hilfen zum Verständnis der lange ignorierten außereuropäischen Literaturen bieten das landeskundliche Werk des Freiburger Romanisten Walter Bruno Berg *Lateinamerika: Literatur – Geschichte – Kultur* und die von einem Autorenkollektiv verfaßte literaturwissenschaftliche Studie *Ousmane Sembène und die senegalesische Erzählliteratur.*

Bergs Buch ist nicht landeskundlich im herkömmlichen Sinne, nicht voller Fakten zur Geschichte, Gesellschaft und Kultur Lateinamerikas. Es behandelt Aspekte der gesellschaftlichen und kulturellen Wirklichkeit, die Mythen und Diskurse, die seit der Unabhängigkeit eine lateinamerikanische Identität zu begründen suchen, und die Vorstellungen, die um diese Identität kreisen. Eine Besonderheit dieser Studie ist sicherlich darin zu sehen, daß der Verfasser den Diskursen, welche die kulturelle Wirklichkeit Lateinamerikas prägen, vor allem in literarischen Werken nachspürt, weniger in Essays und historiographischen Texten. Denn Berg geht davon aus, daß die Literatur keinen gesonderten Text jenseits der historischen und kulturellen Wirklichkeit darstellt, sondern – dank der in literarischen Werken propagierten Bilder und Vorstellungen – mit dieser verwoben ist. Das erlaubt ihm, am Beispiel literarischer Werke die Diskurse und Mythen zu beleuchten, die die lateinamerikanische Identität zu bestimmen suchen.

Der Verfasser begnügt sich jedoch nicht damit, die kulturellen Modelle lateinamerikanischer Identität, die die Diskurse propagieren – Berg nennt sie in Anlehnung an Juan Goytisolos Roman »Identitätszeichen« -, vorzustellen. Immer wieder unterzieht er diese Modelle einer überzeugenden Ideologiekritik, indem er ihre Widersprüche und Aporien enthüllt und sie mit zweierlei konfrontiert: zum einen mit progressiv-kritischen Identitätsentwürfen, wie sie in Meisterwerken lateinamerikanischer Literatur wie *El reino de este mundo* von Alejo Carpentier und *Cien años de soledad* von Gabriel García Márquez deutlich werden; zum anderen mit der widersprüchlich-vielfältigen lateinamerikanischen Wirklichkeit selbst, einer – vor allem wegen der europäisch-indianischen Mestizenkultur – fundamental »nicht-identischen« Welt, die für Lateinamerika das Konzept einer offenen, multikulturellen und kreativen Identität nahelegt.

Leider geht Berg in seiner Studie nur auf die Diskurse und »Identitätszeichen« ein, die das spanischsprachige Lateinamerika hervorgebracht hat, nicht jedoch auf den brasilianischen Anteil am ideologischen Überbau La-



Zeit zum Lesen

teinamerikas. Eine Kulturgeschichte Lateinamerikas ohne Brasilien: Scheint ein solches Unterfangen nicht ebenso absurd wie etwa eine Kulturgeschichte Westeuropas, die den französischen, englischen, italienischen oder deutschen Anteil am heutigen Westeuropa überginge? Eine weitere Schwäche des Buches ist die sprachliche Form, die der Autor für die Präsentierung seiner Forschungsergebnisse gewählt hat. Allzu viele Fremdwörter, eine angestrengte Syntax und eine sprunghafte Gedankenführung lassen die Lektüre manchmal zu einer Qual werden.

Ganz anders *Ousmane Sembène* und die *senegalesische Erzählliteratur.* Diese Studie besticht in gleich mehrfacher Hinsicht: zunächst einmal wegen der Selbstbeschränkung auf die Literatur eines einzelnen Landes, deren inhaltliche und literarästhetische Besonderheiten prägnant auf den Punkt gebracht werden; dann wegen einer Sprache, die Klarheit anstrebt und deswegen auf die angestrengten Begriffsbildungen eines immer noch modischen Dekonstruktivismus und Poststrukturalismus verzichtet; schließlich wegen der didaktischen Präsentation des Ganzen mittels der Verwendung von »Kastentexten«, die nicht nur biographische Informationen zu den vorgestellten Autoren enthalten, sondern auch die senegalesische Geschichte nachzeichnen und den Leser über den heutigen Zustand Senegals und wichtige soziokulturelle Erscheinungen aufklären.

In dem einleitenden Beitrag »Von der Assimilation zur Unabhängigkeit: Senegalesische Erzählliteratur seit Beginn der Kolonialzeit« zeichnet der Bayreuther Komparatist János Riesz nicht nur die Entwicklung der französischen Kolonie an der Mündung des Senegal seit dem 17. Jahrhundert nach, sondern auch das Aufkommen eines von Schwarzen in französischer Sprache verfaßten Schrifttums. – In einem weiteren Beitrag stellt Riesz einen wichtigen Erneuerer mündlicher afrikanischer Erzählkunst vor, Birago



Foto: J. Holst

Diop. Am Beispiel dieses Schriftstellers untersucht er die Veränderungen, die sich aus der Verschriftung mündlich überlieferter Stoffe ergeben. Außerdem zeigt er, daß Birago Diop die traditionelle afrikanische Erzählkunst auch mit den Mitteln der französischen Literatur fortführte. – Der Literaturkritiker Heinz Hug entwirft im zentralen Beitrag des Bandes, der Ousmane Sembène gilt, ein eindrucksvolles Porträt des wichtigsten zeitgenössischen senegalesischen Schriftstellers, bekannt für seine sozialkritischen Werke. Den Beziehungen zwischen der frankophonen Literatur des Senegal und den afrikanischen Kulturen und Sprachen, vor allem dem Wolof, geht am Beispiel zweier Romane aus den siebziger Jahren Papa Samba Diop nach. Er schreitet den Weg ab, der von der autochthonen »Hypokultur«, d.h. der dominierten Unter-Kultur, zur französischen »Hyperkultur«, der dominierenden Über-Kultur, führt. Einen Weg, den nicht nur sprachliche Transformationen von Wolof zu Französisch abstecken, sondern auch kulturelle, wie etwa die Transposition von Wertvorstellungen und gesellschaftlichen Eigentümlichkeiten der Wolofkultur in einen französischen Text. Papa Samba Diop zieht daraus einen Schluß, den jeder deutsche Übersetzer frankophoner afrikanischer Literatur beherzigen sollte: »Jeder 'frankophone' afrikanische Roman bedürfte im Grunde einer doppelten Übersetzung: aus dem Französischen der Hyperkultur und aus der afrikanischen Hypokultur.«

Gunther Verheyen

▸ *Walter Bruno Berg: Lateinamerika: Literatur – Geschichte – Kultur. Eine Einführung. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1996.*

▸ *Papa Samba Diop/ Elisa Fuchs/ Heinz Hug/ János Riesz: Ousmane Sembène und die senegalesische Erzählliteratur. München, edition text + kritik 1995.*

Taiwan und die Generation der Bürgermeister

▸ Kein Zweifel: Taiwan hat den Weg vom Entwicklungs- über das Schwellen- zum Industrieland genommen: Schon 1993 lagen die Devisenreserven mit mehr als 90 Milliarden US-Dollar an der Weltspitze. Von 1952 bis 1992 stieg das Bruttoinlandsprodukt von 17,2 auf 5307,4 Mrd. NT-Dollar, der Anteil der Industrie daran stieg von 19,7 auf 41,4 Prozent, während derjenige der Landwirtschaft im gleichen Zeitraum von 35,5 auf 3,5 Prozent sank. Doch ist das Modell Taiwan tatsächlich ein Entwicklungsmodell oder nicht nur ein Wachstumsmodell? Ist der Weg Taiwans verallgemeinerbar, oder ist er nicht vielmehr verbunden mit dem Weg Chinas?

Dies sind nur einige Fragen, die auf höchst profunde Weise in dem von Gunther Schubert und Axel Schneider herausgegebenen Band *Taiwan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert* angegangen werden. Autoren aus Taiwan, Deutschland und Belgien beleuchten Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft und Gesellschaft des Inselstaats. Taiwan ist inzwischen zu einem der bedeutendsten Handelspartner Chinas und zum wichtigsten Investor auf dem Festland geworden. In seinem Beitrag zu den politisch-ökonomischen Beziehungen zwischen China und Taiwan stellt Carsten Herrmann-Pillath fest, daß die Dimension taiwanesischer Festlands-Investitionen wachsende Abhängigkeiten zur Folge habe. Dabei befinden sich beide Länder formal im Bürgerkrieg, Taiwan ist nach wie vor militärisch bedroht. Herrmann-Pillath beschreibt hier interessante Divergenzen zwischen der Zentralregierung in Peking mit ihrem Anspruch auf Taiwan und den regionalen chinesischen Machthabern, die ein großes Interesse an der Einbindung taiwanesischer Unternehmen haben. Seine Einschätzung: Die Generation der Bürgermeister – wie Singapurs Senior-Minister Kwuan Yew im Time-Magazin die chinesischen Politiker der aufstrebenden Metropolen nannte – wird künftig größere Bedeutung erlangen als die Zentralregierung in Peking.

Eindrucksvoll ist Michael Meyers Untersuchung über den weißen Terror der 50er Jahre, insbesondere über die Niederschlagung des Aufstands von 1947. Er zeigt, daß die Revolte »rein taiwanesisch« war, entgegen der offiziellen Variante einer »kommunistischen Steuerung«. Im Zuge der Demokratisierung wird nun auch über den Terror gegen die politisch Oppositionellen geredet. Ein Zugangsrecht zu den Akten über diese Ereignisse oder gar eine angemessene Entschädigung der Opfer wird jedoch noch immer verwehrt. Beiträge über die Verfassungsreform und über den Wandel der Parteienlandschaft fragen aus anderen Perspektiven nach dem Stand der Demokratisierung Taiwans. Daß auch das ökonomische »Taiwan-Wunder« erhebliche Schattenseiten aufweist, verdeutlicht Peter Hecks Beitrag über die Umweltkrise des asiatischen Tigerstaates: Die extreme Wasser- und Gewässerverschmutzung haben Taiwan die weltweit höchste Zahl an Hepatitis B-Erkrankungen eingebracht. Der Einsatz von Agrar-Giften und Düngemitteln ist extrem hoch, in einigen Regionen wurden Blei- und Cadmium-Konzentrationen von ein bis zwölf Gramm pro Kilogramm Ackerboden gemessen. Auch die Luftverschmutzung, zu 70 Prozent durch den Autoverkehr verursacht, ist vor allem in Ballungsgebieten zum Problem geworden. Die Folge- und Reparationskosten sind gigantisch: Allein die Planungskosten für die Minderung der Lärmbelastung werden auf knapp sechs Millionen US Dollar geschätzt. Peter Heck spricht daher von einem aus ökologischer Sicht »nicht dauerhaften Wachstumsweg« und von einem bloßen »Wachstumsmodell« statt eines »Entwicklungsmodells« Taiwan.

Dem hervorragend geschriebenen Band, der einen bedeutenden Beitrag zur Taiwanforschung und -darstellung liefert, fehlen leider Beiträge zur Sozialpolitik, zur Arbeitssituation und zu den Gewerkschaften. Eine Ergänzung wäre wünschenswert. *Rolf Geffken*

▸ *Gunther Schubert und Axel Schneider (Hrsg.): Taiwan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Bd. 270 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Hamburg 1996, 338 Seiten, 38 Mark.*

Krieg, Zerstörung, Flucht und die Heimkehr in ein perspektivloses politisches Provisorium lassen keine Unterbrechung des fatalen Kreislaufs zu, in dem sich die kurdische Bevölkerung des Iraks seit Ende des Golfkriegs befindet. Diese Aussichtslosigkeit, die noch immer zahlreiche KurdInnen zur Flucht treibt, kommt in den Bildern des Fotografen Ralf Maro (dem auch die *iz3w* viele Fotos verdankt) zum Ausdruck. Die Ausstellung »Flucht aus dem 'sicheren Hafen'« mit 45 Fotos kann von interessierten Gruppen ausgeliehen werden. Die Aufteilung in Dreier-Bildtafeln, vermittelt den BetrachterInnen den Eindruck, in das Bild bzw. das Geschehen hineingehen zu können.
Kontakt: Haukari e.V., Wrangelstr. 46, 10997 Berlin, Telefon 030/61702106, Fax 61702107.

Der BUKO EXPOniert sich

► Bange Erwartungen kursierten im Vorfeld des kleinen Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), der vom 21. bis 23. November unter dem Motto »The legend lives ... Perspektiven der Internationalismus-Bewegung« in Bonn tagte. Sein Auftrag war, diese Bewegung »durch neue inhaltliche Perspektiven und veränderte Strukturen wieder attraktiv und handlungsfähig zu machen«. Hintergrund – die *iz3w* berichtete in der letzten Ausgabe – ist die wachsende Unzufriedenheit über die nachlassende Beteiligung der »Basis« an BUKO-Aktivitäten, über unklare Entscheidungskompetenzen und über das politische Vakuum, das mit dem Ende des Koordinierungsausschusses (KA) entstanden war.

Weil der frühere KA zu allen möglichen Fragen Stellung beziehen mußte und damit häufig überfordert war, soll es jetzt kein Zurück zu alten Strukturen geben, sondern – so hat es der kleine BUKO beschlossen – die Dezentralisierung vorangetrieben werden. Bestehende Mitgliedsgruppen oder Netzwerke, die ohnehin häufig spezialisiert und länder- oder themenbezogen arbeiten, sollen zukünftig BUKO-Mandate wahrnehmen können. Ungeklärt blieben die Fragen nach der Themenauswahl für die Mandate, nach ihren Kompetenzen und ihrer Rolle für die Gesamtpolitik des BUKO. Vom 1. bis 3. Mai 1998 soll dazu ein »Ratschlag« abgehalten werden – ein Treffen, das künftig zweimal im Jahr stattfinden wird, und an dem neben den diversen BUKO-Gremien vor allem auch Mitgliedsgruppen und andere soziale Bewegungen teilnehmen sollen. Der Mai-Ratschlag wird sich um das politische Selbstverständnis des BUKO drehen. Der Herbst-Ratschlag zum Dauerbrenner »Nachhaltigkeit« wird inhaltlich in die Thematik des nächsten großen Bundeskongresses einführen, denn der findet erst im Frühjahr 1999 statt – das kommende Jahr soll als produktive Kongreßpause zur Neustrukturierung genutzt werden. Der BUKO 22 kommt dann mit hoffentlich gestärktem Selbstverständnis ins EXPO-Dorf Hannover. Die EXPO 2000 bietet reichlich Anknüpfungspunkte, um über Nachhaltigkeit und Herrschaft zu diskutieren und Ansätze für Gegenmacht von unten zu entwickeln. *HM (BUKO Geschäftsstelle)*

Militärs als Reformer?

► War die sechsstündige Eröffnungsrede Fidel Castros, mit der er die angebliche Verschlechterung seines Gesundheitszustandes dementierte, der Höhepunkt des V. Parteikongresses der Kommunistischen Partei Kubas, der ansonsten ohne größere politische Überraschungen verlief? Oder deuten die Änderungen im Personalkarussell daraufhin, daß Kuba schon im nächsten Jahr einen neuen Reformschub erleben wird? Ein Indiz hierfür wäre die Aufwertung des Militärs. Mit Raúl Castro wurde nicht nur der oberste Armeechef zum Zweiten Sekretär und damit zum designierten kubanischen Staatsoberhaupt erkoren. Auch der Anteil des militärischen Einflusses in den Entscheidungsgremien hat sich sichtlich erhöht. Die Generäle stellen heute ein Viertel des Politbüros und die kubanischen Streitkräfte sind im Gegensatz zu den chinesischen Militärs außergewöhnlich reformfreudig. Sie sind mittlerweile die integerste Kraft des Systems, während die staatliche Verwaltung von wachsender Korruption geschüttelt wird. Das Militär hat nicht nur die erste Unternehmerschule Kubas gegründet und einen beachtenswerten Konversionsprozeß durchgeführt, sondern experimentiert in seinen zahlreichen zivilen Betrieben schon seit Jahren recht erfolgreich mit Marktreformen und betrieblicher Autonomie. In Kuba wächst zur Zeit ein wirtschaftlich-militärischer Komplex heran, der sich nicht nur auf dem Weltmarkt behaupten, sondern auch eine Keimzelle binnenwirtschaftlicher Veränderungen bilden könnte.

Der Druck dazu wächst: Das Außenhandelsdefizit ist 1997 mit ca. zwei Mrd. US-Dollar größer als in den bisher härtesten Krisenjahren. Die von kubanischen Ökonomen angemahnte Unternehmensreform, die die staatlichen Betriebe verkleinern und gegenüber dem Devisensektor wettbewerbsfähig machen soll, wurde bis jetzt nicht in die Praxis umgesetzt. Während selbst nach offiziellen Angaben höchstens die Hälfte aller Kubaner Zugang zur heißbegehrten Währung des Klassenfeindes hat, öffnet sich die Einkommensschere immer weiter. Die Rückkehr der sozialen Ungleichheit ist unübersehbar.

H.J. Burchardt

Die iz3w auf Schatzsuche

► Die im November und Dezember gegen die unzumutbaren Studienbedingungen streikenden Studierenden sehen sich mit einem für sie überraschenden Phänomen konfrontiert: mit Trittbrettfahrern aller Couleur. Selbst der Kanzler äußerte »Sympathie« für die Anliegen der StudentInnen – was allerdings nicht so ganz unverständlich ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es vielen der Streikenden schlicht um ein zügigeres Studium und um die Aufwertung des »Standorts Deutschland« geht. Ohne Förderung des »Humankapitals« keine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt – so lautet eine derzeit beliebte Argumentationsfigur, die keineswegs nur von den Marktapologeten bemüht wird, sondern gerade auch von linken Profs und sich kritisch dünkenden ASTen.

Schaut man sich das an den Universitäten produzierte Wissen näher an, so lassen sich zwei Kategorien unterscheiden: Zum einen jenes Wissen, das sich umstandslos zur Verwertung als »Humankapital« und zur Aufwertung des Standorts Deutschland eignet. Wissen, das – auch wenn es als »kritische« Sozialwissenschaft daherkommt – nichts anderes als Politikberatung im Sinn hat und sich zum Komplizen der bestehenden Verhältnisse und ihrer Adepten macht. Zum anderen aber gibt es kleine Bereiche der Wissensproduktion, mit denen weder Staat noch Standort zu machen ist. Hier wird Wissen erarbeitet, das sich »konstruktiver« Kritik und dem Sozialingenieurswesen verweigert – Wissen, das nicht nur auf spätere Berufschancen zielt.

Langer Rede kurzer Sinn: Auch das *iz3w* möchte einen Beitrag zur Behebung der Bildungsmisere leisten. Wir möchten in der *iz3w* eine feste Rubrik bzw. Börse einrichten, in der Studierende, gleich ob sie an der Universität oder im richtigen Leben tätig sind, die Ergebnisse ihrer Arbeit der interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen können. Um viele Magisterarbeiten und ähnliches ist es jammerschade, wenn sie nahezu ungelesen in der Schublade landen und der Prof der einzige ist, der wenigstens mal einen Blick hineinwirft. Natürlich können wir den Abdruck solcher Arbeiten nicht anbieten (obwohl uns einzelne, journalistisch bearbeitete Extrakte aus Magisterarbeiten etc. nach vorheriger Absprache durchaus willkommen sind). Wir denken an kurze Inhaltsangaben, damit Interessierte sich direkt an die jeweiligen AutorInnen wenden können. Beispielsweise so:

»Feminismus in Südafrika – Die Frauenbewegung zwischen Identität und Ethnizität. Diplomarbeit über die Widersprüchlichkeiten feministischer Politik in der südafrikanischen autonomen Frauenbewegung. 87 Seiten, gegen Kopierkosten von 12.- DM erhältlich bei Judith Battler, Queerstr. 7, 77777 Genderingen«

Das Themenspektrum der angebotenen Arbeiten sollte ungefähr dem der *iz3w* entsprechen – sich also auf die Dritte Welt beziehen, ohne hiesige und globale Verhältnisse aus dem Blick zu verlieren. Wir sind gespannt, welche Schätze an kritischem Wissen ihrer Entdeckung harren, und bitten um zahlreiche Zuschriften. Bitte reicht unser Angebot auch an Bekannte und an den Unis weiter.

die redaktion

Die Schließung politischer Räume

► Das 20-jährige Jubiläum des 'Deutschen Herbstes' hatte es in sich. Nach Heinrich Breloers TV-'Todesspiel' wurden wir mit Lesungen, Retro-Romanen und Fernsehgedächtnissendungen geradezu überschüttet. Tragender Akteur beim kollektiven Knirschen im Gedächtnisgebälk waren die alternden 68er. Kaum ein historisches Detail blieb unerwähnt und viele alte Diskussionen wurden nochmals geführt. Sich selbst als handelndes Subjekt einzubringen, war und ist dabei aber nicht angesagt.

Der entscheidende Grund des Scheiterns vieler 68er liegt darin, daß sie Anfang der 70er Jahre selbst einen zentralen Anteil an der Schwächung der außerparlamentarischen Opposition hatten. Zum einen begannen sie den Marsch durch die Institutionen. Der Stachel der Kritik löckte bald nur noch hinter den Schreibtischen. Zum anderen waren die K-Sekten an der Schließung der öffentlichen Räume beteiligt. Der Absolutheitsanspruch der K-Gruppen stand der Arroganz der RAF-Kader in nichts nach. Das wird allerdings heute gerne verdrängt. Dazu zwei Beispiele.

Joscha Schmierer (früher KBW) schreibt im Editorial der Zeitschrift 'Kommune' (11/1997): »Wenn die RAF mit irgend etwas radikal gebrochen hat, dann mit dem Prinzip Öffentlichkeit der 68er Bewegung. Noch die kleinste politische Sekte versuchte ja, große Versammlungen einzuberufen oder auf Versammlungen aufzutreten, um zu begründen, was sie vorhatte«. Man möchte Joscha Schmierer fragen: Wie lief es denn in der K-Sekte KBW? Als sich die K-Gruppen Anfang der 70er Jahre formierten, glaubte man nur an den »Hauptwiderspruch« Arbeit-Kapital und pflegte jenen abstrakten Radikalismus, der heute an der RAF kritisiert wird. Frühere GenossInnen, die sich aus dem eigenen Lager verabschiedet hatten, wurden bestenfalls negiert, schlimmstenfalls zum Feindbild erklärt. Selbstverständlich suchten die Kader die »proletarische Öffentlichkeit«. Aber auch die anti-imperialistischen Unterstützergruppen der RAF luden zu öffentlichen Treffen ein, um die Situation der RAF-Gefangenen mit dem weltweiten »Kampf der Unterdrückten« in Verbindung zu bringen.

Christian Semler (früher KPD) bleibt im Einleitungsartikel des taz-Journals 'Die RAF, der Staat und die Linke' ebenfalls auf der Meta-Ebene. »Die RAF hat die Stellvertreterpolitik der radikalen Linken dadurch auf die Spitze getrieben, daß sie sich selbst als revolutionäres Subjekt setzte.« Trocken könnte zurückgefragt werden, welchen Unterschied gab es an diesem Punkt zur KPD? Weiß Semler noch, der heute gerne über die Nation oder die Zivilgesellschaft schwadroniert, was er in seinem Revoluzzer-Blatt 'Rote-Fahne' propagiert hat?

Selbstverständlich grenzten sich die K-Sekten von den »Desperados« der RAF ab. Schließlich wollte man über die Revolution »des Volkes« an die Macht kommen. Solange die auf sich warten ließ, himmelte man leuchtende Vorbilder wie Mao an oder pries die paradiesischen Zustände in Albanien. Einige werden sich an die Parolen à la »lang lebe die...« noch erinnern.

Natürlich können sich Positionen ändern. Aber muß das mit dem Negieren der eigenen Geschichte einhergehen? Zumal die Kontinuitäten unübersehbar sind: Es geht um Macht. Heute finden sich auffällig viele Kader alter K-Sekten am rechten Rand der Grünen wieder. 1998 steht der »Sprung an den Machtpol« (Klaus Theweleit) erneut auf der Tagesordnung. Ohne Frage sind die Chancen dafür besser als Anfang der 70er Jahre. Die Zeit scheint reif für den Siegeszug rot-grüner Tagespolitik über jegliche Utopien. Schade eigentlich.

Georg Lutz

Schöner Schenken

▸ Auf immerhin zwei von 155 Seiten des Otto-Sonderkataloges »Schöner Schenken« werden neuerdings »fair gehandelte« Waren der gepa angeboten. Den einen geht es wohl um das Vordringen in das Wohnzimmer von »Otto Normalverbraucher«, den anderen um Imagestärkung (oder beiden um beides). Was daran neu ist? Eigentlich nichts, denn die gepa hat auf ihrem Weg zum marktförmigen Auftritt schon eine weite Strecke zurückgelegt, und das Aneignen der Begriffe »sozial«, »fair« und »öko« durch Konzerne ist auch nichts Neues. Verwunderlich ist höchstens das Schweigen der Weltladen-Szene. Was bei vergangenen Handelsausweitungsversuchen der gepa noch die Gemüter erhitzte – Vernachlässigung der Bildungsarbeit, Entpolitisierung, Kollaboration mit dem »Gegner« – scheint für die meisten Laden-AktivistInnen irgendwie kein Thema mehr zu sein. Selbst die ansonsten um eine kritische Haltung bemühte Arbeitsgemeinschaft der 3. Welt-Läden (AG3WL) wartet schon im zweiten Jahr unter dem nicht sonderlich konsumkritischen Slogan »Faire Weihnachten« mit dem passenden Werbematerial auf. Was daran überraschend sein soll? Nichts eigentlich. *bs*

Off Limits 20

▸ Mit dem Themenschwerpunkt »sans papiers – Illegalisierte kämpfen« begleitet die *Antirassistische Zeitschrift* aus Hamburg in ihrer jüngsten Ausgabe die Kampagne »Kein Mensch ist illegal«. Texte einer Pressekonferenz dokumentieren den Charakter der Kampagne, in der verschiedene Strömungen aus der Unterstützungsarbeit Illegalisierter gleiche Rechte für alle fordern und zur Unterstützung illegalisierter Flüchtlinge aufrufen. Weitere Artikel stellen den Kampf der *sans papiers* um Legalisierung dar, der seit nunmehr anderthalb Jahren in Frankreich stattfindet. Daneben berichten mehrere Beiträge vom rassistischen Alltag in Deutschland und darüber, wie Europa in einer konzertierten Aktion versucht, Afrikaner loszuwerden.

▸ *Bezug: off limits, c/o Haus für Alle, Amandastr. 58, 20357 Hamburg, 6 DM*

analyse & kritik 408

▸ Wie immer räumt die vierwöchentlich erscheinende *Zeitung für linke Debatte und Praxis* der Rubrik *Internationales* viel Platz ein. Hintergrundberichte über die juristische Aufarbeitung des Völkermords in Ruanda, das nunmehr seit 22 Jahren von Indonesien besetzte Osttimor, das äußere und innere Sanktionsregime im Irak, die Parlamentswahlen in Argentinien und den neun Jahre währenden Krieg auf Bougainville informieren über die jeweiligen Situationen in den Ländern. Weiter Themen sind u.a der rechte Bombenterror in Österreich, Spaniens Linke, Rassismus und Antisemitismus im Fußball, der Lübecker Brandprozeß und das 40. Internationale Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilme.

▸ *Bezug: analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, 7,50 DM*

Lateinamerika Nachrichten 281 und 282

▸ Wie bereits im Sommer dieses Jahres ergänzen sich die Themenschwerpunkte der *Lateinamerika Nachrichten* und der *iz3w*. Damals ging es zeitgleich um Musik, jetzt um Biopolitik. In der Novemberausgabe (281) untersucht die *LN* unter dem Titel »Risiko Gentechnik« in einem gemeinsam mit der BUKO-Agrarkoordination konzipierten Schwerpunkt das Problemfeld Pflanzen-Gentechnik. Beiträge, die die Geschichte der Freilandversuche und das Wettrennen um Patente auf einzelne Gene darstellen, werden ergänzt durch Artikel, die anhand der Beispiele Mais, Tomaten, Kakao und Weizen die Problematik verdeutlichen.
Das Dezemberheft (282) widmet sich u.a. der Geschichte der Landlosigkeit in El Salvador, den Wahlen in Argentienen, Kinderarbeit in Lateinamerika und nicht zuletzt Kuba: Der Parteitag der kubanischen KP, Kubas Boxsport und dreimal Che Guevara – die letzte Reise, die erste CD und der Fotografie 'des Che' – sind die Themen im einzelnen.

▸ *Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, 7 DM*

Tagungen

► Die Werkstatt 3 in Hamburg befaßt sich in einer Veranstaltungsreihe vom 8. - 29.1. 1998 jeweils am Donnerstagabend mit dem Thema **Global Governance – Neue Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert?** Die Diskussion einer »Weltordnungspolitik«, die versucht, globale Probleme in einem neuen ordnungspolitischen Modell zu bewältigen, soll durch diese Veranstaltungen aus den Fachkreisen heraus in ein breiteres gesellschaftliches Spektrum getragen werden. Weitere Auskünfte: *Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 040/ 392191, Fax 3909866*

► Ein Wochenendseminar für haupt- und nebenamtliche WeltladenmitarbeiterInnen in Frankfurt bietet die Ökumenische Werkstatt gemeinsam mit dem Weltladen Gießen unter dem Titel **Kompetent im Weltladen arbeiten** an. Vom 9.-11.1.1998 werden Hilfen zu Information, Pressearbeit und Buchführung gegeben. *Ökumenische Werkstatt, Praunheimer Landstr. 206, 60488 Frankfurt oder Weltladen Gießen, Bismarckstr. 9, 35390 Gießen*

► **Mit Lust & Frust 'rein ins Vergnügen!** lautet das Motto der Regionalkonferenz 1998 vom 9.-11.1.1998 in der Evangelischen Akademie Iserlohn. Dort wollen Eine-Welt-Gruppen ihre Erfahrungen bei der Wahrnehmung politischer Verantwortung an den Beispielen Ernährung, Haushalt und Kleidung reflektieren. Anmeldungen: *Bernd Schütze, Referat Ökumenische Diakonie, Diakonisches Werk Westfalen, Friesenring 32/34, 48147 Münster, Tel. 0251/ 2709-140 bis -145, Fax -573*

► In Stuttgart findet am 17.1.1998 eine Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema **Ökologische und soziale Politik im Schatten des Euro** statt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Frage nach Strategien der Kooperation in Europa. Info und Anmeldung: *Heinrich-Böll-Stiftung Baden Württemberg e.V., Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart, Tel. 0711/ 282033, Fax 2624899*

► Mehrere Veranstaltungen zu **Brasilien** finden im Januar 1998 im AllerWeltHaus in Hagen statt. So ist vom 7.-20.1.1998 die **Fotoausstellung 'TERRA'** des Brasilianers Sebastiao Salgado zu besichtigen, der mit seiner Arbeit die brasilianische Landlosenbewegung unterstützt. Weitere Auskünfte: *AllerWeltHaus, Potthofstr. 3, 58095 Hagen, Tel. 02331/ 21410*

Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Bücher

► Sayyid Qutb: **Kindheit auf dem Lande.** *Edition Orient, Berlin 1997, 175 S.*

► Peter Feldbauer u.a. (Hrsg.): **Mega-Cities** – Die Metropolen des Südens zwischen Globalisierung und Fragmentierung. *Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt 1997, 342 S., 39,80 DM*

► Paco Ignacio Taibo II: **Gerufene Helden** – Ein Handbuch zur Eroberung der Macht. *Verlag Libertäre Assoziation/Schwarze Risse, Hamburg/Berlin 1997, 154 S., 24,- DM*

► Louisa Hanoune, Ghania Mouffok: **Terroristen fallen nicht vom Himmel** – Zur aktuellen Situation in Algerien. *Rotpunktverlag, Zürich 1997, 320 S., 38,- DM*

► Bernd Röttger: **Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation** – Die politische Konstitution des Marktes. *Westfälisches Dampfboot, Münster 1997, 252 S.*

► Werner G. Raza, Andreas Novy (Hrsg.): **Nachhaltig reich – nachhaltig arm?** *Brandes & Apsel/Südwind, Frankfurt/Wien 1997, 224 S., 26,80 DM*

► Albert Sterr: **Die Linke in Lateinamerika** – Analysen und Berichte *Neuer ISP Verlag, Köln 1997, 318 S., 38,- DM*

iz3w Nr. 227
Bandenwesen am Ende des 20. Jahrhunderts

► Zu Zeiten des Kalten Krieges hatten bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Staaten oder nationalen Befreiungsbewegungen noch den Anschein, als ginge es um höhere Ziele – »Freiheit oder Sozialismus«. Die heutigen Gewalteskalationen zwischen rivalisierenden Gruppen in Somalia, Rwanda, Kurdistan oder Afghanistan beanspruchen hingegen nur noch selten andere Ziele als Macht und Beute. Die heutigen »Warlords« kämpfen auf Kosten derer um die Macht, die nicht ihrem Clan angehören, und führen uns den Kampf »alle gegen alle« vor.

In unserem Themenblock wollen wir zur Diskussion stellen, ob eine Theorie des Bandenwesens die »Warlordisierung« von Regimen, Guerillagruppen und anderer Organisationen angemessen erklären kann, oder ob herkömmliche Theorien wie die des Klassenkampfes, des »Kampfes der Kulturen«, des Imperialismus oder Modernisierungstheorien angemessener gegenwärtige (Bürger-)Kriege erfassen können.

Herausgeberin:
► Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.

Redaktion:
► Silke Bellanger, Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Jörg Fichtner, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Verena Rangk, Birgit Schößwender, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Eva Zányi.

Vertrieb für den Buchhandel:
► Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 07641/43071

Satz und Gestaltung:
► Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
► Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
► Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
► Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto / Jahr
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
► Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
► Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
► Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
► Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 227:
► (Druckfertige Vorlagen) 20.1.1998

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

E 3477

▸ iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733